

Autoritäre Krisenlösung



Entsprechend groß ist die Aufregung in der CDU. Prophylaktisch erfolgte 2017 eine Regierungsumbildung. Michael Kretschmer soll die AfD zurückdrängen den Zerfall des konservativen Lagers stoppen. Zur Wiederherstellung der Hegemonie steuert die CDU einen stramm autoritären Kurs. Die Partei kann sich dabei auf die Stimmung in der Bevölkerung berufen. Diese hat zu großen Teilen den Eindruck, der Staat sei als Ordnungsfaktor abwesend und könne seine Funktion, die öffentliche Ordnung und Sicherheit zu gewährleisten, nur noch eingeschränkt ausüben. Deshalb befürwortet eine Mehrheit laut Sachsen-Monitor eine Politik der starken Hand. Für eine straffe Führung könnte die Hälfte der Sachsen sogar auf den Parteienpluralismus verzichten. Nicht die Demokratie soll gestärkt, sondern ein starker Staat installiert werden, der für Ruhe und Ordnung im Land sorgt.

In Sachsen überrascht der Ruf nach dem starken Staat nicht. Die Verschmelzung von Partei und Staat hat hier Tradition. Als Staatspartei mit dem Anspruch auf politische Dominanz hat die sächsische CDU die in Ostdeutschland verbreitete Erwartung an die Steuerungsfähigkeit des Staates über die Wendezeit tradiert. Demokratie wird hier gleichgesetzt mit Regierungspolitik. Das zeugt von einem formalen Demokratieverständnis der CDU, das Mitbestimmung weitgehend reduziert. Aus dieser Perspektive garantiert allein das staatliche Gewaltmonopol inneren Frieden.

Mit einem demokratischen Rechtsstaat hat das wenig zu tun. Denn Demokratie meint über die Form staatlicher Herrschaft hinaus eine Form gesellschaftlicher Integration, die auf der Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an für sie relevanten Entscheidungen basiert. In diesem Sinne hat DIE LINKE das Konzept des „kooperativen Staates“ entwickelt, nachzulesen im Alternativen Landesentwicklungskonzept von 2004, kurz Aleksa. Kooperativer Staat bedeutet „eine Schwerpunktverlagerung von administrativen zu kooperativen Handlungsformen“. Hierzulande fehlt eine „Regierung durch Diskussion“, durch öffentliche Beratung und Debatte. „Kommunikative Macht“ nennen das Soziologen. Sie erst legitimiert (Regierungs)Politik.

• Jochen Mattern

Dass die sächsische Regierungspolitik in einer schweren Legitimationskrise steckt, dürfte niemand bestreiten. Zu Beginn der Wahlperiode verbreitete Stanislaw Tillich noch Zuversicht. In seiner Regierungserklärung vom November 2014 gab er sich überzeugt, dass „das Volk in freier und geheimer Wahl“ der Regierung aus CDU und SPD „seine Stimme und sein Vertrauen gegeben hat.“ Drei Jahre später trat Tillich als CDU-Vorsitzender und Ministerpräsident zurück.

Das Kräfteverhältnis zwischen den Parteien in Sachsen ändert sich. Die bislang führende Staatspartei büßte ihren Nimbus der Unbesiegbarkeit ein. Ihr Wahlergebnisse erreichten bei der Wahl zum Bundestag 2017 einen historischen Tiefstand. Nicht die CDU, sondern die AfD wurde stärkste Kraft. Ein Novum in der Geschichte und für die Partei ein neues Trauma, nachdem sie 2004 die Alleinregierung verloren hatte.

Bei den Landtagswahlen 2019 könnte folgendes Szenario eintreten: Die Christdemokraten schneiden erneut schlechter ab als die Konkurrenz vom rechten Rand. Sollte die CDU mit keinem kleineren Koalitionspartner eine Stimmenmehrheit zustande bekommen, muss sie die Regierungsmacht an die AfD abgeben. Die Annahme, die CDU werde auf eine Regierungsbeteiligung verzichten, entbehrt jeder Grundlage. Um weiter an der Macht partizipieren zu können, wird die CDU in Sachsen – trotz aller Dementis – eine Koalition mit der Rechtsaußenpartei bilden.

Allein die Wahrscheinlichkeit eines solchen Szenarios verdeutlicht, vor welchen Herausforderungen die Christdemokraten stehen. Sie haben dabei versagt, den rechten Rand zu neutralisieren. Unter dem Regiment Kurt Biedenkopfs hatten sie die alles beherrschende Stellung im konservativen Wählermilieu inne. 15 Jahre später ist das bürgerlich-konservative Lager gespalten und radikalisiert. So wird den Mächtigen schon mal mit einem neuerlichen Umsturz, einem zweiten 1989 gedroht.

Links!
im Digitalabo. Jede
Ausgabe schon drei Tage
früher im Mailpostfach!

Jetzt kostenlos bestellen:
www.links-sachsen.de/abonnieren,
aboservice@links-sachsen.de
oder 0351/84 38 9773.

Links!

Politik und Kultur für Sachsen, Europa und die Welt
Juni 2018

ISSN 2193 682X



9 772193 682004

Herr Sodann, Sie betätigen sich seit 1989 als „Bücherretter“. Haben Sie auch ein Verhältnis zu Zeitungen?

Nein. Ich lese seit 1961 keine Zeitungen. Eine Zeit lang hörte ich beim Deutschlandfunk 6 Uhr die Sendung „Aus Ostberliner Zeitungen“. Wenn ich das hörte, wusste ich eigentlich Bescheid. Später hatte ich Stellen mit mehreren Mitarbeitern. Denen habe ich gesagt: Wenn ihr meint, dass da etwas in der Zeitung steht, was mich von den Beinen reißt, dann legt es mir hin und das haben die auch gemacht. Unterrichtet war ich trotzdem – genauso habe ich es auch mit Theaterzeitungen gehalten.

Es gab einen großen Bruch im Journalismus nach 1989 – genau wie bei den Theateraufführungen.

Als der Westen über uns kam, kam auch das „Theater heute“. Ich kannte die DDR-Journalisten vom „Theater der Zeit“. Die Themen im „Theater heute“ waren andere, so wie das Theater auch. Die Form wurde über den Inhalt gestellt, die spektakuläre, vulgäre oder sexuelle Aktion wurde wichtiger als die Aussage – auch in Stücken von großen Klassikern wie Schiller. 1989 habe ich erfahren, wie massenhaft DDR-Literatur „entsorgt“ wurde, und wollte etwas dagegen tun. Seitdem sammle ich Bücher. Ich habe einen Freund, der ist Philosophieprofessor an der Akademie gewesen. Jetzt ist er schwer krank und ich habe ihn gefragt, ob ich ihm mal eine Freude machen könne. Dann erzählte ich ihm, dass ich in der letzten Woche fünf Mal „Wie der Stahl gehärtet wurde“ verkaufte und zehn Mal „Der Weg ins Leben“ und „Flaggen auf den Türmen“.

Kürzlich starb, kurz vor ihrem 90. Geburtstag, die große DDR-Autorin Rosemarie Schuder. Sie verließ die CDU nach jahrzehntelanger Mitgliedschaft 1990 und schrieb in ihren historischen Büchern an gegen Dummheit und Gewalt, gegen das Versinken in der Geschichtslosigkeit. Bei Ihnen habe ich den Eindruck, dass Sie exakt aus den gleichen Gründen Bücher sammeln. Viele Menschen, die auch schon gegenüber dem vorherigen widerständig waren, spüren ein Unbehagen gegenüber dem jetzigen Staat.

Mir geht es nicht darum, die DDR wieder zu haben – ich will aber an die großen literarischen wie wirtschaftlichen Leistungen erinnern. Vielen ist offenbar nicht klar, dass die Sowjetunion die Hauptlast und des Krieges getragen hat und die schlimmsten wirtschaftlichen Zerstörungen erlitt, bis hin zur Vernichtung der Infrastruktur beim Rückzug, als der Hitlerbefehl umgesetzt wurde, den Sowjets nur „verbrannte Erde“ zu hinterlassen. Ostdeutschland hat die volle Last der Reparationsleistungen allein getragen – aber diese Reparationen bestanden vollkommen zu Recht und beseitigten nur einen Bruchteil der Zerstörungen. Was das Unbehagen betrifft: Was macht mir dieser Staat eigentlich vor? Wir haben zwei vernünftige Nationalhymnen geschrieben nach dem Zweiten Weltkrieg. Wir spielen aber „Deutschland, Deutschland über alles“ – auch wenn wir den Text nicht singen, so klingt es doch in den Ohren! So wird

Besuch beim Bücherretter Peter Sodann

Ralf Richter hat sich in Staucha die wachsende Sammlung ostdeutscher Literatur angesehen und mit dem Initiator gesprochen



das Volk von vornherein wieder auf falsche Gedanken gebracht. Mir liegt nicht daran, auf irgendeine Weise den Fortbestand der DDR zu sichern, sondern viel mehr das Wissen der Menschen dieses Staates – das steckt in den Büchern.

Aber könnte man nicht auch in die Deutsche Nationalbibliothek gehen?

Natürlich. Man kann sich dort dieses oder jenes Buch holen. Ein umfassendes Wissen über die DDR holt man sich aber nur an der Stelle, wo man alles liest, was über die DDR geäußert worden ist: Von rechts, links, oben und unten.

Als sich 1945 Sowjets und Amerikaner an der Elbe die Hand gaben, begann die Entwicklung zweier unterschiedlicher Kulturen auf deutschem Boden. Während östlich der Elbe ein positives Sowjetunion- und Russlandbild entstand, verharrte man westlich beim Negativbild und versuchte es nach 1990 in die Hirne im Osten zu implantieren – was nicht gelungen ist, auch weil die Menschen hier eigene Erfahrungen mit Brief Freunden, auf Reisen oder mit sowjetischen Militärs machten. Welche Erfahrungen machten Sie als kleiner Junge?

Ich wohnte 1945 in Weinböhlä am rechten Ufer der Elbe und es hieß, die Amerikaner kommen ans linke Ufer. Meine Mutter hat den Leiterwagen vollgepackt, und so sind wir auf die linke Elbseite gegangen, nach Scharfenberg bei Meißen, und haben dort zwei Wochen bei meiner Tante verbracht. Vor den Russen hatten alle Angst. Nach zwei Wochen hatten wir Heimweh. Also gingen wir mit unserem Leiterwagen wieder nach Hause. Da ka-

men dann die Russen. Ich glaube, es war am 6. Mai. Ein russischer Offizier kam zu uns mit einer gerupften Gans und zwei Gläsern Eingewecktem. In einem befanden sich Birnen und in dem anderen Pflaumen – das weiß ich noch wie heute. Er bat meine Mutter, die Gans zuzubereiten. Dabei waren noch die Schwester meiner Tante und ihre Tochter. Wir aßen alle gemeinsam, bis es knallte und eine Leuchtspur am Himmel zu sehen war: Das Signal für die Soldaten der Roten Armee zum Aufbruch. Der Russe schnappte sich den Topf mit der restlichen Gans und rannte aus dem Haus zu seinem Auto. Auf der Straße standen über zwanzig LKW, die die ganze Zeit gewartet hatten, und alle verschwanden wie ein Spuk.

Was haben Sie da gedacht?

Ich hatte überhaupt nichts gegen die Russen, denn ich hatte mit einem von ihnen ja gerade eine Gans gegessen. Dabei holte er ein Foto aus seinem Jackett. Es war ein Foto – darauf lächelten uns eine junge Frau und ein kleiner Junge an, beide standen auf einem Anglersteg. Er zeigte dann auf meine Mutter und auf mich, um zu sagen, dass auf dem Foto seine Frau und sein Sohn zu sehen waren. Vermutlich war es gar kein ethnischer Russe, sondern er kam möglicherweise aus Kasachstan oder Kirgisien. Angst hatte ich keine vor dem ersten sowjetischen Soldaten, den ich sah, schließlich war er ganz freundlich zu uns und hatte etwas zu essen mitgebracht. Als er verschwand, fragte ich meine Mutter: „Und wird der Soldat jetzt sterben?“ Dabei dachte ich an meinen Vater, der gerade gefallen war. Meine Mutter antwortete nur: „Das weiß ich nicht.“

Linke in Ost und West sollten darauf drängen, dass auch die Ge-

schichte Westdeutschlands aufgearbeitet wird. Auf die Übernahme der Nomenklatura aus dem Nazistaat wiesen auch DDR-Büchern hin. Was sagen Sie zur aktuellen Aufarbeitungsstrategie?

Ich sammle Bücher, damit eine andere Weltsicht – nicht nur die gerade aktuelle – zur Kenntnis genommen wird. Ein Beispiel: Es kann doch nicht sein, dass von der DDR die Staatssicherheit übrig bleibt. Ein Äquivalent in der BRD war und ist der BND. Nur hieß der Gründer im Westen Gehlen, war ein SS-Obersturmführer und General der Wehrmacht. Der langjährige Chef der Staatssicherheit aber war Spanienkämpfer und verteidigte in den Internationalen Brigaden die spanische Republik. Wenn man schon den einen Fakt erwähnt, kann man doch den anderen nicht verschweigen.

Bleiben wir bei der anderen Weltsicht. Was hat Sie dazu gebracht?

Der neue Staat hat mir die Möglichkeit gegeben, die legendäre ABF aus der Anfangszeit zu besuchen. Also die Arbeiter- und Bauernfakultät, wo Arbeiter und Bauern das Abitur ablegten und auf das Studium vorbereitet wurden. Hier wurde nicht zuletzt der Gedanke vermittelt, dass es für eine sozialistische Gesellschaft unumgänglich sei, die Macht der Herrschenden zu brechen, um einen Arbeiter- und Bauernstaat zu errichten. Darum ging es und ich glaube heute immer noch, dass das nicht falsch war.

Sie blieben widerständig.

Der erste Mai ist der einzige Kampf- und Feiertag für die Werktätigen und kein „Tag der Arbeit“. Die Nazis nannten ihn so und in Westdeutschland übernahm man diese Bezeichnung. An diesem Tag wurde im Osten immer demonstriert. Nach 1990 packten die Russen im Osten ihre Sachen und die Amerikaner kamen wieder. Da habe ich mich auf die amerikanische Tradition der Maidemonstrationen besonnen. Die erste Massendemonstration für bessere Arbeitsbedingungen fand ja am 1. Mai 1886 auf dem Haymarket in Chicago statt. Die Polizei erschoss mehrere Demonstranten, und damit das nicht vergessen wird, wollten die Arbeiterbewegungen den ersten Mai als Kampf- und Feiertag einführen. Ich habe den neuen Stadtobere in Halle mitgeteilt, dass Maidemonstrationen keine russische Erfindung seien, sondern eine amerikanische Tradition, und beantragte die Durchführung einer Demonstration. Sie wurde anstandslos genehmigt.

Was können unsere Leserinnen und Leser tun, damit die andere Weltsicht erhalten bleibt?

In drei Jahren werde ich 85 Jahre alt, und dann soll eine Genossenschaft mein Werk fortführen. Eine Genossenschaft bedeutet Teilhabe, und diese Teilhabe wird mit Anteilen erworben. Wer sich beteiligen möchte, kann mir schreiben – an Peter-Sodann-Bibliothek, Thomas-Müntzer-Platz 8, 01594 Staucha oder an psb-staucha@t-online.de. Stichwort: Interessengemeinschaft Genossenschaftsbibliothek. Telefonisch sind wir erreichbar von Dienstag bis Freitag von 8 bis 14 Uhr unter 035268- 949574. Wir sammeln erst einmal alle Interessentinnen und Interessenten und werden über die weiteren Schritte informieren.

Sind die „Kosten der Unterkunft“ angemessen?

Alle vier Jahre müssen die „angemessenen Kosten der Unterkunft“ (KdU) für Betroffene von Hartz IV, Sozialhilfe und Grundsicherung im Alter neu berechnet werden. Dazwischen, nach jeweils zwei Jahren, genügt es, sie mit Hilfe des aktuellen Mietpreisindex anzupassen. Bis zum Jahresende sind in Sachsen Neuermittlungen für Dresden, Leipzig und Chemnitz sowie für einige Landkreise, z.B. für den Vogtlandkreis, vorgeschrieben. Verantwortlich sind die Verwaltungen der kreisfreien Städte und der Landkreise sowie deren kommunale Vertretungskörperschaften.

Natürlich dürfen Betroffene auch eine Wohnung mieten, die teurer ist als der ermittelte KdU-Angemessenheitswert. Das gebietet das Grundgesetz. Aber den zusätzlichen Preis müssen sie dann entweder aus ihrer Regelleistung zahlen, die allerdings kaum zum Lebensunterhalt reicht, oder aus dem Freibetrag eines Zuverdienstes. Vor allem alleinstehende Hartz IV-Bezieher machen von diesem Recht Gebrauch: Die „angemessene“ Wohnung für sie ist meist eine Einraumwohnung, und nicht jeder kann im Winter im warmen Zimmer schlafen. Ich kenne Betroffene, die am Wochenende in Pflegeheimen putzen, um sich eine „teure“ Wohnung leisten zu können. Das Schlimme ist aber, dass die „Kosten der Unterkunft“ oft absichtlich kleingerechnet werden. Ich habe Vertreter von Ämtern sagen hören, dass es für sie günstiger ist, die Kosten für

verlorene Gerichtsprozesse wegen zu niedriger Richtwerte zu zahlen als rechtkonform ermittelte Werte zu finanzieren! Und das funktioniert auch meistens, denn wer kennt schon die Rechtsvorschriften? Und wer macht sich die Mühe, deren Einhaltung zu kontrollieren? Empfänger von Hartz IV, Sozialhilfe und kleinen Renten haben kaum eine Lobby, und zum Klagen fehlen den meisten der Betroffenen Mut und Nervenkraft.

Sind Betroffene also der Willkür der Ämter ausgeliefert? Abgesehen davon, dass von Kreis- bzw. Stadträten zu verlangen ist, dass sie sich sachkundig machen und eine rechtskonforme Berechnung fordern und durchsetzen: Auch Betroffene können zumindest ein Merkmal überprüfen.

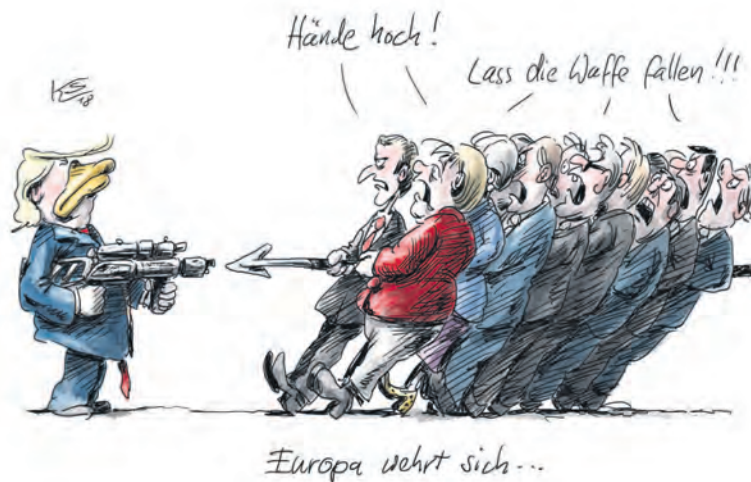
Zu den Rechtsvorgaben gehört die Vorschrift, dass zu den als „angemessen“ ermittelten Mietpreisen ausreichend Wohnungen im betreffenden Teilwohnungsmarkt vorhanden sein müssen. Und besonders Vertreter von Wohnungsunternehmen in Städten weisen darauf hin, dass das häufig nicht der Fall ist, dass insbesondere für Einpersonenhaushalte, neuerdings aber auch für große Familien, „angemessene“ Wohnungen fehlen.

Bei der Berechnung ist zu beachten, dass auch Niedriglohnempfänger, Rentner ohne Anspruch auf Grundsicherung, Studenten und Leute, die ihr Geld anderweitig ausgeben möchten, preisgünstige Wohnungen suchen. Außerdem müssen stets etwa drei Prozent der Wohnungen eines Wohnungs-

unternehmens leer stehen, damit überhaupt Umzüge möglich werden. Es dürfen auch keine Wohnungen des untersten Standards (z. B. solche, die nur Ofenheizung haben oder deren Toilette sich außerhalb der Wohnung befindet) in die Berechnung einbezogen werden. Wenn also Betroffene zum aktuellen KdU-Richtwert (KdU-Angemessenheitswert) keine Wohnung finden, ist der KdU-Richtwert zu niedrig! Er ist also falsch berechnet worden und muss neu ermittelt werden. Falls das für Sie oder Bekannte von Ihnen zutrifft, sollten Sie Ihre Kreistagsfraktion bzw. die Stadtratsfraktion Ihrer kreisfreien Stadt informieren und sie ersuchen, sich um eine rechtskonforme KdU-Angemessenheitsermittlung zu engagieren.

Zu wünschen wäre natürlich, dass in Bürger*innenbüros unserer Landtagsabgeordneten und in Geschäftsstellen unserer Partei Informationen zu rechtskonformer KdU-Angemessenheitsermittlung angeboten werden könnten, auch in Zusammenarbeit mit Rechtsanwaltskanzleien, die sich mit dieser Thematik befassen. Es genügt nicht, ständig zu verlangen „Hartz IV muss weg“, auch wenn diese Forderung berechtigt und notwendig ist. Wichtig ist vor allem, etwas zu tun, was die Lage der Betroffenen tatsächlich verbessern kann. Auch wenn das viel Arbeit macht!

• Dr. Dorothea Wolff



Spielchen, deal und kein Vertrag

Sprachgeschichtsforschung kann wohl sehr genau beschreiben, was sich in Sprachen im Laufe der Zeit so alles verändert. Fragt man sie aber nach den Ursachen, so wird sie deutlich schweigsamer. Auf einer relativ sicheren Seite ist man, wenn man von Vorbildern spricht. Die Römer brachten den Germanen mit ihren primitiven, aus gewundenen Ästen und dann mit Lehm verschmierten Wänden die Mauer aus Ziegeln sowie die Wörter dafür (murus, tegula). Die Lautveränderungen, die aus den lateinischen Wörtern letztlich deutsche machten, kann man zwar benennen und beschreiben, ursächlich jedoch nicht erklären. Die Römer brachten die gesamte Terminologie des Weinbaus und manch anderes noch. Sächsisch verlor seine Vornehmheit und Vorbildlichkeit nach dem Sieg der Preußen im Siebenjährigen Krieg. Französisch wurde zur Sprache bevorzugter Kultur und viel davon findet sich sogar immer noch in den Dialekten – auch die „Fischilanz“ der Sachsen.

So ist das auch heute: Neuerdings hört man in der Sprache der Politiker und

Politikerinnen, durch die Medien in unseren Alltag transportiert, häufig das Wort „Deal“. „Häufig“ zu sagen, reicht eigentlich nicht, es muss schon von inflationärem Gebrauch gesprochen werden. Ich lese vom „Friedensdeal“ in Kolumbien, der in Gefahr geraten könnte. Die Obamas haben angeblich einen „Mega-Deal“ unterschrieben, um bei Netflix Filmproduzenten zu werden.

Wie kommt das? Es muss wohl ein Vorbild mit hohem Prestige geben – und es gibt eines. Der Mann heißt Donald Trump. Er ist immerhin Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika. Trump ist ein „Dealmaker“, habe ich gerade gelesen. Hat man früher in der Politik und Diplomatie normalerweise von „Verträgen“ gesprochen, die Staaten untereinander geschlossen haben, so spricht plötzlich alle Welt mit Donald Trump von Deals beziehungsweise deals. Es gab einen „Atomwaffensperrevertrag“, der noch immer gilt. Die NATO ist die „North Atlantik Treaty Organisation.“ „Treaty“, so belehren mich alle Wörterbücher und Übersetzungshilfen, ist auf Deutsch mit Vertrag zu überset-

zen. Donald Trump kündigte jedoch einen deal mit dem Iran zur Abwehr seiner geplanten Atombewaffnung. Es wäre der schlechteste deal aller Zeiten gewesen, glaubt man dem Präsidenten.

Jetzt möchte er zeigen, was er kann. Er verspricht uns einen deal mit Nordkorea zur Denuklearisierung der koreani-



schen Halbinsel. Dazu will er sich mit dem Machthaber Kim Jong-Un, dem Obersten Führer Nordkoreas, treffen. Es geht also wieder um einen deal. Für englisch „deal“ wird mir stets als erste Übersetzung deutsch „Deal“ angeboten. Nun suche ich in einsprachigen Wörterbüchern nach der Bedeutung. Solche für Englisch sagen mir, dass das Wort ziemlich problemlos für „contract“, „agreement“, „treaty“(!), „pact“ verwendbar ist. Wenn der Trump also unbedingt will, so soll er halt bei sei-

nem „deal“ bleiben. Es ist eher amerikanisches Englisch und es ist eher das Englisch der Geschäftsleute. Moment, da stutze ich doch. Ist Politik neuerdings ein Geschäft? Vielleicht auch eines, bei dem man sich möglichst gegenseitig übers Ohr haut? Wenn das so ist, verstehe ich fast Trumps Misstrauen gegenüber dem „deal“ mit dem Iran. Trumps Absicht bei „deals“, die er aushandelt, blitzte kurz auf, als er die Absage seiner Gesprächsabsage mit Kim Jong-un als „Spielchen“, welche alle betreiben, bezeichnete. Nordkorea Kim sollte nicht zu vertrauensselig sein.

Spielchen haben auch die Produzenten von Diesel-Motoren mit uns betrieben. Für sie war es beim Verkauf dieser Motoren auch noch ein guter Deal. Jetzt hatte ich keine Wahl. Ich musste „Deal“ groß schreiben. Im Deutschen kann man das Wort nicht unbeschädigt mit seiner Bedeutung 1:1 aus dem Englischen übernehmen, jedenfalls nicht, wenn man Wörterbüchern vertraut: Im von mir schon oft zitierten DUDEN, Deutsches Universalwörterbuch finde ich nämlich unter „Deal“ mehrere Hinweise darauf, dass es sich dabei um zweifelhaftes Geschäft handelt. Dafür kommen natürlich Spielchen gerade recht und Trumps deals sind so unverdächtig auch nicht mehr, entfernen sich offensichtlich von dem, was man anständigerweise unter Verträgen versteht.

In memoriam: Elmar Altvater

René Lindenau erinnert an den großen marxistischen Wissenschaftler (1938–2018)

Wer Elmar Altvater persönlich kennenlernen oder in Veranstaltungen erleben konnte, hat viel von ihm lernen können. Ich hatte dieses Glück mehrfach. Das wissenschaftliche Wirken des Marxisten war immer mit intellektuellem Mehrwert verbunden. Lang ist die Liste seiner Publikationen: Als globalisierungskritisches Standardwerk gilt „Grenzen der Globalisierung“ (1996). Beim VSA Verlag erschienen u.a. die beiden kleinen Bändchen „Marx neu entdecken“ und „Engels neu entdecken“. Das Wörtchen „neu“ dürfte ganz in Altvaters Sinne gewesen sein.

Neben seiner wissenschaftlichen Arbeit war der Professor politisch aktiv. Einst war er Gründungsmitglied der Grünen, deren Beteiligung am Kosovo-Krieg brachte ihn auf Distanz. 2007 wurde er in der LINKEN Mitglied, arbeitete bei ihrer Rosa-Luxemburg-Stiftung sowie bei attac mit. Ferner wurde er Mitbegründer des Instituts für Solidarisches Moderne, dessen Mitstreiter von Grünen, SPD und LINKEN Perspektiven für eine alternative Politik zu erarbeiten und vorzudenken versuchen.

Nun ist Elmar Altvater verstorben – just am 1. Mai 2018 hat er aufgehört zu arbeiten und zu kämpfen. Bleiben werden sein Werk und seine Ideen. Bleiben wird auch die Erinnerung an seine Vorlesungen, die Kult gewesen sein sollen. Ich durfte ihn 2006 an

der BTU Cottbus erleben – zum Thema „Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen“. Damals unterstützten nach einer SPIEGEL-Umfrage et-

wa 70 Prozent der Deutschen Kritik an gewissen Auswüchsen des heutigen Kapitalismus. Zu den „schwarzen Seiten“ dieses Wirtschaftssystems

zählte Altvater unter anderem Wirtschaftskrisen, Arbeitslosigkeit, Kriege um Rohstoffe, Terror und Krieg gegen den Terror, auch falsches Wachstumsdenken ohne Berücksichtigung der negativen ökologischen sowie sozialen Folgen. Die Europäische Kommission und die Weltbank messen die Qualität von Regierungsarbeit einseitig an Wachstumsraten. Doch wo bleibt da der Mensch?

Dass es in staatstragenden Parteien durchaus Politiker gibt, die den Menschen und seine Interessen im Blick haben, belegte der langjährige SPD-Bundestagsabgeordnete Hermann Scheer mit seinem Engagement für die Nutzung der Sonnenenergie. Das war auch ein Kernpunkt in Altvaters Denken: die Endlichkeit der Rohstoffe, vor allem des Öls und die zwingende Suche nach alternativen Energiequellen und ihrer Nutzbarmachung.

Mehrfach zitierte Altvater den Sozialhistoriker Fernand Braudel. Nach dessen Meinung könnte der Kapitalismus nur durch einen äußeren Anstoß extremer Heftigkeit an ein Ende geraten, oder wenn im Innern der Gesellschaft glaubwürdige Alternativen entwickelt werden. Altvater plädierte für einen Weg von der ICH-AG zur WIR-AG, für eine solidarische genossenschaftliche Ökonomie. Es ist nun an uns und den Nachgeborenen, sein Erbe fortzuentwickeln.



Sozialleistungen schützen nicht vor Armut

Sozial-Skandal des Monats

Susanne Schaper hat aktuelle Zahlen zur Kinderarmut in Sachsen erfragt

2017 lebten in Sachsen mehr als 650.000 Kinder unter 18 Jahren. Mindestens 130.000 von ihnen, also mindestens 20 Prozent, sind von Sozialleistungen abhängig und gelten somit als arm. Dass in einer der reichsten Volkswirtschaften der Welt Kinderarmut ein Thema ist, ist der eine Skandal. Dass die Regierenden das aber einfach so hinnehmen, obwohl sie wissen, dass Kinder nicht an der Armut der Eltern schuld sind, ihr selbst nicht entkommen können und dennoch Schäden davontragen, vor allem gesundheitlich, ist der viel schwerer wiegende Skandal.

Auch in Sachsen sieht man trotz der hohen Zahlen keinen Handlungsbedarf. So wurde der Antrag der Linksfraktion „Kinderarmut im Freistaat Sachsen gemeinsam beseitigen“, der einen Runden Tisch zum Thema Kinderarmut ins Leben rufen wollte, von den Koalitionsfraktionen abgelehnt. Wenn man Armut bekämpfen will,

so muss man ihre Ursachen kennen. Bei der Kinderarmut ist es relativ einfach: Kinder sind arm, wenn ihre Eltern arm sind, das heißt, wenn ihr Einkommen zu gering ist, um für sich und die Kinder zu sorgen. Allerdings wird Kinderarmut im Freistaat nicht systematisch und gebündelt erfasst, weshalb sich eine Gesamtzahl betroffener Kinder nur aus der Kombination von Einzeldaten ermitteln lässt. 2017 lebten durchschnittlich 97.549 Kinder in Hartz-IV-Bedarfsgemeinschaften und insgesamt 28.667 Kinder in Wohngeldhaushalten. Aktuell leben weitere 1.316 Kinder in Haushalten, die auf Sozialleistungen nach dem SGB XII, also auf Sozialgeld angewiesen sind.

Die Dunkelziffer liegt jedoch höher, da nicht alle Eltern Leistungen beantragen, obwohl ihnen diese zustünden. Das ist verständlich, wenn man bedenkt, dass sie wegen des Bezuges einer Sozialleistung über jedes Geldgeschenk der Großeltern an die Kinder

zum Geburtstag oder Weihnachten gegenüber den Jobcentern Zeugnis ablegen müssen.

Allein der Bezug von Sozialleistungen schützt auch nicht vor Armut. Gerade erst wurde bekannt, dass das Existenzminimum systematisch kleingerechnet wurde, um den Niedriglohnsektor aufrechtzuerhalten und somit Sozialleistungsempfänger um mehrere Milliarden Euro betrogen wurden. So galten anfänglich die Ausgaben der untersten 20 Prozent als Referenzmenge für die Ermittlung der Mindestsicherung. Als die aber stiegen, nahm man nur noch die der untersten 15 Prozent.

Um Kinderarmut zu beseitigen, bedarf es aus unserer Sicht unter anderem einer eigenständigen Kindergrundsicherung in Höhe von mindestens 573 Euro, einer Erhöhung des Kindergeldes auf 328 Euro und einer nur hälftigen Anrechnung desselben auf den Unterhaltsvorschuss. Dass dieser im

Übrigen an Kinder bis zum 18. Lebensjahr gezahlt wird und die Begrenzung der Bezugsdauer von nur sechs Jahren abgeschafft ist, war ein überfälliger Schritt, hilft aber nicht, um alleinerziehende Mütter und ihre Kinder vor Armut und Existenzangst zu schützen. Denn sind Alleinerziehende auf Sozialleistungen angewiesen, wird der Unterhaltsvorschuss als Einkommen angerechnet. Das Geld landet also nicht da, wo es dringend gebraucht wird.

Am Samstag, dem 2. Juni 2018, fand in Leipzig der Kinderarmutskongress statt. Als Ziel wurde gesetzt, ein sachsenweites Netzwerk gegen Kinderarmut zu gründen. Doch das allein wird nicht reichen. Wer Kinderarmut bekämpfen will, muss das Existenzminimum bedarfsgerecht ermitteln und Familienleistungen sozialer gestalten. Dazu gehört auch, das Einkommen von Kindern oder Sozialleistungen für diese nicht weiter beim Leistungsbezug der Eltern gegenzurechnen.

Lange galt das Thema Miete für viele als eines der sozialen Randthemen – auch in unserer Partei. Doch durch den starken Mietenanstieg und die damit einhergehende Verdrängung ist die Brisanz des Themas für niemanden mehr zu leugnen. Die mietenpolitische Szene wird bundesweit sowie in Sachsen breiter und formiert sich zu aktivem Widerstand gegen Mietenwahnsinn und Verdrängung.

Das zeigen die zahlreichen Demonstrationen und Aktionen, die in den vergangenen Wochen stattgefunden haben. So demonstrierten beispielsweise am 20. April in Leipzig unter dem Motto „Stadt für alle – statt für Profite“ über 1.000 Menschen. Im Anschluss begann das Recht auf Stadt Forum im Leipziger Osten, bei dem sich bundesweit aktive Menschen der Mieterszene versammelten und ein ganzes Wochenende lang über Strategien gegen Gentrifizierung und Verdrängung sprachen. Gerade der Osten Leipzigs ist einer der Brennpunkte dieser Entwicklungen. Vor Jahren noch durch hohen Leerstand geprägt, ziehen die Mieten im Viertel nun spürbar an. Erst kürzlich wurde eine von der Bevölkerung gern genutzte Brachfläche zum völlig überhöhten Preis von fast einer Million Euro an einen Immobilieninvestor verkauft.

Das Recht auf Stadt Forum thematisierte genau solche Entwicklungen. Dabei ging es in zahlreichen Work-

Dem Mietenwahnsinn begegnen

Caren Lay über das Recht auf Stadt Forum in Leipzig



shops und Diskussionen vor allen Dingen darum, dass sich Betroffene und Aktive der Szene austauschen und Strategien des Widerstands gegen den Mietenwahnsinn entwickeln.

Neben der Bestandsaufnahme über die immer dramatischeren Zustände am Wohnungsmarkt in Deutschland wurde beim Forum insbesondere über die wachsende Macht von Wohnungskonzernen wie Vonovia oder die Deutsche Wohnen und über Möglichkeiten der Rekommunalisierung von Wohneigentum diskutiert. Das Forum bewies noch einmal mit Nachdruck, wie gravierend die Probleme in vielen Großstädten mittlerweile sind, und dass Verdrängung leider mittlerweile auch in Dresden und Leipzig zum Alltag gehören.

Einmal mehr wurde dabei deutlich, dass es viele Initiativen gibt, die Probleme auf lokaler Ebene ansprechen und dort auch teilweise sehr erfolgreich arbeiten. Was jedoch bisher fehlt, ist die bundesweite Vernetzung und Erarbeitung einer einheitlichen Strategie, mit der die oftmals gleichen lokalen Probleme angegangen werden können. Das Fehlen einer kohärenten Strategie führt letztlich dazu, dass aus der Zivilgesellschaft viel zu wenig Druck auf die politischen Entscheidungsträger im Bundestag und in den Landtagen ausgeübt wird. DIE LINKE als Partei der Mieterinnen und Mieter steht mit ihren politischen Forderungen daher viel zu oft alleine da.

Erfolgreich gegen Verdrängung und Mietenwahnsinn können wir jedoch nur kämpfen, wenn auch aus der Zivilgesellschaft mehr Druck auf die regierenden Parteien ausgeübt wird. Mit dieser Botschaft bin ich nach Leipzig gefahren und habe damit bei vielen Teilnehmenden ein offenes Ohr gefunden.

Das Forum hat gezeigt, dass das wichtige Thema Miete auch in Sachsen angekommen ist – das freut mich. Dies bestärkt mich einmal mehr darin, für eine bundesweite Mieter*innenbewegung zu streiten, um die Situation für die Millionen Mieterinnen und Mieter im Land zu verbessern und den Mietenwahnsinn zu stoppen.

Karl Marx und sein 200. Geburtstag

Kathleen Noack durfte einen beeindruckenden Tag erleben

5. Mai 2018. Chemnitz, ehemals Karl-Marx-Stadt. Der Name Karl Marx ist in aller Munde. Nicht nur heute, aber heute besonders. Wir feiern seinen 200. Geburtstag, direkt am Karl-Marx-Monument in der Brückenstraße, dem „Nischel“.

Ganz früh schon, gegen sieben, sind fleißige Helfer am Werk. Karl bekommt sein erstes Geburtstagsgeschenk, einen 27 Meter langen bunten Schal, hergestellt in Handarbeit. Eine Aktion des Netzwerks für Integration und Zukunft. DIE LINKE ehrt Karl Marx ab 9.30 Uhr mit Reden. Wir lauschen u. a. Susanne Schaper (MdL und Fraktionsvorsitzende im Chemnitzer Stadtrat) und Tim Detzner (Vorsitzender des Chemnitzer Stadtverbandes DIE LINKE). Mehr und mehr Menschen finden sich ein. Blumen werden niedergelegt. Ab 10 Uhr erleben wir ein vielseitiges Bühnenprogramm: Dr. Nadja Rakowitz von der Marx-Gesellschaft, Franz Sodann mit „Marx in Soho“, die Chemnitzer Gruppe Quijote mit ihrem Programm. Die Musikschule tritt auf und das Chemnitzer Ballett. Podiumsdiskussionen finden statt mit lokalen Bundestagsabgeordneten, Wissenschaftler*innen und später zwischen Stefan Körzell (Mitglied des GBV des DGB) und Dr. Dietmar Bartsch (Fraktionsvorsitzender DIE LINKE. im Deutschen Bundestag).

Wir machen ein Foto mit Karl und Jenny Marx und begleiten beide zu einer kleinen Stadtführung. Wir naschen Popcorn am LINKEN Infostand. Beeindruckt und bewegt bestaunen wir am

Nachmittag, wie die Parade der Vielfalt 9.0, anlässlich des Europäischen Protesttages zur Gleichstellung der Menschen mit Behinderung, die sich ihren Weg vom Hauptbahnhof bis zum Rat-

haus bahnt, begleitet von mitreißenden Sambaklänge der Trommelgruppe Samba Universo. Horst Wehner, Vize-Landtagspräsident und mehrfacher Deutscher Meister im Rollstuhltanz, ist einer der etwa 300 Menschen. Es ist bunt, laut, öffentlichkeitswirksam und einfach wunderbar. Bis 18 Uhr findet ein vielfältiges Programm statt. Man schaut in lachende Gesichter und auf unzählige bunte Luftballons, die in den blauen Frühlingshimmel steigen. Am „Nischel“ wird es langsam laut. Murmansk und Turbostaat machen ordentlich Betrieb. Das Schlusswort kommt von Karl Marx selbst, denn eine Licht- und Tonanimation lässt den „Nischel“ sprechen.



Schon als Kind, wenn ich mit meinen Eltern am Karl-Marx-Monument vorbei fuhr, ließ ich mir erklären, was die Schrifttafel hinter dem Monument bedeutet. Ich möchte DANKE sagen an Karl Marx, der mich beeindruckt mit seinem Satz „Proletarier aller Länder vereinigt Euch!“, was damals und heute nichts anderes bedeutet als dass wir ohne Rassismus, Fremdenhass und Antisemitismus klarkommen und eine klassenlose Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung anstreben sollen. DANKE auch allen Organisatoren, Mitwirkenden und Helfern, die diesen Tag zu dem gemacht haben, was er war!

Prof. Dr. sc. phil. Manfred Neuhaus (71) war als Historiker viele Jahre an der Karl-Marx-Universität Leipzig in Lehre und Forschung tätig. Er hat sich dort und nach dem Epochenbruch an der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften als Arbeitsstellenleiter der Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA) einen Namen gemacht. Das 200. Geburtsjubiläum des großen Denkers und Revolutionärs sah ihn auf den Podien politischer und wissenschaftlicher Gedenkveranstaltungen. Als Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirates der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen ist er auch weiterhin „bei Marx“.

Wie stehen Sie zu der Auffassung, dass sich Marx' Überlegungen zwar nicht alle bewahrt haben, seine Methodologie und Methodik des Denkens und sein begriffliches Instrumentarium aber keineswegs „überholt“ sind?

Marx bleibt für mich aktuell, weil seine Texte jenseits der Deutungskämpfe des 20. Jahrhunderts immer noch direkt, das heißt ohne Vermittlung, zu uns zu sprechen. Für die brisanten Fragen nach den Ursachen sozialer Ungleichheit, ökonomischer und politischer Krisen sollte dies außer Zweifel stehen. Es gilt gleichermaßen für die erstaunlichen thematischen Facetten eines Werkes, das die disziplinären Grenzen von Philosophie, geschichtlicher Analyse und ökonomischer Theorie immer wieder überschreitet. Marx schrieb auch über Anthropologie, Soziologie und Politik in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft. Um kausale Zusammenhänge in komplexen, hochgradig differenzierten Gesellschaften zu ergründen, liefert seine ganzheitliche Forschungsperspektive auch heute erhellende Einsichten.

Zum Beispiel zum Kapitalismus. Bekanntlich beschreibt Marx die kapitalistische Produktionsweise als eine sich stets selbst umwälzende Ordnung. Im Fokus seiner Interpretation steht die Dynamik, ihre Kategorien sind deshalb erstaunlich alterungsresistent. Da Marx im „Kapital“ hinter die Kulissen schaut, die Kausalitäten der äußeren Erscheinungen ergründet, liefert sein Werk noch heute Ausgangspunkte für die Analyse von sozialer Ungleichheit. Oliver Nachtwey und Florian Buttolo, übrigens Laureat des Wissenschaftspreises der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, haben das in einer bemerkenswerten Anthologie mit dem Titel „Karl Marx. Kritik des Kapitalismus“ (Berlin: Suhrkamp, 666 S.) pointiert. Zu den Haupttatsachen des Gegenwartskapitalismus gehört die protzende Omnipotenz der internationalen Finanzmärkte. Mit Marx' Begriff des „fiktiven Kapitals“ gewappnet, lässt sich vielleicht besser begreifen, wie der allgegenwärtige Handel mit fiktiven Geldtiteln, kapitalisierten Gewinn- und Verlustwartungen funktioniert.

Das Marx-Jubiläum hat viele Regalmeter Literatur gezeugt, die sich mit dem Marx'schen Werk-Erbe auseinandersetzen, darunter auch biografische Bücher und Filme, die manche unbekannte Facette des großen Welterklärers freilegen. Haben Sie persönliche

„Marx bleibt für mich aktuell“

Wulf Skaun sprach mit dem Marx-Forscher Manfred Neuhaus über das Marx-Jubiläum



Favoriten unter den Neuerscheinungen? Und welche würden Sie jungen Leuten empfehlen, die sich an Marx „heranarbeiten“ möchten?

„Karl Marx war, in all seiner Widersprüchlichkeit, jedenfalls das: ein großer deutscher Denker. Denker war er vor und über all den anderen Aspekten seines vielgestaltigen Lebens: Ökonom, Historiker, Soziologe und Philosoph; Journalist und Chefredakteur; Politiker, Arbeiterführer und Pädagoge; Flüchtling und politisch Verfolgter; Kommentator und Briefeschreiber, heute würde man wohl sagen ‚Netzwerker‘; Teil eines einzigartigen Kreativ-Duos mit Freund Engels; und natürlich Familienvater und Jenny Marxens Ehemann.“

Frank-Walter Steinmeier

Aus der Fülle der Jubiläumsliteratur ragen drei biographische Darstellungen heraus: Jürgen Neffes „Marx. Der Unvollendete“ (München: C. Bertelsmann, 655 S.), die aus dem Englischen übertragene Lebensbeschreibung von Gareth Stedman Jones „Karl Marx. Die Biographie“ (Frankfurt am Main: S. Fischer, 890 S.) und der erste Band von Michael Heinrichs „Karl Marx und die Geburt der modernen Gesellschaft“ (Stuttgart: Schmetterling, 432 S.). Sehr zu empfehlen sind zwei weitere Werke, nämlich Thomas Steinfelds brillante Essays „Herr der Gespenster. Die Gedanken des Karl Marx“ (München: Carl Hanser 286 S.) und Wolfgang Schieders „Karl Marx. Politik in eigener Sache“ (Darmstadt: Theiss, 239 S.). Steinfeld geht es um die grundlegenden Motive und Topoi in Marx' Werk. Er präsentiert einen Denker, der selbst dort, wo er offensichtlich irrt, klüger ist als viele seiner Kritiker. Während dessen lüftet Schieder in einer nicht nur für Politiker der Linken höchst aufschlussreichen Studie als Erfolgsgeheimnis des bärtigen Welterklärers dessen überragende Fähigkeiten zu politischer Vermittlung. Marx sei in dem anfangs äußerst heterogen zusammengesetzten Führungsgremium der Internationale der Einzige gewesen, „der Erklärungen zu den verschiedensten politischen Tagesfragen so zu formulieren vermochte, dass sie von allen Mitgliedern unterschrieben werden konnten“ (S. 85). Firm in der hohen Kunst, Kompromisse zu schließen, gelang es Marx in jenen Jahren, zwischen verschiedenen Interessen, Konzepten, Stimmungslagen und Strömungen der proletarischen Emanzipationsbewegung als Primus inter Pares zu vermitteln. Solange er gemäß seiner Devise „fortiter in re, suaviter in modo“ (stark in der Sache, mäßig in der

Form) als Primus inter Pares und ohne eigenen Machtanspruch agierte, gelang es, sehr unterschiedliche, darunter auch gegensätzliche sozialistische Strömungen unter dem politischen Dachverband der Internationalen Arbeiterssozialisation zu vereinen. Nicht nur jüngeren Lesern würde ich das „Porträt einer intellektuellen Freundschaft“ meines MEGA-Kollegen Jürgen Herres (Stuttgart: Reclam, 314 S.), die kompakten Handreichungen von Iring Fetscher (Berlin: Suhrkamp, 159 S.), Wilfried Nippel (München: C. H. Beck, 127 S.), Christian Schmidt (Hamburg: Junius, 264 S.) und Dietmar Daths grandios-wütigen Reclam-Essay „Karl Marx. 100 Seiten“ ans Herz legen. Wollten wir eine Zwischenbilanz der Jubiläumsliteratur wagen, dann sollten wir den Lorbeer Michael Heinrich zuerkennen, der mit dem Startband seiner dreibändigen Biografie den ganz großen Wurf wagt und, da folge ich gerne Tom Strohschneider, einen neuen Standard kreieren könnte.

Sie selbst haben nicht wenige Vorträge vor unterschiedlichem Publikum gehalten. Was war für Sie bisher die interessanteste Veranstaltung zum 200. Geburtstag von Karl Marx?

Erstaunlicherweise eine Debatte, bei der ich mit früheren MEGA-Kollegen, aber auch Hans Modrow und den Geschäftsführern des Dietz Verlages, als Zuhörer im Publikum saß. Am 3. Mai hatte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier zu einem Podiumsgespräch anlässlich des 200. Geburtstages von Karl Marx ins Schloss Bellevue eingeladen. Ich kann mich nicht daran erinnern, dass ein deutsches Staatsoberhaupt Marx jemals so eindrucklich und emphatisch gewürdigt hätte. Anschließend diskutierte der bereits erwähnte Journalist, Darwin-, Einstein- und nunmehr auch Marx-Biograf Jürgen Neffe mit der Ökonomin Karen Horn, dem Schriftsteller Ingo Schulze und dem Physiker und TV-Moderator Ranga Yogeshwar, während der Schauspieler Marcus Off – auch als die „deutsche Stimme“ von Johnny Depp im „Fluch der Karibik“ bekannt – virtuos Textpassagen aus der „Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie“, „Der deutschen Ideologie“, „Zur Kritik der Politischen Ökonomie“ und dem Briefwechsel von Marx und Engels vortrug.

Wer, wie Sie, viele Jahre seines wissenschaftlichen Lebens der Erforschung und Verbreitung des Werkes von Karl Marx gewidmet hat, beobachtet an sich zwangsläufig auch eine geistige Bewegung im Umgang mit Person und Werk. Wie würden Sie diese beschreiben?

Vielleicht verstehe ich heute besser, was Willy Brandt bereits 1977 zu bedenken gab: „Was immer man aus Marx gemacht hat: Das Streben nach Freiheit, nach Befreiung der Menschen aus Knechtschaft und unwürdiger Abhängigkeit, war Motiv seines Handelns.“ Allerdings sollte auch im Jubiläumsjahr gelten, was der junge Lessing bereits 1757 angemahnt hatte: „Wer wird nicht einen Klopstock loben? Doch wird ihn jeder lesen? – Nein. Wir wollen weniger erhaben, und fleißiger gelesen sein!“

Der Blog nennt sich „Metapolitika“, der Autor hat als Pseudonym den Namen des nationalbolschewistischen Theoretikers Ernst Niekisch gewählt und verweist darauf, dass sein Projekt die Lobbygruppe „Ein Prozent“ aus dem Umfeld der Identitären unterstützt. Alles klar, hier meldet sich die Neue Rechte zu Wort. Alles klar? Wirklich? Wie ist es dann zu beurteilen, dass ausgerechnet das Gedicht „Wir deutschen Menschen“ des NS-Lyrikers Herbert Böhme, ein – laut „Meyers Lexikon“ von 1936 – „Leidenschaftlicher Verkünder der Ideale des Dritten Reichs“, veröffentlicht wird?

Der pseudonyme Blogger erklärt das damit, dass in dem Gedicht „die 3. Säule für das Bestehen des deutschen Überlebenskampfes beschrieben“ werde. Und erläutert sein Drei-Säulen-Konzept, das nur noch schwach an den alten strategischen Ansatz der NPD („Kampf um die Köpfe, Kampf um die Straße, Kampf um die Parlamente“) erinnert: „Säule Nr.1 ist der parlamentarische Arm durch die jeweilige aussichtsreiche Partei, Säule Nr. 2 ist die IdAPO, die identitäre außerparlamentarische Opposition, Säule Nr. 3 sind die quasi – religiösen Deutschen Gemeinden vor Ort auf der Grundlage deutscher Rassenseele und deutscher Kultur.“

Erklärtes Ziel der NPD war der Durchbruch zu einer Massenpartei mit Massenanhänger und Masseneinfluss, nicht zuletzt in den Parlamenten. Das ist bekanntlich gescheitert. Der selbsternannte Identitäre „Niekisch“ dagegen setzt auf Elitenbildung. Seine drei Säulen seien, so heißt es in der in diesen Kreisen üblichen pathetischen Sprache, „die Wagenburg der unbeugsamen deutschen Elite. Sie kehrt zu den Quellen zurück, macht die deutsche Seele kampfbereit und läßt sich durch nichts und niemanden korrumpieren.“

Drei-Säulen-Konzept reloaded

Nach der NPD: Ein Workshoptag der Linksfraktion Sachsen. Von Kerstin Köditz



pieren.“ Der Autor endet mit einer Variante der alten SS-Losung: „Ihre Ehre heißt Treue zum Eigenen.“

Mit dem Entstehen von Pegida in Dresden und den weniger erfolgreichen Ablegern in anderen Städten, mit dem Einzug der AfD zunächst in den sächsischen und danach auch in weitere Landtage, mit dem Entstehen und der Ausbreitung der Identitären als neuem Organisationsansatz der extremen Rechten für junge Leute, mit der rasanten Ausbreitung von Verschwörungsmethoden und der Bewegung der „Reichsbürger“ hat sich die Landschaft der extremen Rechten in Deutschland merklich verändert. Wie das Leben in der Periode nach der NPD.

Grund genug für die Linksfraktion im Sächsischen Landtag, die veränderten Facetten dieser politischen Landschaft genauer zu beleuchten. Als Sprecherin für antifaschistische Politik der Fraktion hatte eingeladen und führte in das Thema ein. Auch nach der NPD orientierte man sich an der Strategie der NPD. Schließlich hat die AfD diese faktisch für sich übernommen. Und so folgten Analysen von Fritz Burschel, Referent bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin, unter der Überschrift „Von Demo bis Terror“ über die aktionsorientierte extreme Rechte, zu „Von Facebook bis Universität“ durch David Begrich von „Miteinander e.V.“ in Sachsen-Anhalt, und „Von NPD bis in die CDU – Wahlkampf und Parlament“ durch Christoph Kop-

ke, Professor am Fachbereich Polizei und Sicherheitsmanagement der Hochschule für Wirtschaft und Recht in Berlin. Das, was später bei der NPD als vierte Säule des Konzepts als der „organisierte Wille“ hinzukam, also die Vernetzung des gesamten Spektrums der extremen Rechten, behandelte zuletzt Volkmar Wölk (Grimma) von der LAG Antifaschistische Politik der LINKEN als „Von Betriebsratswahlen bis ‚Erklärung 2018‘“.

Niemand der Teilnehmenden hatte fertige Antworten. Wie auch? Es ist nun einmal so, dass zuerst die Analyse erfolgen muss, dann die Kritik kommen und zum Schluss die Gegenkonzepte entwickelt werden. Komplexe Probleme mit einem vielfältigen Ursachenbündel erfordern auch komplexe Lösungsansätze. Wer, wie die SPD nach dem Entstehen der AfD, meint, das beste Konzept gegen die extreme Rechte sei eine „vernünftige Sozialpolitik“, macht es sich zu einfach.

Wenn wir sehen, dass sich der Erfolg der AfD und ihres Umfeldes aus drei gleichberechtigten Ursachen speist, nämlich aus der Furcht vor den ganz realen Auswirkungen jahrzehntelanger neoliberaler Politik im Bereich des Sozialen, aus der Furcht vor einer Kultur, die sich durch die und seit der Revolte von 1968 modernisierend umgestaltet hat, und nicht zuletzt aus einer tiefen Unzufriedenheit mit dem (Nicht-)Funktionieren der Demokratie, dann wissen wir, dass es nicht mit ein paar Reformen getan sein kann. Der Ansatz der sächsischen CDU, der dieser Vorstellung folgt, ist deshalb letztlich kontraproduktiv.

Mit dem Workshoptag ist ein erster Schritt bei der Analyse getan. Mehr nicht. Aber ohne ersten Schritt gibt es keinen Weg. Die weiteren Schritte werden folgen.

Ein wichtiger Ort der Begegnung

René Lindenau hat mit Aktiven vom Sprechcafé in Cottbus gesprochen. Ihr Projekt hat Vorbildcharakter

Wie entstand die Idee zu dem ersten Sprechcafé? Was ist das Anliegen, wer waren die Initiatoren?

Los ging es mit dem Vorgängerprojekt, den „Ankommenspatenschaften“. In diesem Projekt des Paritätischen Brandenburgs haben wir gemerkt, wie wichtig es ist, offene Begegnungsräume zu schaffen, Orte an denen sich Menschen ganz einfach treffen und austauschen können. In Berlin haben wir uns durch ein ähnliches Format inspirieren lassen und im Sommer 2016 das Sprechcafé in Sandow gestartet. Seit Anfang 2017 gibt es das Projekt „Begegnungen im Stadtteil“, gefördert durch die Aktion Mensch und in Trägerschaft des Paritätischen. In Zusammenarbeit mit der Freiwilligenagentur fördern wir den Austausch zwischen Cottbuser Bürgerinnen und Bürgern, egal welcher Herkunft. Ehrenamtliche, deutschsprachige Tischpaten treffen auf ausländische Studierende, geflüchtete

Menschen sowie Migrantinnen und Migranten aus vielen Teilen der Welt.

Das Sprechcafé gibt es inzwischen in drei Stadtteilen. Welche Erfahrungen aus dieser ehrenamtlichen Arbeit als Tischpaten gibt es?

Das Sprechcafé ist ohne Zweifel ein wichtiger Ort der Begegnung von Geflüchteten und Deutschen geworden, in dem menschliches und kulturelles Verständnis wächst. Und das funktioniert nur, wenn man miteinander statt übereinander redet. Das Schöne ist, dass es so einfach ist. Jede Woche dreimal: jeweils in Sandow, Stadtmitte und Sachsendorf-Madlow kommen interessierte Menschen zusammen. Wir sitzen in kleinen Tischgruppen zu fünf, zu sechst, trinken Kaffee, spielen Spiele, stellen Fragen, lernen Witze, helfen bei Alltagsfragen, lernen Redewendungen und Feiertage

und Bräuche der verschiedenen Kulturen kennen. Das Ganze ist kostenfrei und ohne Anmeldung möglich.

Ende 2017 wurde euer Engagement mit dem Toleranzpreis des „Cottbuser Aufbruch“ gewürdigt. Hervorheben kann man, das wir zum Beispiel durch das ZDF und den rbb mediales Interesse erfahren haben. Aber wie wichtig und richtig das ist, darum geht es uns vorrangig nicht. Als entscheidend empfinden wir es, einen Beitrag zu leisten, damit Geflüchtete wie Migrantinnen und Migranten, die zumeist aus Kriegsgebieten kamen, im besten Sinne des Wortes bei uns ankommen.

Wie geht Ihr mit der angespannten Situation in der Stadt im Zusammenleben mit Geflüchteten, mit ausländischen Bürgerinnen und Bürgern überhaupt, um? War

es bei Euch ein Thema und wenn ja, wie?

Ja, es war ein Thema, ist ja nicht so, dass wir uns um die unschönen Themen drücken würden. So haben wir uns auch mit diesen hässlichen Vorfällen auseinandergesetzt. Den Geflüchteten, mit denen wir uns im Sprechcafé unterhalten, gingen jene Ereignisse selbst sehr nahe. Dabei fragten sie uns, was sie dagegen tun könnten, um in Zukunft mehr Miteinander und weniger vorurteilbestimmtes Denken in der Stadt zu erleben. Pauschale Verurteilungen tragen eher zur Verschärfung als zur Entschärfung von Konflikten bei – und die gibt es zweifellos. Wir laden dazu ein, sich zu begegnen. Wir stehen für einen Dialog, ein ernstes Interesse am Gegenüber, gerne mit kritischen Fragen.

www.freiwilligenagentur-cottbus.de/sprechcafe

Vielfalt statt Einfalt – Sturm im Wasserglas?

Susann Schöniger über die Vielfalt-Demo in Chemnitz und das Bundesteilhabegesetz

Nun ist das Bundesteilhabegesetz auch in Sachsen angekommen und man diskutiert, wie es umgesetzt werden soll. Ende Januar gab es im Landtag die Anhörung zum Entwurf des Umsetzungsgesetzes. Es war empörend, wie auch Jahre nach dem Inkrafttreten der UN-Behindertenrechtskonvention Menschen mit Beeinträchtigungen als Kostenfaktor gesehen werden. Die AfD nahm da kein Blatt vor den Mund. Dies zeigt auch die aktuelle Anfrage der AfD-Landtagsfraktion zu den Kosten, die die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Sachsen bisher verursacht hat.

Immer noch hat mensch das Gefühl, dass sich der Behindertenbegriff und die Sicht auf Behinderung nicht geändert haben. Die gesellschaftlichen Bedingungen, wie mangelnde Barrierefreiheit, führen dazu, dass Menschen behindert werden und nicht teilhaben können. Eine Erkrankung oder spezieller Bedarf dürfen aber nicht dazu führen!

Inklusion, genau wie Bildung, sind Investitionen in die Zukunft und nicht allein mit den aktuellen Kosten berech-

bar. Zum Nulltarif gibt es Inklusion und Barrierefreiheit nicht. Dass langfristig aber auch Kosten eingespart werden, kommt bei vielen Menschen nicht in Betracht. Menschen mit Beeinträchtigungen wollen teilhaben, und wenn ihnen diese Möglichkeit gegeben wird, investieren sie auch und geben etwas zurück. Wenn Barrierefreiheit alltäglich ist, profitieren auch andere Menschen und spätere Generationen davon.

Alle Jahre wieder demonstrieren vielfältige unterschiedliche Menschen für Inklusion und Teilhabe. Dieses Jahr gab es einen



geistigen Begleiter, der mit uns im Kampf für Menschenrechte und die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention unterstützt hat – Karl Marx. Die Demonstration für Vielfalt fand im früheren Karl-Marx-Stadt genau zur 200. Geburtstagsfeier von Karl Marx statt.

Die Parade der Vielfalt hat mit gefeiert und war präsent – gut so!

Alle Menschen sind vielfältig und Menschen mit Beeinträchtigungen sind es auch. Einfalt

macht einfältig. Ich wünsche mir, dass nächstes Jahr noch mehr Menschen für Vielfalt, Inklusion und Teilhabe streiten und sich uns anschließen. Auf geht's, denn jeder Tag sollte ein Tag der Menschenrechte sein und eben kein Sturm im Wasserglas, der gleich wieder ver-ebbt.

Lyrisches

Selbstbewusst

*Sogar wenn ich Geld hab'
Kann ich damit umgeh'n*

Schnee von heute

*auf dem Spielplatz der Launen
Leben verkokst*

Aha!

*man kann sein Gesicht nicht
verlieren
wenn man keins hat*

• Janina Niemann-Rich

Außenminister

*Steinmeier: staubbürokratisch
Gabriel: amtschwir
Maas: rückschrittliche Marionette
Draußen bleibt blieb bei allen drei
Würde des wichtigsten Ministeriums*

Di-arg-nose

*Profit fit
Gemeinwohl schlaff
Pflegezustand krank*

Spahn

*Man muss als Politiker nicht schön
sein
Doch schön bei der Sache bleiben
Gesundheitsministerium
steht für Gesundheit
statt für krankhafte Profitgier
Personalmangel im Pflegebereich:
Hässliches Gesicht der
Scheindemokratie*

Gierige Minderheit

*Ökonomische Orgien
Auf Kosten vieler Menschen mit
Pseudo-Arbeit
Lüsterne Superreichtum im
Lüsterglanz
Schwärzer werdende Armuts-
Schatten
Perverse Lüge von der
Volksherrschaft*

• Jürgen Riedel

Max Thomas: Revolutionär des Ersten Weltkriegs, Bürger von Wilsdruff

Als dessen ältester Sohn (geb. 1919) bin ich bereits in der Heimatzeitung „Heimatspiegel“ der Bitte gefolgt, aus meinem Leben zu berichten, wobei ich zu meiner Chronik, mit Stolz auch über meinen Vater berichtet habe. Geboren wurde er 1895 als Sohn eines Arbeiters; er erlernte den Beruf eines Schlossers. In seiner Jugend war er ein guter Turner und Raffballspieler – ursprünglich aber ohne politisches Vorbild, was sich durch persönliches Erleben veränderte.

Zu Beginn des I. Weltkriegs wurde er zur Kaiserlichen Kriegsmarine eingezogen und hatte sich beim ersten Einsatz im „Himmelfahrts-Kommando“ der Minensuch-Truppe zu betätigen. Als Obermaschinisten-Maat, lernte er dann später die Genossen Albin Köbis und Max Reichspietsch auf dem Schlachtschiff „Prinz-Regent-Luitpold“ kennen, wurde in deren Soldatenrat Mitglied und mit ihnen beim Kieler Matrosenaufstand gegen diesen mörderischen Krieg aktiv. Der Aufstand wurde zerschlagen und die beiden Rädelsführer bestraft, während andere Teilnehmer mit geringeren Strafen belegt wurden. Vater konnte sich aber davonmachen.

Nach seiner Rückkehr in die Heimat, war er kurzfristig Mitglied der USPD, aus welcher er zur SPD wechselte und daselbst zum Vorsitzenden der Ortsgruppe und Vorsitzenden des Stadtple-

nums wurde, bis zu seiner Verhaftung 1933. Von den Nazis wurde er zweimal in „Schutzhaft“ genommen – wobei ich ihn später um die „Ehren-Rente“ brachte, da er durch mein persönliches Betreiben zur ersten Verhaftung und, bei der zweiten, mit Hilfe meines SPD-Kompaniechefs (!), die Verwahrfrist um 14 Tage (!) verfehlte.

Vor dem Ende des 2. Weltkrieges – ich war als Schwerverwundeter im Heimat-Lazarett – waren wir beide Mit-



glieder eines Aktions-Ausschusses zur Vereinigung SPD/KPD, in welchem die zu erwartende Vereinigung und künftige Funktionen in der neuen Stadtverwaltung beraten wurden. Ich sollte die künftige Polizei übernehmen, was ich mit der Begründung, ich wolle nie wieder Uniformträger sein, ablehnte. Ich wurde Preis-Kommissar des Amtsbezirks Wilsdruff. Vater Max verweigerte den vertrauensvollen Posten des Bürgermeisters und interessierte sich für das Amt Wirtschaft als „Ernährungsminister“, der viel konsequentes Verhalten zu verantworten hatte (z um Beispiel gab es Schlachtgenehmigungen nur nach Planerfüllung!).

Bis zu seinem Todestag, am 25. April 1951 war er in seinem Amt beispielgebend aktiv. Mir und meinem jüngeren Bruder gab er mit auf den Lebensweg: „Erst wenn links und rechts neben Euch Zufriedenheit festzustellen ist, erst dann könnt ihr an Euch selbst denken und handeln!“ Ich habe es beachtet, zumal mich noch der Spruch des sowjetischen Dichters Nikolai Ostrowski leitete: „Das Wertvollste, was der Mensch besitzt, ist das Leben! Es wird ihm nur ein einziges Mal gegeben, und täglich soll er es so verbringen, dass er am Ende dieses Lebens von sich sagen kann: Mein Leben war sinnvoll!“ Als nun fast 100-Jähriger kann ich das.

• Hermann Thomas, Wilsdruff

Am 10. Mai 1940 überschritt die deutsche Wehrmacht die Westgrenze Deutschlands. Sie besetzte in kurzer Zeit Belgien, Luxemburg, die Niederlande und Nordfrankreich. Ein gewaltiger Strom von Flüchtlingen brach auf in Richtung Südwesten, um den Kampfhandlungen und Verfolgungen zu entkommen. Vor allem Juden sahen die Gefahr, in der sie sich befanden, aber auch linksgerichtete Politiker und antifaschistische Intellektuelle aus Deutschland, Österreich, Polen und der Tschechoslowakei, die sich in Frankreich in Sicherheit geglaubt hatten. Die französische Regierung flüchtete nach Tours, dann nach Bordeaux. Diplomatische Vertretungen von sechzig Ländern folgen, ebenso die Exilregierungen Polens, Belgiens und Luxemburgs.

Der Buch- und Filmautor Dierk Ludwig Schaaf, der lange als ARD-Korrespondent in Bonn, Paris und Warschau tätig war, schildert in seinem Buch „Fluchtpunkt Lissabon“ das damit verbundene Chaos und Elend, berichtet von denen, die mit Mut und Risiko versuchten, den in Vichy-Frankreich verfolgten und tödlich bedrohten Menschen zu helfen, ihnen einen Weg in die Freiheit zu ebnet. Dazu hat Schaaf zahlreiche Dokumente und Akten herangezogen, die bisher nicht oder sehr unvollständig von der Forschung ausgewertet worden sind.

Dem 12 Kapitel umfassenden Buch ist quasi eine Einführung in die damaligen personellen Machtverhältnisse in Portugal vorangestellt. Der Diktator Antonio Salazar, dem 1928 der Sprung an die Macht gelungen war, wollte Portugal aus dem Zweiten Weltkrieg heraushalten, mit der Absicht, sich nach beiden Seiten kooperativ zu verhalten. 1938 vertraute er Sousa Mendes das für Portugal wichtige Generalkonsulat in Bordeaux an. Schaaf schildert das Inferno auf den

Fluchtpunkt Lissabon

Portugal wurde während des Krieges zum Zufluchtsort. Prof. Dr. Kurt Schneider hat den jüngst erschienenen Rückblick gelesen

Straßen und Plätzen in Bordeaux, darunter eine schier endlose Menschen Schlange, die bis zum portugiesischen Generalkonsulat reicht. Alle wollen ein Visum oder einen Pass. Portugal ist für sie die letzte Hoffnung. Doch man kann aus der Warteschlange nicht weg, nicht zum Essen, nicht zum Schlafen, nicht zur Toilette, nicht zum Waschen, weil sonst der Platz in der Schlange der Wartenden verloren geht. Die Folge ist, dass die Menschen erschöpft, hungrig, schmutzig, müde sind, der Verzweiflung nah.

Danach folgt die Schilderung der politischen Vorgänge in Frankreich, die zum Untergang der Dritten Republik führen. Am 16. Juni entschließt sich die französische Regierung zum Waffenstillstand und zur Kapitulation. Die Lage spitzt sich zu. Die deutschen Besatzungsbehörden verlangen und erhalten von den Vichy-Behörden Listen mit den Namen von Flüchtlingen aus Deutschland, Österreich und den besetzten Gebieten, wodurch gezieltes Handeln der Nazis im besiegten Frankreich möglich wird. Sousa Mendes weiss, dass ihm ein Disziplinarverfahren droht, als er in dieser Situation



mit kraftvoller Stimme verkündet: „Von nun an werde ich allen ein Visum geben, es gibt keine Nationalitäten, Rassen, Religionen mehr.“ Sein Gewissen verbiete ihm zuzulassen, dass all diese Leute umkommen. Niemandem dürfe wegen seiner Religion oder seiner politischen

Überzeugung der Aufenthalt in Portugal verweigert werden. Sousa Mendes rettete damit gegen den ausdrücklichen Befehl Salazars tausende antifaschistische Flüchtlinge vor der Verfolgung und dem Zugriff durch Nazi-Deutschland und zahlreiche Juden vor dem Holocaust.

Als der Krieg endete und das faschistische Deutschland besiegt war, hätte man erwarten können, wie Schaaf schreibt, „dass alle Fluchthelfer, alle Menschenretter geehrt und geachtet würden als die kleinen Helden neben den großen, den alliierten Staatsmännern und Feldherren, die quasi als Säulenheilige des Antifaschismus auf ihre Sockel stiegen“. Die UNO verabschiedete am 10. Dezember 1948 die „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“ in Form einer Deklaration. Einige der Retter ehrte die israelische Gedenkstätte Yad Vashem als „Gerechte unter den Völkern“. Salazar jedoch beauftragte eine Kommission im Außenministerium, Sousa Mendes' Verhalten disziplinarisch zu prüfen. Dazu ließ er achtzehn Verfehlungen des Konsuls auflisten, darunter den Vorwurf, er habe dem Ruf Portugals in Spanien und in Frankreich bei der deutschen Besatzungsmacht geschadet. Salazar ordnete an, Sousa Mendes für ein halbes Jahr bei halbem Gehalt vom Dienst zu suspendieren und ihn danach bei minimaler Rente in den Ruhestand zu versetzen. Diese Strafe bedeutete für Sousa Mendes, zu diesem Zeitpunkt 55 Jahre alt, verheiratet und Vater von elf Kindern, die berufliche und gesellschaftliche Vernichtung. Erst 1988 beschloss das portugiesische Parlament, die Ehre von Sousa Mendes wieder herzustellen.

Dierk Ludwig Schaaf: Fluchtpunkt Lissabon. Wie Helfer in Vichy-Frankreich Tausende vor Hitler retteten. Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn 2018. 424 Seiten, 32 Euro ISBN 978-3-8012-0525-6

Vor 75 Jahren verstorben: Alice Rühle-Gerstel

Als älteste Tochter einer Kaufmannsfamilie der deutsch-jüdischen Bevölkerungsminderheit am 24. März 1894 in Prag geboren, besuchte Alice Gerstel ein deutsch-sprachiges Lyzeum und legte 1912 am deutschen Lehrerinnen-Seminar die Staatsprüfung für Musik ab. In den literarischen Zirkeln in Prag diskutierte sie über die neuesten philosophisch-ästhetischen Theorien. Sie holte das Abitur nach, begann 1917 Germanistik und Philosophie in Prag zu studieren und begeisterte sich für die sozialistische Bewegung und für die entstehende Sowjetunion.

ker und Pädagogen Otto Rühle, der seit 1896 der Sozialdemokratischen Partei angehörte und schon vor dem Weltkrieg zu den Linken in der SPD gehörte. Von 1912 bis 1918 war er Mitglied des Reichstags und wurde am 9. November 1918 Vorsitzender des Revolutionären Arbeiter- und Soldatenrats von Groß-Dresden sowie Teilnehmer am Gründungsparlament der KPD, aus der 1920 sein Ausschluss erfolgte.

Beide bemühten sich in den folgenden Jahren, eine praktisch umsetzbare Synthese von Marxismus und Individualpsychologie zu entwerfen und auf ihr aufbauend ein neues sozialistisches Erziehungsmodell zu entwickeln. In Buchwald-Friedewald bei Dresden gründete und leitete das Ehepaar Rühle gemeinsam den Verlag „Am anderen Ufer“, in dem von ihnen verfasste pädagogische und psychologische Schriften erschienen, deren Anliegen es war, wesentliche Voraussetzungen für den Abbau der Entfremdung des Menschen von sich selbst

und für eine erfolgreiche gesellschaftliche Transformation im sozialistischen Sinne zu behandeln. A. Rühle-Gerstel engagierte sich in starkem Maße in der sozialistischen Bildungsarbeit der marxistischen Arbeiterbewegung. Mit ihrem 1927 erschienenen Buch „Der Weg zum Wir. Versuch einer Verbindung von Marxismus und Individualpsychologie“ wurde sie zu anerkannten führenden Theoretikerin im Kreise der marxistischen Anhänger Alfred Adlers.

Ende der zwanziger Jahre rückte die Frauenfrage in den Mittelpunkt ihrer Studien. 1932 erschien dazu ihr Buch „Das Frauenproblem der Gegenwart. Eine psychologische Bilanz“. Sie kritisierte die gesellschaftlichen Bedingungen, die es Frauen unmöglich machten, selbstbewusste Individuen und nicht auf ihre Geschlechterrolle festgelegte Menschen zu werden. Die soziale Frage könne nur schrittweise zusammen mit der Geschlechterfrage gelöst werden. Dafür sei aber auch, wie sie betonte, das politische Engagement von Frauen nötig. Mit den Worten: „Wir haben es satt, die Hoffnung bis zur nächsten Generation zu verschieben ... Wir wollen unsere Utopie jetzt – und wir werden dafür arbeiten!“, beendete sie ihr Buch, das bald als das wichtigste Werk zur Frauenfrage

galt, nach 1933 aber in Vergessenheit geriet.

Im Sommer 1932 emigrierte das Ehepaar Rühle nach Prag. 1933 bürgernten die deutschen Faschisten beide aus, plünderten ihr Haus und ihre Bücher wurden verboten. Als sie Mitte November 1935 eine Einladung der sozialistischen mexikanischen Regierung erhielten, an einer Schulreform mitzuarbeiten, verließen sie Europa. Nach einem Konflikt mit den einflussreichen stalinistisch orientierten Gewerkschaften in Mexiko verloren beide 1939 die Anstellung im Ministerium, wodurch sich ihre finanzielle Lage rapide verschlechterte. Hinzu kam ihre politische Isolation, da sie sich den überwiegend stalinistisch orientierten Emigranten nicht anschlossen.

Als am 24. Juni 1943 ihr Mann unerwartet an einem Herzschlag verstarb, erlitt Alice Rühle-Gerstel einen Nervenzusammenbruch und stürzte sich noch am selben Tag aus dem Fenster. Wenige Stunden später verstarb sie, 49 Jahre alt.

• Prof. Dr. Kurt Schneider

Verfasst unter Beachtung eines 1997 erschienenen Textes von Katja Koblitz.



1918 zog Alice Gerstel nach München und setzte dort ihr Studium fort. 1921 promovierte sie mit einer Arbeit über Friedrich Schlegel. Im selben Jahr heiratete sie den zwanzig Jahre älteren Poli-

Terminübersicht



Dresden, 8. Juni, 20 Uhr

■ Lesung
„Antifeminismus in Bewegung. Aktuelle Debatten um Geschlecht und sexuelle Vielfalt“
 Für eine feministische Praxis - Veranstaltungsreihe zu Familienutopien und Reproduktiven Rechten. Eine Veranstaltungsreihe von pro choice Sachsen mit Unterstützung von Weiterdenken - Heinrich Böll Stiftung Sachsen und der RLS Sachsen. Mit Juliane Lang und Kirsten Achtelik.
Kosmotique, Martin-Luther-Straße 13, Dresden

Der hier vorgestellte Sammelband gibt einen systematischen Einblick in die unterschiedlichen Strömungen und die sie tragenden Organisationen im organisierten Antifeminismus. In Anbetracht der Fülle antifeministischer Akteur/innen, Positionen und Aktionen werden zentrale Themenfelder und Strategien benannt und kontextualisiert sowie Diskurse und Öffentlichkeitsfelder - in denen diese wirken - beleuchtet. Ziel der Buchpräsentation ist es, einen Einblick in den Band zu geben und die Tragweite des organisierten Antifeminismus im Themenfeld „Lebensschutz“/ „Volkstod“ zu illustrieren.

Leipzig, 11. Juni, 20 Uhr

■ Buchvorstellung und Diskussion
„Vereinte Nationen gegen Israel“
 Mit Florian Markl und Alex Feuerherdt. Eine Veranstaltungsreihe „70 Jahre Israel“ des Conne Island mit Unterstützung der RLS Sachsen.
Conne Island, Koburger Str. 3, Leipzig

Kein anderes Land steht bei den Vereinten Nationen derart am Pranger wie Israel. Die Unesco und der UN-Menschenrechtsrat etwa haben den jüdischen Staat in Resolutionen häufiger verurteilt als alle anderen Länder dieser Welt zusammen. Auch die Generalversammlung der Uno beschäftigt sich in ihren Diskussionen weitaus öfter mit der einzigen Demokratie im Nahen Osten als etwa mit Syrien, Nordkorea oder dem Iran. Ein Beschluss wie der UN-Teilungsplan von 1947, der die Grundlage für die Proklamation des Staates Israel bildete, wäre heute schlicht undenkbar. Wie kommt es, dass sich der jüdische Staat derart im Visier der Vereinten Nationen und ihrer Untereinrichtungen befindet? Liegt das tatsächlich an Israel selbst - oder gibt es dafür womöglich ganz andere Gründe?

Leipzig, 14. Juni, 18 Uhr

■ Vortrag und Diskussion
„Überall Concert, Publicum, Komponisten, Dirigenten und Klavierfabriken“
 REIHE: Jour Fixe - ein unkonventioneller Gesprächskreis. Mit Doris Mundus (Historikerin und Kuratorin), Moderation: Klaus Kinner und Manfred Neuhaus.
RLS Sachsen, Harkortstr. 10, Leipzig

Doris Mundus, langjährige stellvertretende Direktorin des Stadtgeschichtlichen Museums Leipzig, ergründet, wie Leipzig im 19. Jahrhundert Deutschlands Musikhauptstadt wurde.

Dresden, 19. Juni, 19 Uhr

■ Musik, Vortrag und Diskussion
Buen Vivir - das Recht auf ein Gutes Leben*
 Mit Alberto Acosta (Visionär, Ökonom, Politiker) und der Grupo Sal (lateinamerikanische Musik). Eine Veranstaltung von „anders wachsen“, „Bunte Kirche Neustadt“ und dem Kirchenbezirk Dresden Mitte in Kooperation mit der RLS Sachsen.
Theaterruine St. Pauli, Königsbrücker Platz, Dresden

Der Ecuadorianer Alberto Acosta ist der bedeutendste Verfechter des Konzepts „Buen Vivir“ (Gutes Leben). Das indigene Konzept propagiert - neben einem Leben im Einklang mit der Natur - eine neue „Ethik der Entwicklung“, ein soziales und solidarisches Wirtschaften und eine Veränderung im Lebens- und Politikstil. Lasst uns gemeinsam mit ihm über Themen wie Nachhaltigkeit, Ressourcenverteilung und Gerechtigkeit sprechen. Lasst uns über alternative Modelle zum ewigen Wachstum nachdenken. Und lasst uns gemeinsam tolle, politische lateinamerikanische Musik hören, denn auch die gehört zum Guten Leben.

Tickets nach Selbsteinschätzung: 15,- Euro, 10,- Euro und 5,-Euro, erhältlich in der Bunten Kirche Neustadt, der Konzertkasse im Haus an der Kreuzkirche oder an der Abendkasse

Chemnitz, 20. Juni, 17 Uhr

■ Lesung
Flüchtlingsgespräche von Bertolt Brecht*
 Mit Konrad Heinze (Politikwissenschaftler) und Mike Melzer (RLS Sachsen). Eine Veranstaltung der RLS Sachsen in Kooperation mit dem Soziokulturellen Zentrum QUERBEET.
Soziokulturelles Zentrum querbeet, Rosenplatz 4, 09126 Chemnitz

1940: Im Bahnrestaurationsrestaurant von Helsingfors sitzen zwei Männer. Der eine nennt sich Kalle, der andere stellt sich als Ziffel vor. Beide sind auf der Flucht und unterhalten sich. Stets im vollen Bewusstsein, dass man die Wahrheit niemals laut und offen äußern darf, blicken sie sich immer wieder vorsichtig um und führen ihre Unterhaltung zweideutig verschlüsselt.

Brecht notierte die als fiktiven Dialog geführten Selbstgespräche in den vierziger Jahren und formuliert in ihnen eigene Fluchterfahrungen wie auch seine Überlegungen für eine andere Welt. Mit freundlicher Genehmigung des Suhrkamp Verlags.

Dresden, 20. Juni, 19 Uhr

■ Vortrag und Diskussion
Karl Marx: ein Klassiker ja, aber ein Mann des 19. Jahrhunderts
 REIHE: „An allem ist zu zweifeln!“ Marx' Motto heute. Mit Dr. Antonella Muzzupappa (Rosa-Luxemburg-Stiftung).
WIR-AG, Martin-Luther-Straße 21, Dresden

2018 wäre Marx 200 Jahre alt geworden. Im Herbst 2017, als „Das Kapital“ sein 150. Jubiläum feierte, wurde

der alte Meister fast schon zum Medienstar. „Hatte Marx doch Recht?“, titelten verschiedene Zeitungen lieferten die unterschiedlichsten Antworten. In den meisten Fällen wurde er zwar als „Klassiker“ tituliert, der aber als solcher auch wichtig sei. Warum ist „Das Kapital“ heute doch noch eine unverzichtbare Grundlage für das Verständnis der Verhältnisse, in denen wir leben? Und warum ist die Marxsche Analyse die beste Kritik unserer Gesellschaft, trotz aller Veränderungen, die diese aufweist?

Leipzig, 26. Juni, 18 Uhr

■ Vortrag und Diskussion
Marx' Beitrag zur ökonomischen und politischen Entwicklung Russlands*
 REIHE: PHILOSOPHISCHE DIENSTAGS-GESELLSCHAFT. Mit Dr. Monika Runge (Philosophin).
RLS Sachsen, Harkortstr. 10, Leipzig

Durch vergleichende Analyse der ökonomischen und politischen Entwicklung Russlands mit der Westeuropas charakterisiert Marx für Russland im 19. Jahrhundert eine „asiatische Produktionsweise“ und dieser entsprechenden Staatsform „asiatischer Despotismus“. Jedes Land wird durch je eigene geschichtlichen Traditionen bis in die Gegenwart bestimmt. In der Debatte mit den russischen Volkstümlern (Vera Sassulitsch) äußert sich Marx kritisch im Hinblick auf die Zukunft der kapitalistischen Entwicklung und einer Zukunft des Bauernsozialismus in Russland.

Leipzig, 28. Juni, 18.30 Uhr

■ Vortrag und Diskussion
Schreiben gegen die Barbarei des Kriegs: Daniil Granins „Mein Leutnant“*
 Reihe: Rosa L. in Grünau. Mit Dr. Hilmar Preuß (Russist, RLS Sachsen-Anhalt).
Wahlkreisbüro, Stuttgarter Allee 18, Leipzig

Aktuell werden verstärkt Szenarien einer kriegerischen Konfrontation europäischer Staaten mit Russland diskutiert. Entspannung wird nur wenig forciert. Der 2017 verstorbene russische Schriftsteller Daniil Granin behandelte eindrucksvoll Kriegsgräuelt und die Erinnerung daran im Roman „Mein Leutnant“. Es gelang Granin - der 1941 als Freiwilliger in die Rote Armee eintrat - auf überzeugende Weise, schematische Vorstellungen über den „heldenhaften“ Soldaten zu hinterfragen und dem Lesepublikum die physisch und psychisch zerstörerischen Aspekte des Krieges und die gemeinsame Verantwortung nahe zu bringen.

Dresden, 3. Juli, 18.30 Uhr

■ Vortrag und Diskussion
Die Gewalt der Musik. Techno und gesellschaftlicher Gehorsam*
 Mit Dr. Iris Dankemeyer (Wissenschaftliche Mitarbeiterin Philosophie an der Burg Halle). Eine Veranstaltung des Referates für politische Bildung der TU Dresden und der RLS Sachsen.
objekt klein a UG, Meschwitzstr. 9, Dresden

Der Vortrag betrachtet die Arbeitsverhältnisse und die Gestaltung von Freizeit, vornehmlich in der „Technoszene“, als komplementär im Verhältnis stehende. So wie die zur Subsistenz notwendige Lohnarbeit scheint die Freizeitaktivität „Technoparty“ dasselbe zu fordern: Indem zum mechanischen Klang von elektronischer Musik stundenlang getanzt und jegliche leibliche Reminiszenz verdrängt wird, bis hin zur vollkommenen Erschöpfung. Scheinbar ist zwanghafte Leistung das vollkommen durchdringende Band der Komplemente (Lohn-) Arbeit und Freizeit geworden.

* in Kooperation der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e.V.

Impressum

Links!

Politik und Kultur für Sachsen, Europa und die Welt

Herausgeber:

Dr. Monika Runge, Verena Meiwald, Prof. Dr. Peter Porsch, Dr. Achim Grunke

Verleger:

Verein Linke Bildung und Kultur für Sachsen e.V., Kleiststraße 10a, 01129 Dresden

Namentlich gekennzeichnete Beiträge

geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich das Recht auf sinnwahrende Kürzungen vor. Termine der Redaktionssitzungen bitte erfragen.

Die Papierausgabe wird in der LR Medienverlag und Druckerei GmbH in Cottbus in einer Auflage von 10.950 Exemplaren gedruckt.

Der Redaktion gehören an:

Kevin Reißig (V.i.S.d.P.), Jayne-Ann Igel, Ute Gelfert, Thomas Dudzak, Ralf Richter

Bildnachweise, wenn nicht gesondert

vermerkt: Archiv, pixelio, iStockphoto

Kontakt:

kontakt@dielinke-sachsen.de

Telefon 0351-8532725

Fax 0351-8532720

Redaktionsschluss: 30.05.2018

Die nächste Ausgabe erscheint voraussichtlich am 11.07.2018.

Die Zeitung „Links!“ kann kostenfrei abonniert werden. **Wir freuen uns jedoch über eine Spende**, mit der Sie das Erscheinen unserer Zeitung unterstützen. Kostendeckend für ein Jahresabo ist eine Spende in Höhe von 12 Euro.

Sollten Sie an uns spenden wollen, verwenden Sie bitte folgende Kontodaten:
 Verein Linke Bildung und Kultur für Sachsen e.V.
 IBAN: DE83 8509 0000 3491 1010 07
 BIC: GENODEF1DRS
 Dresdner Volksbank Raiffeisenbank

Aboservice:

www.links-sachsen.de/abonnieren,

aboservice@links-sachsen.de oder

Telefon 0351-84389773

„Ein wahrer Freund spricht auch bittere Worte aus“

Ralf Richter hat „Die Eingewanderten“ von Paul Scheffer gelesen

Der niederländische Migrationsforscher beginnt mit einer Parteienkritik. Gerade eine umfangreiche Wanderungsbewegung würde doch die Bevölkerung eines jeden Landes vor große Herausforderungen stellen: „Ich hätte es begrüßt, wenn die etablierten Parteien sich dieser Themen angenommen und nicht in die andere Richtung geschaut hätten, bis ein beträchtlicher Teil der Wähler die Notbremse zog.“

Dieser Pfeil sitzt, und man ist geneigt, beim Lesen zu vergessen: Der Autor meint damit keineswegs explizit die Parteien in Deutschland. Er, der Niederländer, denkt vielmehr in europäischen Kategorien und jeder, der einmal in den Niederlanden gelebt hat, weiß: Die Niederlande sind eine Einwanderungsgesellschaft. Spätestens in Amsterdam wird das jedem Besucher klar. Die Geschichte der Migration in Europa ist äußerst spannend. Es gibt manche Parallelen – zum Beispiel was den Umgang der „etablierten Parteien“ betrifft – zwischen den Niederlanden, Deutschland, Frankreich, Großbritannien und weiteren Ländern. Aber jedes Land weist auch seine Spezifika in der Migrationsgeschichte auf. Es war eine Deutsche, die als russische Zarin ihre Landsleute zur Einwanderung rief. Niemand hätte seinerzeit daran gedacht, dass später einmal hunderttausende Nachfahren nach Deutschland zurückkehren würden. Und sie kehren ja auch nicht zurück. Wer nie hier, war sondern immer nur von diesem Land hörte, trifft hier auf eine völlig andere Kultur als er

oder sie erwartet hat. Die Amerikanisierung Westdeutschlands hatten die Zuwanderer aus Russland so nicht auf dem Zettel. Sie verstehen auch nicht die einseitige Betrachtung von Juden im Zweiten Weltkrieg als Opfer – aus sowjetischer Sicht waren Juden durchaus nicht nur Opfer, sondern auch Sieger im Zweiten Weltkrieg. So mancher sowjetischer Offizier und Soldat der siegreichen Armee war Jude. Das wiederum kommt in der westdeutschen Geschichtsschreibung, die nach 1989 gedankenlos zur gesamtdeutschen gemacht wurde, nicht vor.

Das Buch ist eine Mischung aus Gespräch und Forschung. Für Menschen, die sich seit langem mit dem Thema Zuwanderung beschäftigen, enthält es ebenso viele interessante Fakten wie für diejenigen, die erst von der 2015er Migrationsbewegung kalt erwischt wurden. Zur Einheit 1990 schien die Einwanderung deutsche Geschichte zu sein, die im Wesentlichen das Ruhrgebiet, westdeutsche Großstädte und Berlin betroffen hatte. Insofern ist es kein Wunder, das PEGIDA in einer ostdeutschen Stadt gegründet wurde. Auch der Blutzoll wird angesprochen, der die Niederlande politisch umgekrempt hat – durch die Morde an Prominenten wie den Spitzenpolitiker Pim Fortuyn im Jahr 2002 oder dem Filmemacher Theo van Gogh zwei Jahre später.

Zuwanderungsgesellschaften sind im Wandel. Insofern wird sich die Zusammensetzung der Bevölkerung in Eu-

ropa stark ändern, aber das ist nichts Neues. Der Autor kritisiert nicht den Vorgang als solchen, aber er möchte darauf hinweisen, dass sich doch die Gesellschaft als Ganzes gemeinsam Gedanken machen sollte, wohin die Reise gehen wird. Die Weisheiten der Völker finden sich in ihren Sprichwörtern wieder. Scheffer zitiert ein türkisches, das hierzulande scheinbar viel zu wenigen bekannt ist: „Ein wahrer Freund spricht auch bittere Worte aus.“ Wenn jemand verlange, dass man den zahlreichen Anpassungsproblemen, die Migranten bei ihrer Ankunft hätten, mehr Aufmerksamkeit schenken solle, dann sei das eben etwas anderes als die Schlie-

bung der Grenzen zu fordern. Wenn es in der „Groko-Friede-Freude-Eierkuchen-Gesellschaft“ keine objektiven Darstellungen von Problemen und Erfolgen der Migration seit 1945 hierzulande gibt, muss man sich nicht wundern, wenn Politiker wie Thilo Sarrazin zu geistigen Gründungsvätern alternativer Parteien werden.

Auch eine Partei wie die LINKE kann aus diesem Buch einiges lernen: Flüchtlingspolitische Sprecher sollten nicht die Meinung eines bestimmten Kreises wiedergeben, sondern die Meinung der Mehrheit der Parteibasis, was die Bereitschaft voraussetzt, diese überhaupt zur Kenntnis zu nehmen. Es ist vieles falsch gelaufen und es läuft weiterhin vieles nicht in die richtige Richtung. Eine Antwort auf die Frage, wie man es anders machen könnte und mit welchen Mitteln und Methoden man ein friedliches Miteinander von Zugewanderten und Eingewanderten organisieren kann, verlangt die Lektüre vieler anspruchsvoller Bücher, die nicht von Ideologen verfasst werden. Eines, um das man nicht herum kommt, wenn man die europäische Migrationspolitik mit ihren Erfolgen und Misserfolgen der letzten Jahrzehnte verstehen will, ist Paul Scheffers Buch. Es gehört in jede Bibliothek, so wie sein Inhalt Allgemeinbildung sein sollte. Anmerkung zu Abschluss: Das Buch erschien bereits 2008 in einer erweiterten Neuauflage 2016 im Carl Hanser Verlag. Es kostet 22,90 Euro in gedruckter Fassung und als E-Book 11,99 Euro.



Über die Relativität der Wahrheit

Das monumentale Werk *Rotes Licht* des russischen Schriftstellers Maxim Kantor ist nun auf Deutsch erschienen. Den Autor kennt man aus der Welt der Kunst, wo er internationale Bekanntheit spätestens mit seiner Einzelausstellung auf der Biennale in Venedig 1997 erlangte. Er wurde 1957 in Moskau geboren und studierte dort am Polygraphischen Institut. 1983 gründete er eine unabhängige Künstlergruppe, die später unter dem Namen Krasny Dom mit Ein-Tages-Ausstellungen im Untergrund bekannt wurde. So kraftvoll wie seine Bilder sind, so kraftvoll ist auch sein Buch *Rotes Licht*.

Der Roman handelt die gesamte Geistesgeschichte des vergangenen Jahrhunderts ab, wobei sich der Autor nicht nur als kulturhistorisch und gegenwartspolitisch versiert zeigt, sondern auch in der Lage ist literarisch zu gestalten. *Rotes Licht* ist ein wahrhaft monumentaler und vielschichtiger Roman, ein überbordend erzähltes Epos. Wie in jedem guten russischen Roman gibt es eine Unzahl von Figuren, vielfach real, teilweise fiktiv, und manchmal wünscht man sich ein Personenregister.

Doch sind zwei Personen herausgehoben, die den Leser durch das Buch und das Jahrhundert begleiten. Zwei Antagonisten, die am Ende des Romans zusammentreffen und streiten. Der Eine, Solomon Richter, Historiker und Agnostiker, dämmert in einem Moskauer Krankenhaus dem Tod entgegen, so wie Europa und die Demokratie. Der Andere, Ernst Hanfstaengl, Hitlers Förderer und Propagandist, kommt ans Totenbett, um als Mephisto dem Sterbenden die Einsicht in das Scheitern des Humanismus abzurufen. Doch Salomon Richter widersteht; er sieht die Verbindung der Dinge im Mitgefühl. Es ist ein großer Moment der Zuversicht, der, nachdem der Leser die Lebensgeschichte des Salomon Richter erfahren hat, nicht zu erwarten war. Salomon Richter, ein russischer Jude, wurde zu Beginn des 20. Jahrhunderts in Argentinien geboren. Als junger Mann geht er mit seiner Familie in die Sowjetunion, da seine Mutter eine überzeugte Kommunistin ist, und er erleidet fortan das 20. Jahrhundert, geprägt von den stalinistischen Repressionen, den Kämpfen des Zweiten Weltkriegs, von Ideologie und Propaganda. Am Ende seines Lebens, als

er bereits im Krankenhaus liegt, tönen ihm noch die Berichte über die Kämpfe im Donbass ins Ohr.

Beeindruckend inszeniert Kantor diese Leidensgeschichte, indem er Parallelhandlungen konstruiert und Verflechtungen organisiert. Im Zentrum der Verflechtung steht ein Haus in Moskau, in dem die Personen und Familien aufeinandertreffen und sich über Generationen hinweg begegnen. Es beginnt mit dem Vater Moses, seinen Kindern, den Nachbarn, welche auch Kinder hatten, die wiederum Kinder haben ... „Das Schicksal erfüllt sich in drei Schritten: Dreimal wird der Schlüssel im Schicksalsschloss gedreht. Großvater – Vater – Sohn; klick – klick – klick – und die Zellentür schließt sich. Drei Akte des Dramas, das jeder sich ansehen kann. Der Großvater hat die Konturen des Schicksals skizziert, der Vater im Hauptakt mitgewirkt, die finalen Dramenszenen aber werden von den Kindern gespielt werden müssen. In der Regel dauert dieses Drama ein ganzes Jahrhundert.“ Über diesen Einzelschicksalen und Familiengeschichten errichtet der Autor ein kolossales Pa-

norama des letzten, des sowjetischen Jahrhunderts, das bis ins Moskau der heutigen Tage reicht. Bis zu den Oligarchen und ihren Verflechtungen mit Politik und Kultur, und den Liberalen, die unter dem Deckmantel der Demokratie einen Neofeudalismus verbergen. In diesem Roman kommen aber nicht nur Nachbarn, Militärs, Tschechisten, Künstler und Liberale zu Wort, man begegnet auch Shakespeares Hexen, Goethes Faust, Heideggers Philosophie und Schmitts Theologie. „Darf man denn alle Schicksale in einer einzigen Geschichte vermischen? Man darf, wie man sieht.“

Ein großartiger Roman, in dem die Relativität sowohl historischer wie persönlicher Wahrheit zu erkennen ist. *Rotes Licht* ist ein großartiges Fresko des 20. Jahrhunderts in Europa, das den Schriftsteller lobt und dem Maler ehrt.

• Andreas Haupt

Maxim Kantor: Rotes Licht. Aus dem Russischen von Juri Elperin, Sebastian Gutnik, Olga und Claudia Korneev. Zsolnay Verlag, Wien 2018; 704 Seiten, 29 Euro.

Es war die Zeit der Rückbesinnung auf eigene Identität in Sachen Volksmusik, die Geburtsstunde des deutschen Folk-Revivals, Ende der Sechziger bis Mitte der Siebziger. Bis dahin gab es zwar auch schon Folkmusik, aber mehr oder weniger wurde irische, schottische oder amerikanische Folkmusik nachgespielt – eine Alternative zur kommerziellen Beat-, Disko- und Unterhaltungsmusik. Das Ensemble „Tramps and Hawkers“ aus Hamburg beispielsweise spielte hauptsächlich, und das mit Hingabe, irisches Liedgut. Das kam gut an beim Publikum, die Spielstätten in Studentenclubs oder Musikneipen waren stets gut besucht.

Als die Gruppe nach Irland pilgerte, um Material zu erforschen, stießen sie bei ihren irischen Folkkollegen auf die Frage, wo ihre Identität bleibe: „Habt ihr denn keine eigenen Lieder?“ Nun ja, da gab es die Sammlung von Wolfgang Steinitz, der zwei Bücher herausgab, die sich mit dem Volkslied demokratischen Charakters aus drei Jahrhunderten auseinandersetzten. Eine feine Sache, und was lag bei den Hamburgern näher als Shantys, Seemannslieder oder die Songs der Hafenarbeiter wiederzuentdecken – auf Plattdeutsch. Das konnte man, sofern die Bereitschaft und Möglichkeit bestand, sich dieses Dialekts zu bedienen, locker über die Bühne bringen. Gesagt, getan, als „Tramps and Hawkers“ wieder nach Hamburg kamen, nannten sie sich „Liederjan“ und galten alsbald als eine der wichtigsten deutschsprachigen Folkgruppen. So erging es nicht nur „Liederjan“ – im Schwäbischen gründeten sich „Zupfgeigenhansel“ und „Linnezworh“, die anfangs noch hauptsächlich schwäbisch sangen, ohne aber Heimattümelei aufzuforsten. Denn mehr denn je wurden die Lieder der Unterdrückten, der Verlierer der Geschichte bevorzugt, auch oppositionelle Soldatenlieder, denn der Folkszene schlug das Herz nun mal am linken Fleck.

Es entstanden in kürzester Zeit etliche Formationen, Gruppen wie „Averliekers“ (Aber trotzdem), „Jan und Jörn“ oder „Ulenspiegel“ wurden ins Leben gerufen und sangen traditionelle wie eigene Lieder in ihrer ostfriesischen bzw. Kieler Mundart. Auch begann sich der aus Bielefeld stammende Hannes Wader für diese Mundart zu interessieren und kreierte mehrere Songprojekte up platt. Dass selbst Interpreten einer leichteren Gangart mitzumischen begannen, bewies der Entertainer Knut Kiesewetter, dessen Popularität es zu verdanken ist, dass das plattdeutsche Lied salonfähig wurde. Sein Album „Leeder vun mien Fresenhof“ von 1976 wurde zum Kassenschlager.

In der DDR machte der Schauspieler und Sänger Kurt Nolze von sich reden, der ebenfalls eine Langspielplatte mit plattdeutschen Liedern veröffentlichte. Doch das Rostocker Liedermacherduo Piatkowski und Rieck interpretierte sein Repertoire weitaus professioneller, da sie großen Wert darauf legten, ihre Lieder urwüchsiger vorzutragen, damit sie nichts an Authentizität einbüßten. Es kamen zwei LPs bei AMIGA heraus. Inspiriert wurde das Duo von einem Songpoeten aus der BRD, Helmut De-

Lied-Poet von internationalem Format

Jens-Paul Wollenberg über deutschen Folk, das Plattdeutsche und Helmut Debus



Liederjan-Konzert in Schwenningen, 1978.

bus. Der gilt als leidenschaftlicher Interpret, Komponist und Dichter, der sich ausschließlich der plattdeutschen Sprache bedient, sie als Herzenssache bezeichnet und erneuert. Seine Poesie gibt der Sprache zurück, was sie am meisten braucht: Respekt und Würde.

Helmut Debus galt anfänglich noch als Geheimtipp in der Liedermacherszene, und obwohl er plattdeutsch sang, wuchs sein Erfolg weit über den norddeutschen Sprachraum hinaus. In der Fernsehsendung „Tipps für Hörer“ vom 24. September 1978 wurde Debus mit seinem Erstlingswerk „Wo ik herkam“ vorgestellt. Das Resultat: Die Platte wurde mehr als zehntausendmal verkauft. Inhaltlich thematisierte er die Liebe zu seiner Heimat, wobei Umweltschutz und Sozialkritik nicht zu kurz kamen. Unermüdlich betrieb er Fabelforschung, um altes Textmaterial zu recherchieren. Dabei standen ihm der aus Jever stammende Poet Oswald Andrae, der maßgeblichen Anteil an der Wiederbelebung niederdeutscher Lyrik hat, und Klaus Dedo zur Seite. Aus Fragmenten entstanden die ganz speziellen Deicharbeiter-Lieder, welche den Hauptteil von Debus' zweiter LP „Wat ik meen“ ausmachen.

Geboren wurde Debus in Hartenrod an der Wesermarsch, Kindheit und Jugend verbrachte er in Brake an der Weser, wo er heute noch lebt. Er beschreibt seinen Werdegang so: „Ich bin zweisprachig aufgewachsen. Offiziell hochdeutsch, die Alten zuhause sprachen ‚hoch‘, wir Kinder sollten keine

Schwierigkeiten mit der Sprache haben. Plattdeutsch galt damals ja noch als rückständig, dumm, vom Lande und Ähnliches. Aber draußen auf der Straße war alles plattdeutsch. Die Fischer und Bauern sprachen mit uns Platt, unsere Spieler und Lieder waren plattdeutsch. Gesungen habe ich, wie alle anderen, eigentlich immer. Meine ersten ‚richtigen‘ musikalischen Erfahrungsmachte ich als Schlagzeuger bei den ‚Madmen‘, einer der damals zahlreichen ‚Beat-Bands‘. Danach habe ich auf der Gitarre mit drei Griffen Dylan und Donovan gespielt. Dylan sang so wie ich fühlte, obwohl ich die Texte nicht verstand. Aber ich wollte in meiner Sprache singen. Ich erinnere mich noch an einen meiner ersten Auftritte beim Turnerfest, etwa 1970, wo ich schon Lieder in ‚hoch‘ und ‚up platt‘ sang.“

Nach dem Schulabschluss erlernte Debus den Beruf Buchhändler, war Hafendarbeiter und Matrose und ging dann über den zweiten Bildungsweg zur pädagogischen Hochschule, bis er sich seinem musikalischen Werdegang widmete. Auf seiner dritten LP stellte er neben Arbeiterliedern nach dem Motto „Von Fischerei und Walfang“ Deicharbeitersongs vor, sowie heimatbezogene Lieder über Bremen und Brake sowie Lieder, die er ins Plattdeutsche übersetzte, etwa „Trotz alledem“. Ab dem Ende der Siebziger gab Debus Konzerte und Tourneen in ganz Europa, trat in Rundfunk und Fernsehen auf, schuf Film- und Theatermusik und war bei großen Festivals präsent, beim Nürnberger Bardentreffen, beim Folk-Fes-

tival „Klangbüchsen“ in Langenhagen, beim TFF Rudolstadt, den „Surwalder Literaturgesprächen“. Und er war Gast der Folk-Alternative in Strackhott/Ostfriesland. 1985 erschien sein Album „Vullmaand“. Seitdem hat er sich vom „dichtenden Sänger“ zum „singenden Dichter“ entwickelt und Plattdeutsch zu einer Universalsprache erklärt.

In den 90er Jahren machte er die Bekanntschaft des englischen Songwriters Allan Taylor, dessen Song „Good to see you“ international gecovered wurde. In Deutschland bekannt geworden ist es als Hannes Waders Version „Gut wieder hier zu sein, gut euch zu seh'n“. Als Debus und Taylor aus Spaß ein Duett bildeten und spürten, dass die Chemie stimmte, beschlossen sie das Experiment, Englisch und Plattdeutsch zu verbinden. Was beide nicht ahnten: Sie füllten Konzerthallen. Innerhalb kürzester Zeit schwammen die beiden auf demselben Level, man warf sich sprachlich und gesanglich die Bälle zu, wobei akribisch darauf geachtet wurde, die Sprachen mit großem Respekt zu behandeln. Das Duo tourte bis in die 2000er Jahre jährlich an die dreißigmal von Stuttgart bis Flensburg quer durch die Lande, ihre Konzerte betitelten sie englisch-plattdeutsch mit Namen wie „Two-Twee“, „Friends-Frunnen“ oder „Together-Tosamen“. Leider erschien nie eine Dokumentation auf einem Tonträger. Parallel dazu erarbeitete Helmut Debus weitere Soloprogramme, die als CD auf den Markt kamen, wie das großartige und sehr empfehlenswerte „Möwen seilt up Wind“, sein dreizehntes Album aus dem Jahr 1997, oder „Vullmaand + Morgenfloot“ von 1999.

Mit dem Erscheinen seines 18. Albums „Dreihen un Weißen“ erfuhren seine Songs eine Metamorphose. Zufällig sah er in einer Musikbar eine Band, die den „Shantybilly“ kreierte. Weil dieser Mix aus Rockabilly, Shanty und Rock'n'Roll, Country und Bluegrass ihn so faszinierte, nahm Debus mit den Musikern Kontakt auf. Man traf sich und setzte Proben an. Mit den Gitarristen Michael Jungblut, Iko Andrae am Bass und dem Schlagzeuger Bahli Bahlmann produzierte Debus das Album „Dreihen und Weißen“, das im März 2012 erschien. In einem Presstext hieß es: „Wie einst Dylan veränderte auch Debus seinen persönlichen, vielen vertrauten Sound. Aber keine Angst: Alles, was wir an seinen Liedern lieben, das Warmherzige, die ‚Melancholie in Moll‘, die so eigene bildhafte Sprache, all das ist noch da. Es trägt nur ein anderes Kleid.“

Sein 2015 erschienenes Album „Liekut un annersrum“ stellt alles in den Schatten. Die mit der gleichen musikalischen Besetzung produzierte CD ist ein Meisterwerk und seine 20. Produktion seit 1976. Mit unaufdringlicher Dynamik verzaubert uns ein sensibler Interpret mit bluesgetränktem, sonorem Gesang in dieser von ihm so geliebten Sprache. Man schwelgt in der Magie dieser faszinierenden Melange aus norddeutschem Flair und emotionsgeladener Stimmung. Man möchte meinen, der ältere Bob Dylan hätte das Plattdeutsche entdeckt. Helmut Debus hätte wohl nichts gegen diese Beschreibung einzuwenden.

Juni 2018

Sachsens Linke

Aktuelle Informationen
stets auch unter
www.dielinke-sachsen.de



Spannende Debatten in Leipzig!

Wenn ihr diese Zeilen lest, ist der Bundesparteitag der LINKEN in Leipzig wahrscheinlich bereits in vollem Gange oder schon Vergangenheit. Bereits zum zweiten Mal seit Parteineubildung ist der Landesverband Sachsen Gastgeber und hat die ehrenvolle Aufgabe, die Delegierten willkommen zu heißen.

Es freut uns, dass nach Dresden 2013 die Wahl des Veranstaltungsortes diesmal auf Leipzig fiel. Bundesparteitage werden stets mit einer Rede des gastgebenden Landesverbandes eröffnet. Auch ich werde dieser Tradition folgen, aber mit einer kleinen Abweichung.

Durch den starken Mitgliederzuwachs im letzten Jahr haben wir uns gedacht, dass man diese tolle Entwicklung entsprechend würdigen sollte. Deshalb haben wir mit einigen Neumitgliedern ein Video gestaltet, das auf dem Bundesparteitag im Rahmen meiner Eröffnungsrede uraufgeführt wird. Dieses werden wir euch selbstverständlich im Anschluss zur Verfügung stellen.

Auch in diesem Jahr stehen einige spannende Debatten im Fokus des Bundesparteitags. Richtungsstreitigkeiten, Grundsatzdebatten oder die Frage einer Bewegungspartei besitzen durchaus großes Diskussionspotenzial. Aber ich bin guter Dinge, dass die Partei gestärkt aus diesem Diskussionsprozess hervorgehen wird und dass wir, der Landesverband Sachsen, eine gute Ausgangslage für die kommenden Wahlen haben werden.

Ein weiteres zentrales Element wird die Wahl des Parteivorstandes sein. Nach zwei Jahren sind die Delegierten dazu aufgerufen, einen neuen Parteivorstand zu wählen. Wie auch immer das Votum ausfallen wird, ich freue mich auf drei spannende und debattenreiche Tage in Leipzig.



Das wünsche ich meinem ärgsten Feind nicht

Katja Kipping über den wahren Schatz der LINKEN

Wann immer ich in der LINKEN unterwegs bin, treffe ich großartige engagierte Mitglieder. Menschen wie Andreas aus NRW: „Ich erinnere mich noch sehr genau, wie das war. Das hat sich mir eingebrannt ins Gedächtnis. Damals waren unsere Kinder noch recht jung. Also, nee, das wünsche ich meinem ärgsten Feind nicht.“ – meint er zu mir, während wir mit seinem kleinen Auto nach einer Veranstaltung durch NRW fahren.

Die Rede ist von Hartz IV. Andreas ist gelernter Werbekaufmann und arbeitete erfolgreich als Werbeleiter. Irgendwann nach vielen Jahren ereilte ihn ein Herzinfarkt und er bekam vier Bypassse. Und fort war der recht gut bezahlte Job, fort war das bisherige Einkommen. Seine Familie rutschte in Hartz IV. Und binnen kürzester Zeit schrumpfte ihre Welt. Als der Sohn in die fünfte Klasse kam, wurde von der Schule die Anschaffung eines Weltatlas empfohlen. Gerade weil ihre Welt und ihr Lebensradius beständig schrumpften, sollte der Sohn doch in Geografie sich in der Welt auskennen, zumindest auf der Karte. Also mussten sie sich den Atlas vom Munde absparen.

Vom Munde abzusparen gab es vieles. Als er noch gut verdiente, hatte seine Familie sich ein kleines Reihenhaus gekauft. Wenigstens das wollten sie zur Alterssicherung erhalten, wo doch das ganze Leben sich plötzlich auf einer Talfahrt befand. Aber es gab noch Raten fürs Haus abzuzahlen. Raten, die nicht höher ausfielen als eine Mie-

te nach angemessenen Unterkunfts-kosten ausgefallen wäre. Und sie hatten schon so viel in dieses Häuschen gesteckt. Doch die ARGE (so hießen damals die JobCenter) machte Ärger, also galt es auch anteilig sich die Raten für den Erhalt des Hauses vom Munde abzusparen. Monatelang gab es Nudeln aus Großpackungen mit dem Billig-Pesto aus dem Supermarkt. Dieses Gefühl von Scham, der anfängliche Wunsch, dass die Nachbarn es nicht mitbekommen, das verzweifelte Bestreben, die wachsende Armut zu verbergen – all das ist für Andreas verbunden mit dem Geschmack von Billig-Pesto. „Ich kann heute kein Pesto mehr riechen.“

Es gibt ja Politiker wie zum Beispiel Jens Spahn, die meinen, über Hartz IV urteilen zu können. Die meinen, es sei ihre Aufgabe, Hartz-IV-Betroffene zu belehren oder gar abfällig zu behandeln. Ich wünschte, sie würden einfach mal Andreas zuhören. Andreas' Urteil über Hartz IV lautet: „Hartz IV produziert zerstörte Menschen und zerstörte Menschen getrauen sich nicht mehr in Bewerbungsgesprächen selbstbewusst aufzutreten. Das hat System.“

Er hat hart gekämpft um da rauszukommen. Heute arbeitet er unter schweren Bedingungen in einer Spielhalle. Während dieser Arbeit funktioniert er, der Mensch in ihm ruht. Sein Leiden an Hartz IV war für ihn Ansporn, sich politisch zu engagieren. Er war einer der ersten, der in die WASG eintrat. Seitdem engagiert er sich

in seinem Kreisverband. Er ist überzeugt, am Ende gilt es neue Mitglieder zu werben und zusammen zu halten und gemeinsam in Aktion zu bringen. Das ist im Alltag wahrlich nicht immer leicht, jedoch gibt es keine Alternative zu diesem Parteaufbau an der Basis. Was für ihn DIE LINKE bedeutet? „Mir hat die Politik beim Überleben geholfen. Das ist mein geistiger Ausgleich. Politisch aktiv zu sein, für unsere Partei zu werben – das ist jetzt meine Identität.“ Ob er noch Träume hat? Aber natürlich! Nach der nächsten Kommunalwahl im Herbst 2020 würde er zu gerne die CDU mal auf der Oppositionsbank sehen.

Während wir uns dem Ziel unserer Fahrt nähern, werde ich einen Gedanken nicht mehr los: Andreas, all diese Erfahrungen müsstest Du mal aufschreiben. Deine Erfahrungen mit Hartz IV sind so eindringlich, die gehören verbreitet. Doch er, der bei allen Wahlkämpfen vorangeht um öffentlich für DIE LINKE zu werben, tut sich schwer damit, seine private Geschichte in den Mittelpunkt zu stellen.

Also verabrede ich mit ihm, dass ich von unserer Begegnung berichte. Denn Menschen wie Andreas, die über die Jahre hinweg vor Ort unsere Partei zusammenhalten und entwickeln, sind der wahre Schatz unserer Partei. Wenn wir heute gut dastehen und die Mitgliedschaft wächst, dann verdanken wir das auch den vielen Genossinnen und Genossen wie Andreas aus NRW.

Leserbriefe

Zu „Sozial-Skandal des Monats: Fast 9000 Hartz-4-Sanktionen in Sachsen“, Links! 04/2018, Seite 4

Hartz 4 durch Grundeinkommen ersetzen

Ich halte Hartz 4 für den größten Fehler, den die SPD gemacht hat. Die mit diesem Sanktionssystem erzielten wirtschaftlichen Erfolge der Bundesrepublik auf dem globalisierten Weltmarkt, deren Ergebnisse ein großer Niedriglohnssektor und eine deutlich ausgeweitete Zeitarbeit sind, welche aufgrund der niedrigen Einkommen und des Nachhaltigkeitsfaktors in der Rentenformel die bereits vorhandene Altersarmut noch deutlich zunehmen wird, wurden auf dem Rücken der Arbeitnehmer und der Arbeitslosen erreicht. Ich bin voll Susanne Schapers Meinung, dass Hartz 4 abgeschafft werden muss.

Die SPD führt über Hartz 4 Schein-gefechte und verdreht Begriffe. Eine Grundsicherung ist eine Sicherung gegen ein Abrutschen des verfügbaren monatlichen Einkommens unter eine definierte Grenze. Das bei wiederholten Verstößen bei der Nichtbeachtung von „Einladungen“ vom Jobcenter, die Nichtannahme einer vom Jobcenter „angebotenen Arbeit oder Maßnahme sowie bei einer Immatrikulation an einer Universität bis auf 0 sanktionierbare Arbeitslosengeld 2 ist damit keine Grundsicherung. Ein Grundeinkommen ist ein monatliches vom Staat garantiertes Einkommen auch ohne Erwerbsarbeit, welches, wenn es über Steuern von der Allgemeinheit finanziert wird, auch als ein solidarisches Grundeinkommen bezeichnet werden kann. Die bis zu 150.000 Langzeitarbeitslosen, die auf freiwilliger Basis ein sozialversicherungspflichtig bezuschusstes zum Mindestlohn entlohnte Arbeitsverhältnis eingehen können, erhalten dafür einen Lohn oder ein Arbeitsentgelt, welches keinesfalls mit einem Grundeinkommen verwechselt werden darf. Die SPD will Hartz 4 gar nicht überwinden, denn wer keine sozialversicherungspflichtig bezuschusste Arbeit annehmen möchte oder wegen einer größeren Anfrage an das Angebot eine solche Arbeit trotz einer Bewerbung nicht bekommen kann, soll weiter im bisherigen Hartz-4-System verbleiben.

Das im Koalitionsvertrag zwischen der CDU, CSU und SPD enthaltene Programm zur „Teilhabe am Arbeitsmarkt für alle“ ist in der Praxis gar nicht umsetzbar, vor allem unter der durch die Digitalisierung, mit welcher auch eine durchgehende Vollautomatisierung verbunden sein wird, zu erwartenden Abbau von mindestens 50 Prozent der heute vorhandenen Arbeitsplätze, wofür hoch qualifizierte Arbeitsplätze keinesfalls im Verhältnis 1:1 neu entstehen werden. Denn wo sollen im kommunalen Bereich, wo die sozialversicherungspflichtig bezuschussten Arbeitsplätze angesiedelt werden, die Arbeitsplätze in der für eine echte Vollbeschäftigung erforderlichen großen Anzahl überhaupt bekommen?

In Zukunft geht der Bedarf an Arbeitskräften stark zurück, weil der bereits bestehende Arbeitskräfteüberhang, der momentan vor allem durch vor allem bei neuen Arbeitsverträgen häufig anzutreffende befristete Beschäftigung und Zeitarbeit kleiner geworden ist, sich in Zukunft wieder deutlich vergrößern wird. Eine echte Vollbeschäftigung wird nicht möglich sein, und so müssen für die zukünftig wieder zu erwartende Massenarbeitslosigkeit andere Antworten als Hartz 4 gefunden werden. Eine Möglichkeit wäre ein unbefristet ohne Bedürftigkeitsprüfung ausgezahltes nicht sanktionierbares Arbeitslosengeld 1, welches mindestens so hoch wie der Pfändungsfreibetrag ist, und auch bei einer Immatrikulation an einer Universität, sofern es kein Bafög mehr gibt – z. B. bei Zweit-, Dritt- und Viertstudien –, weiter gezahlt wird. Die eleganteste Möglichkeit wäre die Einführung eines über eine Bürgerversicherung ohne Beitragsbemessungsgrenze für Einkommen aus Erwerbsarbeit, Miete oder Geldanlagen (Zinsen und Dividenden) solide finanzierbares bedingungsloses Grundeinkommens mindestens in Höhe des Pfändungsfreibetrages, weil hier die teure Verteil- und Kontrollbürokratie wegfallen würde.

• Ulrich Neef, Plauen

Digitale Währung Bitcoin

Das Ende des Dollar?

Die USA bestimmen mit unbeschränktem Einfluss auf den Dollar und Einfluss auf die Medien die Weltpolitik. Eine neue Währung könnte dies ändern: Venezuela führt seit dem 21. Februar 2018 im Kampf gegen Inflation und drohende Staatspleite im Vorverkauf die digitale Währung „Petro“ ein (vgl. Zeitung „El Nacional“ in Venezuela). Staatspräsident Nicolas Maduro will mit der Bitcoin-Währung „Petro“ – deren Einheiten von Computern geschaffen werden, abgesichert über Ölreserven, Mineral- und Diamantvorkommen, unabhängig von Regierungen und Banken – Devisen erwirtschaften. Sollte Venezuela das gelingen und sollten weitere Staaten folgen, könnte die digitale Währung weltweit den Dollar, der ohnehin ohne Goldwert jederzeit von den USA nachgedruckt wird, ablösen. Auch bei uns begannen bereits eine finanzstarke Menschen in Bitcoin einzuzahlen.

• Rita Kring, Dresden

Das Gebot der Stunde ist Abrüstung

Mich schaudert, wenn ich über den unsäglichen Wettlauf zwischen der CDU-Ministerin von der Leyen und Teilen der Medien über eine neu auszustattende und aufzurüstende Bundeswehr lese. Glaubt man Berichten und Reportagen, dann fehlt Personal und einsatzfähige Technik. Leyen will weiter 12 Milliarden über die bis-

herigen Unsummen für die „Truppe“. Eifrig assistiert ihr der SPD-Wehrbeauftragte Bartels. Die Koalition auf Bundesebene funktioniert; eine unheilige Allianz gegen Frieden und Völkerverständigung. Anstatt auf Zusammenarbeit und Diplomatie zu setzen, werden untaugliche Klischees bedient – der Russe ist schuld, obwohl der seine Rüstungsausgaben senken will. Christliche und sozialdemokratische Bundespolitiker wollen mehr Geld für Panzer, Flugzeuge und Schiffe zur Bedrohung und einer möglichen Kriegsführung ausgeben. Unsummen, die unseren Kindern für Bildung, Ausbildung, einem soliden Gesundheitswesen und den Alten für deren gesicherten Lebensabend fehlen werden. Gebietet diesem Treiben Einhalt und verleiht der Vernunft für Frieden und Völkerverständigung eine kräftige Stimme.

• Raimon Brete, Chemnitz

Zu „Erwiderung auf Rita Kring“, Sachsens Linke! 05/2018, S. 2 und „Epochenbruch 1914 – 1923“, Sachsens Linke! 05/2018, S. 8

Annotation zu Lenin

Ich kann bei Rita Kring keine Leugnung von Gewalt und Repression erkennen. Sie weist lediglich darauf hin, dass Gewalt und Repression vom kapitalistischen System ausgehen und eine Folge des kapitalistischen Systems sind. Das heutige kapitalistische System ist nicht nur viel unsozialer (z.B. Millionen Hungertote jährlich), sondern auch antidemokratischer (z.B. Griechenlanderpressung, direkter Einfluss des Kapitals auf Entscheidungen, G20 in Hamburg, „Freihandels“-Abkommen, Polizeigesetze usw.) und umweltzerstörender (z.B. Rohstoffverbrauch, Klimaerwärmung, (Plaste-)Müll, Regenwaldabholzung usw.) als der Sozialismusversuch. Ist somit ein Scheitern des gegenwärtigen kapitalistischen Systems in der BRD und zur Verhinderung der Vernichtung der Menschheit die Ersetzung durch ein demokratisches, soziales und ökologisches (also ein sozialistisches/kommunistisches) System mehr als berechtigt? Wäre dies nicht ganz im Sinne Rosa Luxemburgs, wie auch Prof. Annelies Laschitzka erklärte? Und zeigen nicht auch die gewaltsame Unterdrückung der SPD-KPD-Regierungen in Sachsen und Thüringen die viel stärkere Gewalt und Repression des kapitalistischen Systems, auch unter einer SPD-Regierung? Und auch bei den Aussagen über Lenin konnte ich bei Rita Kring auch nach Durchlesen der Rezension keinen Fehler erkennen. Wenn der Rezensent dies genauso meinte, kann er das ja als Bestätigung seiner Auffassungen interpretieren. Dass, geprägt durch die Anfeindungen im zaristischen System, Linke gegeneinander auch unberechtigte Kritik übten, schreibt der Rezensent auch. Gilt dies nicht auch für die Vorwürfe Bucharins gegen Lenin, falls diese im Buch überhaupt korrekt wiedergegeben und nicht verfälscht wurden? Wird nicht auch Angela Mer-

kel vorgeworfen, dass sie alle Fähigen absägt?

• Uwe Schnabel, Coswig

US-Armee rollt durch Deutschland

Gebietet dem Säbelrasseln Einhalt

Ungeheuerlich die Nachricht, dass wieder großes Kriegsgeschütz durch Sachsen gen Osten transportiert wird. Schweres Gerät, vornehmlich Panzer, rollen leider auch über das sächsische Frankenberg und sind damit Bestandteil eines untauglichen Bedrohungsszenarios gegen Russland. Anstatt deeskalierend zu wirken, gießen die verantwortlichen Politiker und Militärs Öl ins Feuer. Erinnerung sei an die friedenspolitischen Forderungen aus der „Wendezeit“ und das Versprechen, dass es keine NATO-Erweiterung geben wird und wir am gemeinsamen Haus Europa bauen wollen. Alles vergessen? Sollten nicht gerade wir Deutschen alles tun, um die Grundlagen für Frieden und Völkerverständigung zu befestigen und darauf ein Gebäude der gegenseitigen Achtung und Toleranz zu bauen?

Schuldzuweisungen, Arroganz und militärische Machtdemonstrationen sind nicht hilfreich im Bemühen um ein friedlicheres Europa, was uns allen am Herzen liegen sollte. Man muss dem Nachbarn die Hand reichen und nicht die Faust zeigen. Sachsen sollte sich mit ganzer Kraft für eine europäische bzw. internationale Friedenskonferenz einsetzen und dafür seine Ressourcen zur Verfügung stellen.

• Matthias Schwander, Chemnitz

Impressum

Sachsens Linke!

Die Zeitung der LINKEN in Sachsen

Herausgeberin:

DIE LINKE. Sachsen

Verleger:

Verein Linke Bildung und Kultur für Sachsen e.V., Kleiststraße 10a, 01129 Dresden

Namentlich gekennzeichnete Beiträge

geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich das Recht auf sinnwahrende Kürzungen vor. Termine der Redaktionssitzungen bitte erfragen.

Die Papieraussgabe wird in der LR Medienverlag und Druckerei GmbH in Cottbus in einer Auflage von 10.950 Exemplaren gedruckt.

Der Redaktion gehören an:

Ute Gelfert, Jayne-Ann Igel, Thomas Dudzak, Antje Feiks (V.i.S.d.P.), Andreas Haupt, Ralf Richter, Stathis Soudias.

Bildnachweise, wenn nicht gesondert vermerkt: Archiv, pixelio, iStockphoto

Kontakt:

kontakt@dielinke-sachsen.de

Telefon 0351-8532725

Fax 0351-8532720

Redaktionsschluss: 30.05.2018

Die nächste Ausgabe erscheint voraussichtlich am 11.07.2018.

Frank Richter – ein LINKER OB-Kandidat für Meißen!?

Tilo Hellmann über ein spannendes Rennen, das sich anbahnt

Meißen ist ein Fall für sich – in vielerlei Hinsicht. Besucht man die Stadt, fällt es einem vielleicht nicht gleich auf. Bleibt man aber länger und schaut man hinter die Kulissen, merkt man, dass an Meinungsbildung und Mitbestimmung für die Stadtentwicklung große Differenzen bestehen. Da ist die CDU noch rechter als ohnehin schon in Sachsen. Politische Kultur – Fehlangelegenheit! Der Stadtrat ist in weiten Teilen getrieben von Eigeninteressen und der Oberbürgermeister nutzt dies geschickt aus, um seinen Unwillen zu kaschieren, dass diese Stadt sich weg von der lähmenden Provinzialität in Richtung Weltoffenheit verändert.

Meißen kann so viel mehr! Kaum eine Kleinstadt birgt so viel landschaftliches und kulturelles Potenzial. Läge Meißen an der Mosel – Touristen würden uns überrennen. Doch die Realität sieht leider anders aus. Meißen macht Schlagzeilen, jedoch nicht mit Kultur und KulturbürgerInnen, sondern mit kulturlosen Auswüchsen, die derzeit in Teilen der Gesellschaft en vogue sind. Und was tut die Stadtspitze, was tut der Meißner Oberbürgermeister Raschke, wenn Häuser brennen, Geflüchtete durch die Stadt gejagt werden und der braune Mob durch die Straßen zieht? Er isst Eis und spricht von Einzelfällen.

Besondere Zeiten erfordern besondere Haltung. OB Raschke hat durchaus seine Verdienste und er hat Meißen in einer schwierigen finanziellen Zeit geschickt geführt. Wir haben jedoch derzeit auf allen Ebenen und besonders in der Meißner Stadtgesellschaft Probleme ganz anderer Art. Wir haben ein Problem bezüglich der Akzeptanz unserer politischen Ordnung, wir haben ein Problem mit der Kritik an politischen Eliten und wir haben ein Problem mit der politischen Kultur in unserem Land. Und gerade um letzteres zu lösen, fehlt es OB Raschke an einer klaren Haltung und eben der politischen Kultur selbst. Wer sich eher mit den rechten Schreihälsen gemein macht als die Speerspitze der zivilgesellschaftlichen Gegenbewegung zu sein, der ist nicht in der Lage, als Autorität das Meinungsbild in der Bevölkerung zum Guten zu beeinflussen und zu sagen: „Bis hierher und nicht weiter!“

DIE LINKE in Meißen sieht sich als wesentlicher Teil und Triebkraft einer breiten zivilgesellschaftlichen Bewegung, getragen von Vereinen und Initiativen, die diesen Zustand nicht länger ertragen wollen. So wurden bereits seit über einem Jahr intensive Gespräche mit unseren Verbündeten und den parteiungebundenen BürgerInnen dieser Stadt dazu



geführt, wie es gelingen kann, die politische Kultur zu verbessern. Der Fisch beginnt bekanntermaßen vom Kopf her zu stinken, so dass das Ziel Nr. 1 der Wechsels an der Stadtspitze sein muss. Dies gelingt aber nur mit KandidatInnen, die in mehr als einem politischen Lager mehrheitsfähig sind. Nach langer Suche wurde aus der Mitte der Bewegung Frank Richter als Kandidat vorgeschlagen.

Frank Richter, als ehemaliger katholischer Priester, ehemaliges CDU-Mitglied und ehemaliger Direktor der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung, der seine Aufgabe damals darin gesehen hat, auch mit den wütenden BürgerInnen von Pegida das Gespräch zu suchen, ist vor allem aufgrund des letzteren Umstands bei uns nicht ganz unumstritten, gar als Pegida-Versteher verschrien. Ich sehe aber auch, dass Frank Richter die Größe besitzt, zuzugeben, dass er sich dabei zumindest etwas verhasst hat, die Probleme nicht einfach wegmoderieren konnte. Frank Richter ist und bleibt aber offen für das Gespräch und sagt von vornherein, dass das Reden mit jemandem noch lange nicht zwangsläufig die Übernahme der Positionen des Gegenübers bedeutet. Wir brauchen aber gerade in der aktuellen Situation in Meißen einen Oberbürgermeister, der es schafft, wieder zu verbinden statt zu spalten, der mit den BürgerInnen spricht und auch die intellektuelle Fähigkeit besitzt, zwischen moralisch richtig und falsch zu unterscheiden. Die Kandidatur von Richter ist ein Stachel im Fleisch der CDU in Meißen und darüber hinaus, der extrem schmerzt, gerade weil die moderaten

(meist hinzugezogenen) Kräfte der CDU nun abtrünnig werden.

Nicht nur in seinem zuletzt erschienenen Buch „Hört endlich zu!“, sondern auch in den unzähligen persönlichen Gesprächen und Diskussionsrunden konnte Frank Richter uns überzeugen, dass wir in wesentlichen Punkten auf einer Wellenlänge sind, auch wenn die Quellen unseres Denkens und die politische Herkunft und Sozialisation unterschiedlich sein mögen. Ist das aber nicht bei vielen GenossInnen in unserer Partei auch so? Ist es nicht auch die Heterogenität unserer Erfahrungen, die uns ausmacht?

Bei seiner Vorstellung in unserer Versammlung am 1. Mai brachte er es relativ eindeutig, und für einen Theologen beachtlich, auf eine kurze Formel: „Es gibt keine christlichen Werte, es gibt keine linke Werte, es gibt nur menschliche Werte und jeder definiert für sich selbst, wo er den Ursprung dieser sucht. Keiner hat aber das Recht für sich zu beanspruchen, die alleingültige Quelle der Werte zu besitzen!“ Selbst er würde sich für seine Wertvorstellungen nicht auf Glaube und die Bibel berufen.

In diesem Sinne verbinden wir mit der Unterstützung Frank Richters die Hoffnung, keinen Juristen, keinen Verwaltungsfachmann, sondern eine Persönlichkeit mit Werten, Herz und Verstand in das Amt des Meißner Oberbürgermeisters zu bringen, um endlich Veränderungen nicht nur im Verwaltungshandeln sondern auch im Leben und Denken der BürgerInnen hin zum Gemeinwohl zu ermöglichen.

Neues aus dem Landesvorstand

Das Treffen des Landesvorstandes am 18. Mai ergab folgende Beschlüsse:

Der Landesvorstand hat der technischen Umstellung/Aktualisierung der Internetseiten der DIE LINKE Sachsen zugestimmt. Bis zur 3. Tagung des 14. Landesparteitages werden alle Webseiten auf eine einheitliche technische Basis (Wordpress) umgestellt. Dies ist notwendig, um aktuelle technische Entwicklungen einbinden zu können und eine leichtere Bedienbarkeit zu ermöglichen.

Weiterhin hatte der Landesvorstand die Aufgabe, einen Landesinklusionsbeauftragten bzw. eine Landesinklusionsbeauftragte zu wählen. Hierbei konnte sich Kathleen Noack durchsetzen. Ausschlaggebend für ihre Wahl war ihr klares Konzept, wie sie das Thema bearbeiten möchte. Genauere Informationen über ihre zukünftigen Aufgaben findet ihr auf unserer Webseite.

Ein weiterer Tagespunkt war die Verteilung der Vertreter*innenmandate im Landesverband Sachsen für die Bundesversammlung zur Aufstellung der Bundesliste für die Europawahl 2019. Gemäß der aktuellen Mitgliederzahl vom 31.12.2017 können 66 Vertreter*innen im Landesverband gewählt werden. Die Wahl der Mandatsträger*innen obliegt den Kreis- und Stadtverbänden.

Um die Diskussion des Landesentwicklungskonzept ALEKSA von der Landtagsfraktion wieder zurück in den Landesverband zu tragen, hat der Landesvorstand beschlossen, den derzeitigen Stand des Konzeptes auf dem kommenden Landesparteitag als Vorbereitung für die Mitgliederbefragung und das Wahljahr 2019 zu debattieren. Weiterhin hat die entsprechende Arbeitsgruppe die Eckpunkte für das künftige Wahl- und Aufstellungsverfahren vorgestellt. Auch beschloss der Landesvorstand diverse Änderungsanträge für den kommenden Bundesparteitag und zog eine positive Bilanz der Gegendemonstrationen gegen den Aufmarsch des III. Weg in Chemnitz sowie die Aktionen rund um das Neonazi-Festival „Schild&Schwert“ in Ostritz.

• Marcus Boës

Wir LINKE sind auf Augenhöhe ein wichtiger Teil der Stadtgesellschaft und ein wichtiger Teil der „Kulturbürgerbewegung“, die alles daran setzt, Meißen nicht den Rechten zu überlassen! Alles hat seine Zeit und seinen Ort!

Im Gespräch mit der Wirtschaft

Klaus Tischendorf über aktuelle Gesprächsrunden mit Vertretern der Unternehmen im Erzgebirge

Am 15. und 16. Mai 2018 trafen sich im Erzgebirgskreis mehrere Mitglieder des Sächsischen Landtages zum Meinungsaustausch mit regionalen Wirtschaftsvertretern. Der „Bundesverband mittelständige Wirtschaft Unternehmerverband Deutschlands e. V.“ (BVMW) hatte am 15. Mai 2018 die Landtagsabgeordneten aus dem Erzgebirge zum wirtschaftspolitischen Stammtisch in die Sportgaststätte Leukersdorf eingeladen. Der Landtagsabgeordnete der CDU Ronny Wähler und ich waren als einzige MdL der Einladung gefolgt. Dennoch gab es mit den Unternehmerinnen und -Unternehmern eine lebhaftige Diskussion zum Thema Anforderungen an die Politik beim Bürokratieabbau. Eingeladen war dazu auch ein Mitglied des Sächsischen Normenkontrollrates.

Am 16. Mai 2018 gab es in der Geschäftsstelle des Regionalverkehr Erzgebirge GmbH (RVE) ein Treffen mit dem Geschäftsführer und dem Vorsitzenden des Betriebsrates des RVE. Zum Termin begleiteten mich meine Fraktionskollegin und Landesvorsitzende Antje Feiks sowie der Stellvertretende Fraktionsvorsitzende Marco Böhme. Inhalt des Gespräches waren die Anforderungen an die Staatsregierung zur Umsetzung der Vorschläge der ÖPNV-Strategiekommision.

Am Nachmittag hatte ich dann Vertreter der Handwerkskammer, der IHK

Erzgebirge, des Vorstands der Wirtschaftsjunioren zum Gespräch über die Wirksamkeit der Förderpolitik der Sächsischen Aufbaubank für klein- und mittelständige Unternehmen in das Gewerbeförderzentrum nach Ansbach-Buchholz eingeladen. Neben Antje Feiks haben an der Beratung auch die Mittelstandspolitische Sprecherin der Landtagsfraktion der LINKEN, Luise Neuhaus-Wartenberg, sowie der Kreisvorsitzende der LINKEN im Erzgebirge, Holger Zimmer, teilgenommen. Schwerpunkt der Beratung war es, in Vorbereitung auf die Haus-

haltsdebatte im Herbst diesen Jahres die Erfahrungen der Praktiker vor Ort zu Anforderungen an eine bessere, mittelstandsnahe Landesförderung zu diskutieren.

Aus meiner Sicht waren die Gespräche ein wichtiger Schritt, nicht nur um aus den Erfahrungen der Wirtschaft etwas für die Haushaltsberatungen mitzunehmen. Es ging darum, den Unternehmen im Erzgebirge aufzuzeigen, dass wir LINKEN eben auch in der Wirtschaftspolitik realistische Vorschläge anzubieten haben.



Einladung: Büro-Eröffnung in Marienberg

Liebe Genossinnen und Genossen,

der eine oder die andere wird es vielleicht schon wissen: Künftig werde ich für und mit euch im Landkreis in Marienberg vertreten sein. Gemeinsam mit Antje Feiks und der Landesgruppe der sächsischen Bundestagsabgeordneten möchte ich euch einen Raum bieten, den ihr nutzen könnt und sollt. Damit ich den regelmäßigen Kontakt zu euch halten kann, wird mein Wahlkreismitarbeiter Konrad Heinze jede Woche für einen Tag bei euch in Marienberg vor Ort sein.

Die Büroeröffnung will ich mit euch zusammen feiern, und zwar am 21. Juni ab 13 Uhr in der Herzog-Heinrich-Straße 2. Ich freue mich auf euer Kommen! Im Anschluss an die Eröffnung soll es einen kleinen Stadtspaziergang geben. Ich bin schon sehr gespannt, was ihr mir zeigen und erzählen werdet.

Schließlich lade ich euch ab 18 Uhr ganz herzlich zum ersten linXXtreff. Marienberg ein! Der linXXtreff ist eine Veranstaltungsreihe, die ich regelmäßig in Chemnitz organisiere. Hier dreht sich alles um das aktuelle politische und gesellschaftliche Geschehen. Ich lade verschiedene ReferentInnen zu den unterschiedlichsten Themen ein, um dann mit den GenossInnen in lockerer Runde ins Gespräch zu kommen. Das möchte ich auch bei euch in Marienberg etablieren.

Für den Auftakt habe ich den Genossen Matthias Höhn gewinnen können. Als Ostbeauftragter unserer Fraktion im Bundestag wird er uns einen Einblick geben, welchen Stellenwert Ostdeutschland derzeit in der Bundespolitik einnimmt. Wiederum freue ich mich auf euer zahlreiches Kommen und auf eure Gedanken und Meinungen!

• Euer Michael Leutert

Kathleen Noack ist neue Landesinklusionsbeauftragte der sächsischen LINKEN

Der Landesvorstand hatte in seiner Sitzung am 18. Mai unter anderem die Wahl einer bzw. eines Landes-Inklusionsbeauftragten auf der Tagesordnung. Dabei hat sich unter anderen Kathleen Noack aus unserem Kreisverband beworben.

Warum ist eine solche Beauftragung wichtig? Wir als LINKE fordern z.B. in Kommunen Inklusionsbeauftragte und wollen, dass Inklusion im alltäglichen Leben zur Selbstverständlichkeit wird. Dabei geht es um mehr als um abgesenkte Bürgersteige. Es geht darum, dass auch politische Debatten inklusiv, also für alle zugänglich geführt werden. Innerhalb des Landesverbandes haben wir schon viel auf den Weg gebracht, aber es ist, wie Kathleen bei ihrer Vorstellung sagte, „noch viel Luft nach oben“ – egal ob es um für alle zugängliche Tagungsobjekte geht, um die Aufbereitung von Debatten in leichter Sprache, um Rahmenbedingungen bei landesweiten Veranstaltungen für Menschen, die sich medizinisch versorgen müssen. Sie konnte sich gegen ihre Mitbewerber durch-

setzen, weil sie einen Plan hat, wie sie das Thema bearbeiten will und Ideen formulierte, wie sie an ihre Aufgabe herangehen will. Wir freuen uns, dass Kathleen gewählt wurde und sind ge-

spannt, welche Vorschläge sie auch in unserem Kreisverband mit vorantreiben will.

• Antje Feiks, Kreisvorstand



Termine

21.6.2018, 15 bis 17 Uhr, Gasthaus „Zur Sonne“, Am Markt in Schwarzenberg:
Bürgersprechstunde von MdL Klaus Tischendorf und Kreisrat Hubert Protzel sowie dem Kreisvorsitzenden der LINKEN, Holger Zimmer

21.6.2018, 18 bis 20 Uhr, Gasthof Steinbach (Stiehler), Steinbach Nr. 22, Johanngeorgenstadt:
Stammtisch der LINKEN mit den Landtagsabgeordneten Cornelia Falken und Klaus Tischendorf sowie dem Kreisrat Hubert Protzel. Thema: Wie weiter in Johanngeorgenstadt nach dem Kreistagsbeschluss?

Kirchberg – unterwegs im ländlichen Raum

Jedes Jahr ist DIE LINKE. Zwickauer Oberland zusammen mit dem regionalen Abgeordnetenbüro in Kirchberg im Frühjahr und Herbst vor Ort, um mit den Menschen ins Gespräch zu kommen. Am 15. Mai erhielten wir dabei Unterstützung von Luise Neuhaus-Wartenberg, stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag und Sprecherin für Handwerk, Mittelstand und Tourismus. Mit ihrem Infomobil und Pavillon waren wir auch für die vielen Vorbeifahrenden gut sichtbar. Die Themenpalette auf dem Wochenmarkt war so vielfältig wie die Menschen selbst. Es ging um den Bus, der am Wochenende nur zweimal am Tag fährt und abends sowieso nicht; die ärztliche Versorgung und die Frage, wie lange man noch in der eigenen Wohnung bleiben kann, wenn die Gesundheit nicht mehr mitspielt; hinzu kam der Markthändler, der den Eindruck hat, dass die Ordnungsamtsmitarbeiter bei der Bemessung der Standgrößen mit unterschiedlichem Maß messen und ausländische Betreiber bevorzugen und vieles mehr.

Nächster Punkt war der Austausch zwischen Landes- und Kommunalpolitik im politikKontor. Hauptthema waren die Kommunal Finanzen. Wie wichtig eine gute Finanzausstattung der Kommunen ist, bestätigte auch Bürgermeisterin Dorothee Obst, die zum Gespräch kam

(2. v. l.). Um die Wirtschaftsförderung kümmert sie sich selbst und auch die strategische Ausrichtung, was die Stadt



im Großen und Kleinen voranbringt, ist Chefsache. Fachpersonal sei ein Problem. Für den frisch sanierten Jugendclub gibt es aktuell keinen Mitarbeiter, auf verschiedene Ausschreibungen habe es keine Bewerber gegeben. Man würde die Stelle auch als Stadt finanzieren, jedoch fehlt das Geld. Und wieder geht es ums Geld, um die Höhe der Jugendpauschale, die Spielraum auch für solche Stellen hergäbe, um die Vorteile eines Regionalbudgets, über das die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister frei verfügen können. Damit könne man die Ausgaben dort tätigen, wo sie nö-

tig sind, und müsste nicht „Fördertopping“ betreiben und zuerst schauen, wofür es Geld gibt. Tourismus, so

erfahren wir, liegt der Bürgermeisterin des kleinen Erzgebirgsstädtchens sehr am Herzen. So erfährt das alte Meisterhaus gerade eine Aufwertung, indem dort verschiedene Museen sowie die Stadtbibliothek einziehen.

Es war ein spannender Tag. Wir haben erfahren, wie wichtig kommunale Selbstverwaltung sowie eine gute, auskömmliche Finanzausstattung für die Kommunen sind. Und wir haben erlebt, wie eine engagierte, kreative und selbstbewusste Bürgermeisterin so manches erreichen kann. Denn das Prädikat „familienfreundliche Stadt“ bekommt man nicht geschenkt.

• Simone Hock

Kinderfest zum Zweiten!



Was gibt es Schöneres auf Erden, als in glückliche und lachende Kinderaugen zu schauen! Und alljährlich bieten die Festivitäten rund um den Kindertag am 1. Juni hierfür besondere und vielfältige Gelegenheit. So auch in Wilkau-Haßlau, wo im vergangenen Jahr das erste Kinderfest, organisiert von unserer Stadträtin Steffi Müller, für viel Spaß und gute Laune sorgte. Mit rund 700 kleinen und großen Gästen war das nicht nur eine erfolgreiche Premiere, sondern schuf auch den vielfachen Wunsch nach Wiederholung. Natürlich ließen wir uns das nicht zweimal sagen, und so hieß es in diesem Jahr „auf ein Neues“. Veranstaltungsort war in diesem Jahr das Herbert-Bad, das gleichzeitig sein 100jähriges Bestehen feierte. Und wieder gab es ein buntes Programm. So konnten sich die Kinder selbst bei Holzarbeiten erproben oder erfahren, woher der Honig kommt, sich im Verkehrsgarten üben oder das von Kindern gestaltete Bühnenprogramm verfolgen. Hüpfburg und Sportgeräte sorgten für viele Möglichkeiten zum Toben und natürlich war mit Rostern und selbstgebackenem Kuchen auch bestens für das leibliche Wohl gesorgt. Stets ausgebucht war Udos „Kinder-Express“, der für eine Spende Runde um Runde drehte. Ein Teil der Einnahmen geht an die Kita Am Sandberg, der andere an den Jugendclub in Meerane. Jetzt wird Kassensturz gemacht und wir werden in den nächsten

Tagen ermitteln, was von den Einnahmen und Spenden nach Abzug der Ausgaben übrig bleibt. Der Betrag geht dann wieder an eine Einrichtung in Wilkau-Haßlau. Ein gelungenes Fest, die feste Absicht nächstes Mal zum dritten Kinderfest zu laden und die Gewissheit, dass rund 1.500 Kinder und ihre Familie gleich welcher Herkunft und wirtschaftlichen Situation einen wunderbaren Tag erleben konnten, lässt uns zufrieden und sicher sein, dass sich der Aufwand lohnt. Bis zum nächsten Jahr!

• Simone Hock

8. Mai 2018 in Werdau

Dem Aufruf der Ortsgruppe Werdau folgten einige Bürgerinnen und Bürger der Stadt Werdau anlässlich des 73. Jahrestages der Befreiung von Faschismus und Krieg. Am Ehrenmal auf dem Gedächtnisplatz in Werdau fand ein stilles Gedenken statt. Wir erleben schon seit fast einem Dreivierteljahrhundert Frieden in Europa, aber die Spannungen weltweit und die neue Aufrüstungsspirale müssen uns zu denken geben. Alte Feindbilder werden wieder gepflegt, besonders gegen Russland. Differenzen in der Außenpolitik können nur auf der Basis von Völkerrecht und mit Hilfe der UNO gelöst werden und nicht mit der „Macht des Stärkeren“!



Kreisgeschäftsstelle eröffnet

Am 25. Mai hat unsere neue Kreisgeschäftsstelle in Zwickau offiziell ihren Betrieb aufgenommen. An diesem Tag konnten Interessierte die Räumlichkeiten erkunden und sich auch aus erster Hand über die politische Arbeit des Kreisverbandes informieren. Vor unserem neuen Domizil hatten wir bei strahlendem Sonnenschein in der Äußeren Plauenschen Straße, einer Fußgängerzone im Herzen der Kreisstadt, einen Infostand aufgebaut. Wie immer erfreuten sich die roten Luftballons insbesondere bei den Jüngsten großer Beliebtheit.

Am Infostand kamen wir ins Gespräch mit Passanten über unsere politische Arbeit. Wir nutzten die offizielle Eröffnung, um die zentralen Punkte der vor

kurzem gestarteten Kampagne „Menschen vor Profite: Pflegenotstand stoppen!“ vorzustellen. Ins Gespräch kamen wir zum Beispiel mit einer engagierten Frau, die sich seit Jahren für die Interessen von pflegenden Angehörigen stark macht. Ihr lag vor allen Dingen am Herzen, dass es im Landkreis einen Pflegestützpunkt braucht, wo pflegende Angehörige Informationen und Beratung erhalten können.

Neben interessierten Bürgern schauten auch zahlreiche Genossinnen und Genossen unseres Kreisverbandes vorbei. Holger Zimmer und Hubert Protzel vom Nachbar-Kreisverband Erzgebirge durften wir als Gäste begrüßen.

• Sandro Tröger, Kreisvorsitzender



Marx schlägt Rekorde in Riesa

Wie man Marktplatz und facebook zusammenbringt. Von Reinhard Heinrich

Die „Fete“ zu Marxens 200. Geburtstag hätte keine größeren Wellen schlagen können. Im Zusammenhang mit der Filmaufführung „Der junge Marx“ organisierte DIE LINKE ein schon gut besuchtes Straßenfest auf dem Mannheimer Platz in Riesa. Selbst der örtlichen Presse war es einen Artikel auf der Titelseite wert.

Der Knaller jedoch bestand im – völlig unerwarteten – über 1.500-fachen Zugriff auf die Facebook-Seite der Genossinnen und Genossen. Das bedeutet 1.500mal Aufmerksamkeit,

1.500mal bewusst machen: DIE LINKE ist da und zeigt sich auf der Straße. Auf dem Mannheimer Platz konnten vielleicht ein paar Hundert Riesaer das Spektakel wahrnehmen. Die 1.500 Klicks sind freiwillig gekommen. Da wollten 1.500 Leute nachschauen, was sie verpasst haben. Es sprach sich herum wie ein Lauffeuer.

Und wie macht man das konkret? Dem Socialmedia-Team des Kreisvorstands war es gelungen, die Fotos vom „Event“ zeitnah zu posten. Und natürlich waren die Fotos von „Mister

und Mrs. Marx“ und „Fabrikant Engels mit Begleitung“ – mitten in Riesa – eine Augenweide. Zumal die Vorsitzende der linken Stadtratsfraktion und der Ortsvorsitzende persönlich in die Kostüme geschlüpft waren. Ganz nebenbei wurde damit auch eine beliebte Unterhaltung des Bürgertums im 19. Jahrhundert, zu Marxens Lebzeiten also, dargestellt. „Lebende Bilder“ (Tableau vivant) begannen schon Ende des 18. Jahrhunderts die aufstrebende bürgerliche Gesellschaft zu faszinieren. Und die Bürgerinnen und Bürger Riesas konnten sich die-

sem Zauber offensichtlich auch nicht entziehen.

Heute erfreuen sich „lebende Statuen“ zwar eher an touristischen Orten großer Beliebtheit. DIE LINKE in Riesa jedoch hat ihre Stadt um eine Attraktion bereichert. Man schaut gern hin – wo die linken Straßenkünstler Botschaften originell transportieren. Auf der Straße Hunderte – und auf facebook Tausende. Dranbleiben reicht völlig aus. 2019 wird gewählt, wer seine Botschaft mit Charme und Witz transportiert.



Theater mitten aus dem Leben

Ich habe es nicht bereut, den schönen Pfingstmontag-Abend gegen einen Theaterbesuch getauscht zu haben. So etwas Bewegung habe ich lange nicht erlebt. Eine Rezension im MDR Kultur zu dem Stück „Clean City“ hatte mich neugierig gemacht: Zwei griechische Regisseure haben wegen der Forderung, das Land von „Einwanderern zu säubern“, im Sinne des Wortes dieses Stück auf der Basis von Erlebnisberichten inszeniert. Und was da diese sechs Frauen auf der Bühne zeigten, hat mich tief nachdenklich hinterlassen. Dabei erzählen sie „nur“, wie es ihnen in all den Jahren in der Fremde erging – in Griechenland vor und nach Tsipras und in der „Flüchtlingskrise“. Sie kamen aus Bulgarien, Moldawien, Südafrika, von den Philippinen oder aus Albanien und hatten verschieden Gründe, ihre Heimat zu verlassen. Hochinteressant, wie die Folgen für die griechischen und die eingewanderten Frauen eingeschätzt wurden: Beide haben gewonnen – die einen durch Entlastung von Hausarbeit mit Zeit für zunehmende Berufstätigkeit, die anderen durch finanzielle Selbständigkeit und neue Erfahrungen.

Aber der Preis für die Eingewanderten ist hoch! Nicht nur die Trennung von den Kindern, fehlende Kommunika-

tionsmöglichkeiten mit der Familie daheim, die schlimme Erfahrung, wie es sich ohne Aufenthaltsgenehmigung lebt oder wie man einfach um Lohn betrogen wird; nein, auch sehr frauentypische und rassistische Erlebnisse gehörten dazu. Dennoch strahlten die Akteurinnen so eine optimistische und fröhlich-widerspenstige Stimmung aus, dass es das Herz wärmte. So stelle ich mir ein solidarisches Miteinander vor! Die leider nicht so zahlreichen Besucher(innen) dankten für die Aufführung mit viel Applaus. Im Anschluss gab es noch eine Gesprächsrunde mit den Regisseuren und den „Darstellerinnen“. Da musste ich unbedingt etwas loswerden: Nie habe ich so ein schweres Leben wie diese Frauen gehabt! Ich verbeuge mich vor dem Mut, sich so auf einer Bühne zu öffnen!

Insgesamt war das ein gelungener Beitrag im Rahmen des Festival B-Europe (ein Projekt über die Vielfalt, Visionen und den Plan B von Europa), das vom 14. Bis 21. Mai in Hellerau stattfand. Leider am Rande der Stadt! Zum Glück an einem Rand, der von Coswig gut erreichbar ist. Falls euch das Stück in einer Aufführung in Deutschland begegnet, unbedingt hingehen!

• Ursula Windsheimer, Coswig

Pflegethema gehört in den Kreistag!

Der Kreisverband der LINKEN in Meißen hat gemeinsam mit der Kreistagsfraktion im April eine Aktionswoche unter dem Thema „Pflegenotstand stoppen“ durchgeführt (LINKS berichtete). Nun sind inzwischen ein paar Tage vergangen und Kreisvorstand und Kreistagsfraktion zogen ihr Resümee. Insgesamt, so die Vorsitzende der Kreistagsfraktion Bärbel Heym, war das eine gute, wichtige aber auch anstrengende Woche. Eine Landtour, Infostände und Hintergrundgespräche mit Landratsamt, Bürgermeistern und Trägern der ambulanten Pflege standen auf dem Plan. Die Resonanz bei den Bürgermeistern und die Gespräche mit den Bürgern zeigten, dass die LINKE mit dem Thema Pflege richtig liegt. Bekanntlich ging es ja diesmal vor allem um die ambulante Pflege im ländlichen Raum. Die Erkenntnisse dieser Aktionswoche landen jetzt nicht in irgendeiner Schublade. DIE LINKE möchte, dass sich der Kreistag mit dem Thema Pflege beschäftigt und hat inzwischen einen entsprechenden Antrag formuliert. Dabei geht es, so Bärbel Heym, um eine genaue Analyse der demographischen Entwicklung und eine Prüfung der nötigen Infrastruktur. Auch die Pflege gehört aufs Dorf. Eine Konzentration auf die Städte ist zum Nachteil für den ländlichen Raum. Als Beispiel schwebt der LINKEN die „Große Emma“ in Zabeltitz vor: ein ländliches Dienstleistungszentrum, das von verschiedenen Institutionen, auch von Pflegediensten genutzt werden könnte. Neben der Sparkasse, die bereits Interesse signalisierte, müssen auch die Pflegekassen mit ins Boot. DIE LINKE bleibt dran und wird weiter über die Entwicklung berichten.

Das gab es noch nie

Der Oberbürgermeister Großenhains (parteilos) kommt als Gast zum „Linkstreff“ in die Mückenschänke. Der „Linkstreff“, der seit Anfang des Jahres vom Ortsvorstand und der Stadtratsfraktion der LINKEN einmal im Monat organisiert wird, ist eine

neue Form der Öffentlichkeitsarbeit. Den Anfang machte Lokalmatadorin Kerstin Lauterbach, die über ihre Arbeit im Petitionsausschuss berichtete. Ihr folgte Antje Feiks als neue Landesvorsitzende. Der Linkstreff Ende April war Karl Marx gewidmet und nun kam der Oberbürgermeister. 90 Minuten reichten gerade so, um über die vielen großen und kleinen kommunalpolitischen Baustellen zu diskutieren, Fragen zu stellen und Meinungen auszutauschen. Der Tunnelbau an der Berliner Straße, das Gewerbegebiet Großenhain Nord, Ordnung und Sauberkeit in der Stadt, Finanzen, es gab viele Themen.

Neue Ideen

Auch die neu ins Leben gerufenen Straßenbegehungen der LINKEN kamen zur Sprache. Öffentlich über die SZ angekündigt, wurden die Bürger aufgerufen, sich zu beteiligen um ihre kleinen kommunalen Probleme loszuwerden. Zunehmend funktioniert es. Schlaglöcher, schlechte Fußwege, Hausruinen, falsch platzierte Straßenschilder, alles kommt zur Sprache. Die linken Stadträte hören zu, sagen ihre Meinung, versuchen zu helfen. Dafür sorgt übrigens auch die monatliche Marktsprechstunde auf dem Wochenmarkt. Die jüngste wurde genutzt, um fleißig Unterschriften für zwei von der LINKEN initiierte Petitionen zu sammeln: Eine für die Erweiterung einer Schallschutzmauer an der Bahnstrecke Dresden-Berlin und eine für stärkeren finanziellen Einsatz des Freistaates in Sachen Kindertagesstätten.

• Harald Kühne



Kreistagsfraktion auf Frühjahrstour

Rüdiger Thürling blickt zurück

POLYSAX Bautzen, Lichtenberger Agrar GmbH, EU-Fördermittelpolitik und aktueller Stand des Radverkehrskonzeptes im Lausitzer Seenland: Das waren die Themen der diesjährigen Frühjahrstour der Fraktion DIE LINKE im Kreistag Bautzen. Der erste Besuchstermin führte uns am 2. Mai zum POLYSAX Bildungszentrum für Kunststoffe gGmbH in Bautzen. Das POLYSAX ist ein Bildungszentrum der kunststoffverarbeitenden Industrie, das 2009 auf Initiative der Kunststoffindustrie der Region mit dem Ziel gegründet wurde, genug Fachkräfte auszubilden. Wie in vielen anderen Bereichen der Industrie und des öffentlichen Lebens sucht auch die Kunststoffindustrie händeringend Nachwuchs. Trotz bester Beschäftigungsperspektiven in der Region entscheiden sich immer weniger junge Menschen für eine Ausbildung in der Kunststoffindustrie. Arbeiten im 3-Schichtsystem, geringe Gehaltsaussichten, schlechte Verkehrsverbindungen in der Fläche und die gestiegenen Anforderungen an die Bedienung der Maschinen sind nur einige Gründe. Mit den monatlichen „Testwochen“ in Theorie und Praxis für Interessierte wird POLYSAX gegensteuern. In den letzten Jahren wurde besonders in einen modernen Maschinenpark investiert, um die praktische Aus- und Weiterbildung in allen Verarbeitungsbereichen anbieten zu können.

Der zweite Tag stand im Zeichen der Europäischen Union. Mit unserer Europaabgeordneten Dr. Cornelia Ernst und der Landtagsabgeordneten Marion Junge besuchten wir die Agrargenossenschaft in Lichtenberg. Das 1992 gegründete Unternehmen ist in den Bereichen Milchproduktion, Jungrinder- und Kälberaufzucht, Marktfrucht- und Futterbau sowie der Erzeugung von Biogas spezialisiert. Im Gespräch mit dem Geschäftsführer ging es neben den veränderten Bedingungen der EU-Agrarförderung und die restriktiven Vorgaben aus der EU auch um die

Herausforderungen in der industriellen Tier- und Pflanzenproduktion. Wichtige Themen waren die gestiegene Weltmarktkonkurrenz, der Erhalt und Pflege der Kulturlandschaft und die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Beschäftigten in der Landwirtschaft.

Am Nachmittag sprach Dr. Cornelia Ernst im Bürgerbüro DIE LINKE Kamenz mit Vertreter*innen der Leader-Regionen aus der Oberlausitz und der Euroregion Neiße über die EU-Fördermittelpolitik. Es wurde deutlich, dass es neben den guten Erfahrungen in der freien Gestaltung der Arbeit zunehmende Bürokratie bei der Planung und Umsetzung von Förderprojekten gibt. Diese muss in Sachsen dringend abgebaut werden.

Zum Abschluss der Frühjahrstour hatte die Fraktion zu einem Gesprächsforum ins Bürgerzentrum Braugasse 1 in Hoyerswerda eingeladen. Thema war die Umsetzung des Radverkehrskonzeptes für den Landkreis Bautzen. Dazu konnten wir Birgit Weber, 2. Beigeordnete des Landratsamtes, Oberbürgermeister Roland Dantz aus Kamenz, die Bürgermeister Thomas Delling aus Hoyerswerda, Frank Lehmann aus

Lauta, Thomas Leberecht aus Lohsa sowie aus Spreetal Manfred Heine im Präsidium begrüßen. Zu Beginn informierte Frau Weber über den Stand des Radverkehrskonzeptes. „Wir wollen radfahrerfreundlich sein“, sagte sie und machte deutlich, dass die Geldquellen begrenzt und die Planungszeiträume lang sind. Die Bürgermeister der Städte und Gemeinden verwiesen auf ihre Prioritäten. Hinderlich für den Ausbau des Radwegenetzes im Seenland sind die seit 2010 bestehenden großflächigen Kippensperrungen. Eine bessere Vergütung zur Pflege und Instandhaltung der Radwege wären aus der Sicht der Kommunen angebracht. „Wir haben, als der Plan fertig war, festgestellt, dass er schon wieder überholungsbedürftig ist“, so die Beigeordnete. Grundsätzlich ist das Radverkehrskonzept drei Jahre nach seinem Beschluss reif für eine Anpassung. Man werde das im kommenden Jahr auch angehen.

Auch in diesem Jahr war die Frühjahrstour der Fraktion eine gute Gelegenheit, den Landkreis Bautzen besser kennen zu lernen. Sie war für die Arbeit der Kreisrätinnen und Kreisräte ein interessantes Angebot, das wir auch in Zukunft durchführen wollen.



13. Sorbischer Tag der Linksfractionen

Unter dem Motto „Sprache ist Zukunft“ trafen sich in Cottbus/Chóšebuz Vertreter*innen der Linksfractionen im Landtag Brandenburg und im Sächsischen Landtag sowie von Gremien und Institutionen des sorbischen/wendischen Volkes zum 13. Sorbischen Tag. Im Mittelpunkt standen Ansätze für das sorbische/wendische Bildungswesen in beiden Bundesländern.

Mit dem neuen Sorben/Wenden-Gesetz und der Vereinbarung mit den Niederdeutsch-Sprechenden hat Brandenburg wichtige Weichen für Erhalt und Revitalisierung von Regional- und Minderheitensprachen gestellt. Der sorbische LINKE-Landtagsabgeordnete, Heiko Kosel, Sprecher für nationale Minderheiten seiner Fraktion, sagte: „Brandenburg hat gegenüber Sachsen

eine Vorreiterrolle bei der Stärkung der Verankerung der Rechte von Menschen, deren Sprachen und Kultur seit Jahrhunderten bzw. Jahrtausenden unsere Heimat prägen. Ein Blick über die Landesgrenze könnte auch die sächsische Landespolitik beflügeln.“

Bildung nimmt eine Schlüsselrolle bei der Umsetzung der Europäischen Minderheitenabkommens ein. Einigkeit besteht darin, dass bei „Witaj“ in Kindertagesstätten, der Vermittlung der jeweiligen sorbischen Sprache in der frühkindlichen Bildung, in beiden Ländern „Nachsteuerungsbedarf“ besteht. Die Bemühungen des Sorbischen/Wendischen Aktionsnetzwerkes in Brandenburg zur Etablierung einer angemessenen Beteiligung des Landes werden vonseiten der LINKEN unterstützt. Für

entsprechende Veränderungen wolle man sich auch in Sachsen einsetzen.

Zu schulpolitischen Fragen im Interesse des sorbischen/wendischen Volkes erklärten Kathrin Dannenberg, Sprecherin der Linksfraction Brandenburg für Bildungspolitik, und Cornelia Falken, bildungspolitische Sprecherin der Linksfraction im Sächsischen Landtag: „An sorbischen Schulen sollte die namensgebende Sprache auch Umgangssprache sein. Dazu bedarf es erheblicher Anstrengungen bei der Fortbildung von Lehrkräften, der Gestaltung der Lehr- und Unterrichtspläne und der begleitenden Öffentlichkeitsarbeit.“

Auf dem Sorbischen Tag haben sich beide Fraktionen auf länderübergreifende Ziele verständigt.

Nächste Friedensdemo in Kamenz: 11. Juni

Am 23. Mai fand die dritte Friedenskundgebung in Kamenz statt. Silvio Lang, stellvertretender Vorsitzender der Partei DIE LINKE. Sachsen, prangerte die Aufrüstungspolitik der Bundesregierung und NATO an. Die deutschen Rüstungsausgaben sollen nahezu verdoppelt werden. Das sind 30 Milliarden Euro pro Jahr, die im zivilen Bereich fehlen! Was alles kann mit diesem Geld sinnvolles gemacht werden? Schulen, Kitas, sozialer Wohnungsbau, öffentlicher Nahverkehr, Kommunale Infrastruktur, ökologischer Umbau – das alles kann mit 60 Milliarden Euro (Doppelhaushalt 2018/19) angepackt werden!

Gemeinsam mit dem Netzwerk Friedenskooperative fordern wir „Abrüsten statt Aufrüsten!“ Militär löst keine Probleme. Schluss damit! Eine andere Politik muss her! Unterstützt die Kampagne „Abrüsten statt Aufrüsten“ und beteiligt Euch zahlreich an den bundesweiten Friedensinitiativen! Die nächste Friedenskundgebung in Kamenz findet am 11. Juni um 18 Uhr auf dem Schulplatz in Kamenz statt.

• Marion Junge, MdL



Aktion in Radeberg gegen Kinderarmut

Am 22. Mai waren Caren Lay, Bundestagsabgeordnete und Marion Junge, Landtagsabgeordnete der Linken mit der Aktion „Kinderarmut wirksam bekämpfen – Kindergrundsicherung einführen!“ auf dem Marktplatz in Radeberg.

Etwa 2,7 Millionen Kinder in Deutschland sind arm. Wir LINKE fordern: Schluss mit der Armut und den leeren Versprechungen durch die Bundes- und Landesregierungen – Kinderarmut wirksam bekämpfen!

Wir müssen Schluss machen mit dem diskriminierenden Charakter und dem bürokratischen Wahnsinn, Kinder, die in Armut leben wie kleine Arbeitslose zu behandeln. Es ist längst an der Zeit, einen großen Wurf zu wagen und die Hilfen zu einer armutsfesten Kindergrundsicherung zusammenzuführen.

Am 12. März 2018 verabschiedeten die Vertreter der drei Parteien den Koalitionsvertrag „Ein neuer Anfang für Europa. Eine neue Dynamik für Deutschland. Ein neuer Zusammenhalt für unser Land“. Dieses 175-seitige Dokument ist die Frucht eines halbjährigen Marionettentheaters nach dem desaströsen Abschneiden im September 2017.

Zunächst möchte ich zeigen, wie Krieg und Frieden behandelt werden. Der Kernsatz lautet: „Die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik muss im Sinne einer Friedensmacht Europa gestärkt werden.“ Was bedeutet den Autoren Europa als Friedensmacht? Zunächst die „Fortsetzung der EU-Erweiterungspolitik“ und zweitens „innere Reformen“, um die „Handlungsfreiheit“ der EU sicherzustellen. Um welche „Handlungen“ soll es gehen?

Erstens: Die Koalition und die Atomwaffen. Wer bestreitet, dass Kernwaffen die Existenz der Menschheit bedrohen? Willy Brandt forderte: Das Teufelszeug muss weg! Michail Gorbatschow trat 1985 mit der Losung an: Bis 2000 sollte die Erde atomwaffenfrei sein. Die BRD trat wie die DDR vor mehr als dreißig Jahren dem Atomwaffensperrvertrag bei. Die Zahl der Staaten, die Atomwaffen besitzen, hat zugenommen, die Ausgaben auch. 2017 betrug die Ausgaben für Atomwaffen an 29 Firmen 525 Milliarden Dollar. Welch' eine Verschwendung für Waffen, deren Anwendung Selbstmord wäre. UNO-Generalsekretär Antonio Guterres erklärte am 19. September 2017 vor der UNO-Vollversammlung: „Die atomare Bedrohung ist so hoch wie noch nie seit dem Ende des kalten Krieges und die größte Gefahr in unserer Zeit.“ Ist das durch die Berliner Brille unerkennbar? Deutschland hat sich der Bewegung von UNO-Mitgliedsstaaten, die keine Atomwaffen besitzen und deren Abschaffung fordern, nicht angeschlossen. Warum nicht?

Zweitens: Die Koalition und die NATO-Mitgliedschaft. Deutschland begründete seine NATO-Mitgliedschaft mit der kommunistischen Gefahr, die aus Moskau drohe. Mit dem Sieg der „Demokratien“, die sich 1990 etablierten, fiel der Feind weg. NATO und EU blieben nicht nur am Leben, sondern erweiterten ihr Gebiet im Zuge der „Osterweiterung“ auf Kosten Moskaus. Das Koalitionspapier behauptet, „Europa“ sei ein „Garant für eine gute Zukunft in Frieden, Freiheit und Wohlstand“. Das Gegenteil ist wahr. Der erste Abschnitt des Koalitionsvertrages trägt den Titel: „Ein neuer Anfang für Europa“. Regiert Angela Merkel „Europa“? Gehört Russland dazu? Auf den vier Seiten dieses Abschnitts werden die Begriffe Europa, EU, NATO 47 Mal als Synonyme verwendet, obwohl jedes Mal etwas anderes gemeint ist. Stets ist ein Machtbereich gemeint, in dem Monopolisten die Macht ausüben, die anderen Staaten aber über die „Europa“-Politik auf den Kurs Berlins zwingen wollen.

Drittens: Der Koalitionsvertrag und die Rüstungsspirale. Es ist erfreulich, „dass die Koalition nicht vergessen hat, dass Polen und Ungarn den

Der Frieden ist nicht alles, aber ohne ihn ist alles nichts

Anmerkungen zur Krieg-Frieden-Problematik im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD. Von Prof. Dr. Horst Schneider

Grundstein für Europas und Deutschlands Wiedervereinigung gelegt haben.“ Im SPIEGEL-Gespräch vom 24. April 2018 mit Außenminister Maas lautet ein Urteil: Polen und Ungarn haben sich von einem Teil der europäischen Werte verabschiedet. Beides hat weitreichende Konsequenzen für das Geschichtsbild über die „Wende“. Die fürchterliche Tatsache, dass Deutschland Mörder und Kriegstreiber überall in der Welt mit todbringenden Waffen versorgt, wird nicht erwähnt. Aus Scham? Der kritische Leser weiß: Ohne Waffen kein Krieg. In unserem Fall hieß der Lieferant Sigmar Gabriel, der Vorsitzende der Partei August Bebel's war. Er avancierte zum beliebtesten Politiker, als und nachdem der Rüstungsexport auch in Krisen- und Kriegsgebiete alle Rekorde gebrochen hat. Als Beitrag der Deutschen zum Frieden oder zum Nutzen der skrupellosen Rüstungsgewinnler?

Viertens: Die große Koalition und die Beziehungen zu Russland.

Niemand kann ernsthaft bestreiten: Das verhängnisvollste Ereignis in der deutschen Außenpolitik des vergangenen Jahrhunderts war die Aggression Hitlerdeutschlands gegen die Sowjetunion und die Okkupation des Landes. Matthias Platzeck rühmte am 14. April 2018 die Russen dafür, dass sie nach 1945 „Versöhnung, Vergebung und Freundschaft angeboten haben“, die Deutschen aber nicht sensibel genug mit diesem Angebot umgegangen seien. Sein Urteil kann für die DDR-Deutschen nicht gelten. Ohne deren Vorleistung hätte Gorbatschow nie „bis zur Selbstverleugnung“ die deutsche Einheit akzeptieren können. Die „Osterweiterung“ war die Folge und zugleich Ursache für die jetzigen Spannungen. Der Koalitionsvertrag unterschlägt den gefährlichsten Konflikt. Warum?

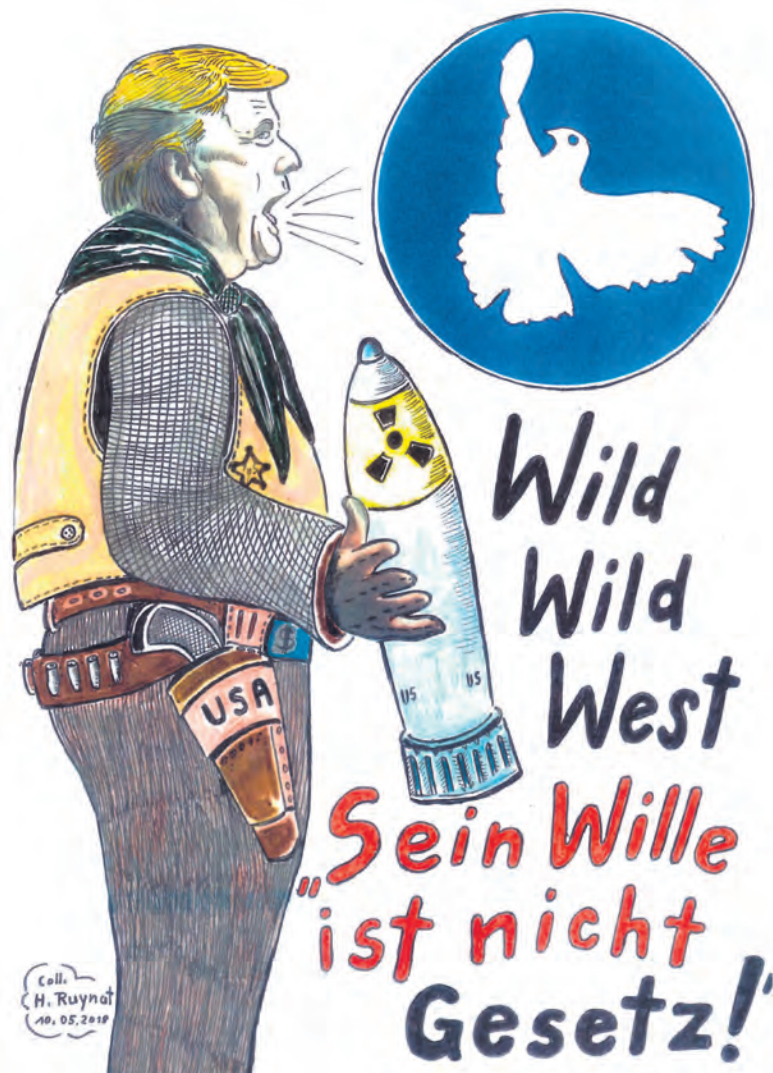
Fünftens: Der Koalitionsvertrag und die weltweiten Militäreinsätze der Bundeswehr.

Die Bundesregierung hat, kaum im Amt, einige Bundeswehreinätze verlängert. Dass das wichtige Entscheidungen sind, für einige über Leben und Tod, wird kaum einer Begründung bedürfen, nachdem die Ministerin in Hannover am 12. März 2018 einen neuen Abschnitt der Traditionspflege der Bundeswehr eingeleitet hat. Eine Kaserne wurde nach einem Stabsfeldwebel genannt, der in Afghanistan, „fern der Heimat“ gefallen war. Er hat also Deutschland am Hindukus südlich verteidigt, wie ein anderer Minister es gefordert hatte. Zum Glück gibt es in Japan oder China noch keine Minister, die ihre Länder am Rhein verteidigen wollen. Aus welchen Gründen auch immer, der Koalitionsvertrag sagt zur Zukunft der Militäreinsätze nichts. Dabei sind sie das sichtbarste Zeichen für die seit 1990 veränderte Strategie. Solange die DDR und die NVA existierten, war die BRD gezwungen, sich bei kriegerischen Handlungen „out of area“ zurückzuhalten. Die NVA war objektiv „peacekeeper“.

Sechstens: Der Koalitionsvertrag und das Völker- und Staatsrecht.

Den Verfassern scheinen Völkerrecht und Verfassung überflüssig oder lästig zu sein. Das Grundgesetz lässt den Einsatz der Bundeswehr nur zum Zwecke der Verteidigung unter Beachtung bestimmter Prozeduren zu. Das Völkerrecht, zu dessen Einhaltung jeder deutsche Bürger nach dem Grundgesetz verpflichtet ist, verlangt Gewaltverzicht und verbietet die Einmischung in innere Angelegenheiten anderer Staaten. Der Koalitionsvertrag ist blind für die Tatsache, dass die Regierung und die Mehrheit des Bundestages beim Einsatz der Bundeswehr in der Regel gegen das Grundgesetz und die UNO-Charta verstoßen. Während der vierzigjährigen Existenz der DDR hat auch die Bundeswehr keine Einsätze „out of area“ durchgeführt, seit 1990 sind es Einsätze in siebzehn Ländern, darunter 1999 die Aggression gegen Jugoslawien. Gerhard Schröder hat den Völkerrechtsbruch öffentlich gestanden. Der bisherige Höhepunkt war Merkels Komplizenschaft beim Luftangriff der USA in Syrien am 13. April 2018. Angela Merkel erklärte wortgleich die „Antwort“ auf einen unbewiesenen Giftgaseinsatz Syriens als „berechtigt und angemessen“, womit sie die Rolle eines Anklägers und Richters beanspruchte. Ein Spruch des Sicherheitsrats war weder vor noch nach dem Völkerrechtsbruch erreichbar. Der Koalitionsvertrag erleichtert es der Regierung, den Kurs auf einen Krieg zu verstärken, in dem er mit sprachlichen Tricks den wahren Charakter der Politik verschleiert. Auf den Missbrauch des Begriffs „Europa“ wurde bereits verwiesen.

Auch die Begriffe „wir/unsere“ helfen, die Vorgänge zu vernebeln. „Wir wollen, wir werden, wir brauchen“ suggeriert, die große Koalition regiere im Interesse des Volkes. Der Wille des Volkes wäre nachprüfbar, wenn die seit 1990 fällige Verfassung erarbeitet, diskutiert und in einem Volksentscheid bestätigt würde.



Neben Rot braucht's Grün

Sandra Steiner von der LAG Adele plädiert für eine „grüne“ LINKE

„In einer Welt voller Gewaltkonflikte um Ressourcen und Millionen von Umweltflüchtlingen ist regenerative Agrikultur ein Schlüssel zum Frieden.“ Dieser Satz stammt aus dem „Manifest – Regeneration ist möglich“ von Ute Scheub und Stefan Schwarzer aus dem Jahr 2017. Sie veröffentlichten es als Teil ihres Buchs „Die Humusrevolution – Wie wir den Boden heilen, das Klima retten und die Ernährungswende schaffen“. Beide haben darin untersucht, warum die Regeneration der

sondern auf die Erarbeitung und Einbeziehung entsprechender Konzepte ins politische Tagesgeschehen. Es gilt zu erkennen, dass der Schutz und der Wiederaufbau von Ökosystemen nicht irgendein Luxus oder gar Selbstzweck ist, sondern dass der Mensch derzeit mit hoher Geschwindigkeit seine eigenen Überlebensgrundlagen zerstört. Doch bis jetzt macht auch die übergroße Mehrheit der LINKEN, bewusst oder unbewusst, beim kollektiven Verfrühen unserer Zukunft und der un-

ökologischen Frage sind außerhalb der Partei längst gelegt. Klima oder Kapitalismus? Die Antwort ist eindeutig.

Genau deshalb wäre es doch Aufgabe der LINKEN, die Zusammenhänge zwischen Frieden, Gerechtigkeit, Gesundheit und z.B. guter Arbeit und Ökologie im ganz eigenen Interesse genau herauszuarbeiten. Ohne eine grundsätzliche Lösung für schwindende Ressourcen und Lebensräume werden Frieden, Gerechtigkeit, Gesundheit und Wohl-

bauern und -bäuerinnen langfristig für alle gesichert werden kann? Müssten dann nicht die Handvoll Idealisten, die jetzt an der Re-Etablierung des fast Verdrängten arbeiten, hofiert, ausgequetscht und in die politische Arbeit gedrängt werden? Müsste die Umsetzung des Versuchs, Fülle, Vielfalt und Widerstandsfähigkeit in vornehmlich lokalen Strukturen im Einklang mit der Natur zu erschaffen, nicht genau beobachtet, begleitet, unterstützt und fürs Politische brauchbar gemacht werden?



Ökosysteme des Planeten unabdingbare Voraussetzung für Frieden und Gerechtigkeit ist, wie unser derzeitiges Wirtschafts- und auch Gesellschaftssystem dies torpediert und wie die Lösung der ökologischen Weltkrise und damit auch der Gewalt- und Gerechtigkeitskrise aussehen kann. Haben sie recht, bedeutet das, dass sich auch die LINKE zukünftig fundamental „grün“ aufstellen muss. Nicht auf das Postulieren grüner Positionen kommt es an,

serer Kinder fleißig mit. Ob wir wollen oder nicht: Wir gehören zu den reichen 20 Prozent, die 80 Prozent der Ressourcen der Erde alleine verbrauchen.

Themen rund um die Ökologie finden in der Partei selbstverständlich ihren Platz, was sich z. B. in der allgegenwärtig bejahten Formulierung „sozial-ökologischer Umbau“ widerspiegelt. Allerdings ist der Themenkomplex, wenn es dann um weitreichende Konzepte geht, doch eher stiefmütterlich behandelt. Die Partei präsentiert sich vorrangig als sozial, nicht grün. Wird in der LINKEN der fundamental wichtige Charakter der Ökologie also übersehen? Werden die weitreichenden Konsequenzen der Umweltbedingungen auf alle anderen Lebens- und damit Themenbereiche unterschätzt? Die internationale, junge, aktive, (rot-)grüne Wandelbewegung, die die ökologische Frage konsequent mit den anderen Themenfeldern verknüpft, bleibt jedenfalls außen vor. Innerhalb der Partei werden ihre praktischen Ansätze kaum auf ihr politisches Potenzial hin überprüft. Die Steilvorlage für Kapitalismuskritik anhand der

finden immer unwahrscheinlicher. Die derzeitige gesellschaftliche und wirtschaftliche Organisationsform der Menschenfamilie krankt nicht nur an einem Verteilungsproblem, sondern sie krankt daran, dass sie, zum Schaden aller, für kurzfristigen Gebrauch alle natürlichen Kreisläufe langfristig zerstört, d.h. die natürliche Regeneration aushebelt und unmöglich macht. Doch von dieser natürlichen Regenerationsfähigkeit hängt unser Leben weiterhin ab. Technisch-industriell können wir sie bisher nicht im benötigten Maß ersetzen, zumal bei steigender Bevölkerungszahl, und es zeichnet sich auch nicht ab, dass es zukünftig möglich sein wird.

Doch obwohl klar ist, dass Knappheit Konflikte im Zusammenleben schürt, spielten auch bei der „Linken Woche der Zukunft“ Begriffe wie Kreislaufwirtschaft, Cradle-to-Cradle, Open Source Ecology, Permakultur und dergleichen mehr keine Rolle. Der entsprechende Diskurs findet ohne uns statt. Nur was ist, wenn beispielsweise die Welternährung wirklich nur über lokale Klein-

Der unentwegte Schwund der natürlichen Lebensgrundlagen ist ein Grundproblem, für dessen Lösung im politischen Spektrum bisher keine Strategie in Sicht ist. Doch von der Erhaltung, Wiederherstellung, ja genau genommen der Steigerung der Produktions- und Regenerationsfähigkeit der Natur hängen die friedliche Koexistenz und die soziale Gerechtigkeit mit ab. Das ausreichende Vorhandensein von Lebensmitteln und -Räumen ist zwar noch kein Garant für Frieden und Gerechtigkeit, aber deren unabdingbare Voraussetzung. Bei den linken Konzepten zum sozial-ökologischen Umbau ist dies dringend zu beachten. Für fundamentales Rot braucht's eben fundamentales Grün – und davon sind wir in Denken und Handeln noch weit entfernt.

„Melodie & Rhythmus“ retten – Hilfe wird gebraucht

Der Verlag 8. Mai GmbH kämpft derzeit darum, die „Melodie & Rhythmus“ zu erhalten: „Nicht zuletzt wegen des dramatischen Rechtstrends und Abdriftens in eine Gesellschaft ohne Opposition dürfen wir es nicht zulassen, dass eines der letzten fundamental-oppositionellen Kunst- und Kulturprojekte kapitulieren muss. Kritische Künstler und Journalisten, die Einspruch erheben gegen den totalen Markt, seine Kriege und andere dadurch bedingte Unmenschlichkeiten, und Leser, die eine Zeitschrift wollen, die die Lüge von der ausweglosen Totalität des Kapitalismus schonungslos entlarvt, brauchen dieses Magazin für Gegenkultur auch und gerade in Zukunft.“

Die M&R-Redaktion soll bis zum Spätsommer 2018 wieder arbeitsfähig werden. Dazu werden laut Verlagsangaben 1.000 zusätzliche Abonnements bis zum 30. Juni 2018 benötigt. Ein Normalabo kostet 26,90 Euro im Jahr (vier Ausgaben, Versand ins Ausland zzgl. 10 Euro/Jahr) und ein Förderabo 36,90 Euro pro Jahr. Das Abonnement trete erst in Kraft, wenn feststehe, dass die Zeitschrift weiter erscheint.

In eigener Sache

In der Sonderbeilage zum CSD, die wir in der Mai-Ausgabe veröffentlicht haben, fehlte aufgrund eines redaktionellen Versehens unter dem Beitrag „Das Leben der Anderen! LGBTIQ* auf europäisch“ der Name der Autorin. Wir bitten um Entschuldigung und liefern ihn hiermit nach: Der Artikel stammte aus der Feder der sächsischen Europaabgeordneten Dr. Cornelia Ernst.

Einmal mehr durfte die Linksjugend Sachsen gut 600 Menschen im Land der lachenden Rehe begrüßen. Vom 18. bis zum 21. Mai fand unser alljährliches Pfingstcamp im tschechischen Doksy statt und wie jedes Jahr war es ein ganz Besonderes. Dieses Mal sogar einer großartigen Gala und reichlich Sekt anlässlich des 20. Jubiläums am Samstagabend.

Das inhaltliche und kulturelle Programm war wie immer bunt und abwechslungsreich und reichte von Workshops übers Bierbrauen, dem Prostituiertenschutzgesetz und der Revolution 1918 bis hin zu hochkarätigen Musikacts mit illustren Namen wie „Cherie bring mir den Fisch ans Bett“ und „Stresserektion“.

Je ne rehgrette rien

Das war das 20. Pfingstcamp der Linksjugend Sachsen!

Neu war in diesem Jahr auch der Fokus auf die Einbindung internationaler Gäste. So konnten wir einige Genoss_innen aus der Ukraine und

Polen begrüßen, welche wir auf den Bildungsfahrten im vergangenen Jahr kennenlernen durften. Sie hatten die Möglichkeit, sich mit eigenen Work-

shops oder Vorträgen in das Camp einzubringen und sich mit den Teilnehmer_innen über die aktuelle Situation in den Ländern auszutauschen.

Wie immer verging das Wochenende, auf das ein vierzigköpfiges Orga-Team ein Dreivierteljahr hingearbeitet hat, viel zu schnell, und es bleibt zu sagen: Nach dem Camp ist vor dem Camp und wir danken allen, die dabei waren, für ein unfassbar entspanntes und schönes Pfingstcamp inklusive sommerlichem Wetter. Wir freuen uns immer über neue Köpfe im Team. Wenn du Interesse hast, an der Entstehung des 21. Pfingstcamps mitzuwirken, schreib uns eine Mail an 2018@pfingst.camp.



Kein Podium der SAV!

Anlässlich des 200. Geburtstags dieses alten, graubärtigen Mannes, von dem immer alle erzählen, gab es bekanntlich ein ziemlich breitgefächertes Begleitprogramm, welches sich über inhaltliche Diskussionen bis hin zur popkulturellen Beschäftigung mit Karl Marx erstreckte. Innerhalb dieses Spektrums gab es sicherlich sehr viele gute, anregende und spannende Veranstaltungen und Formate, aber auch einige, auf die man in dieser Form gut hätte verzichten können. Da es sich hier um eine Parteizeitschrift handelt und die Thematik im Jugendverband in der Vergangenheit – gerade in der jüngeren – für viele emotionale Debatten sorgte, wollen wir uns eine Veranstaltung der LINKEN. Dresden herauspicken.

Am 4. Mai, also am Vorabend des Marxschen Geburtstags, lud der Stadtverband zu einer Podiumsdiskussion unter der Fragestellung „Was bleibt von Marx in der Linken?“. Auf dem Podium nahmen neben Ellen Brombacher, Rico Gebhardt und Jens Matthis auch Katharina Doll Platz. Wer sie nicht kennt: Katharina Doll ist Mitglied der linksjugend [‘solid] Hamburg und der Sozialistischen Alternative Voran (SAV) und fiel nicht selten mit antisemitischen Äußerungen auf. Die SAV ist eine seit 1994 existente trotzkistische Gruppierung, die seit Jahren in linksjugend-Strukturen drängt und das mit sehr eigenwilli-

gen Mitteln. Ziel ist der Aufbau und die Stärkung der eigenen Struktur innerhalb der linksjugend-Struktur. Dabei wird versucht, Geld für eigene Zwecke umzumünzen, Gesamtmitgliederversammlungen werden sprichwörtlich überrannt, wodurch Landessprecher_innenräte oder Delegiertenplätze in den SAV-dominierten Landesverbänden beinahe gänzlich an Mitglieder der SAV gehen. Immer wieder gibt es Berichte über immensen psychischen Druck auf Mitstreiter_innen. Kritik, nicht genügend SAV-Materialien verkauft zu haben oder nette Fragen, ob man es wirklich ernst mit der SAV meint, sind nur zwei Beispiele – unter anderem auch von ehemaligen Mitgliedern. Dazu kommen die stark ausgebauten Hierarchien im Verband. Neue Menschen müssen sich beim Eintritt zu den Zielen der SAV bekennen und sich schließlich diesen unterordnen – die Chance zur basisdemokratischen Mitarbeit ist nahezu nicht gegeben.

Schaut man auf die Arbeit von SAV-Mitgliedern in der linksjugend [‘solid], so merkt man recht schnell, dass auch hier die Zeichen eher auf Separation statt auf Zusammenarbeit stehen. So kapseln sich Mitglieder weitgehend im Bundesarbeitskreis Revolutionäre Linke (BAK RL) ab, anstatt sich in inhaltlichen Arbeitskreisen zu betätigen. Jüngstes Beispiel waren die G20-Proteste, wo der BAK RL lieber eigenes

Material produzierte anstatt sich in einer extra gegründeten AG zu den G20-Protesten zu beteiligen. Man könnte diese Liste noch länger ziehen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die SAV und deren Mitglieder, also auch die anfangs erwähnte Katharina Doll, diametral den emanzipatorischen, pluralen, selbstbestimmten und progressiven Grundsätzen der linksjugend [‘solid] entgegenstehen. Beim letzten Bundeskongress der linksjugend [‘solid] gab es einen Antrag, welcher die Unvereinbarkeit der SAV-Mitgliedschaft mit der in unserem Jugendverband vorsah. Gestellt im Übrigen von mehreren Landessprecher_innenräten und Einzelpersonen quer durch alle Strömungen und Landesverbände. Mit knapp 60 Prozent Ja-Stimmen wurde der satzungändernde Antrag zwar abgelehnt, setzte aber doch ein recht deutliches Zeichen, dass die SAV nicht wirklich erwünscht ist.

Wir würden uns wünschen, bei zukünftigen Podien auf Mitglieder der SAV zu verzichten. Wer eigene Mitglieder bedrängt, ihnen eine Meinung aufdrückt und Strukturen zum Selbstzweck gezielt unterwandert, hat in der linksjugend [‘solid] genau so wenig zu suchen wie auf einem Podium einer linken Partei, die für sich in Anspruch nimmt, pluralistisch, basisdemokratisch und fortschrittlich zu sein.

Meinen die das ernst?

Nr. 6: Laizismus – für's Mittelalter keine Mittel, Alter!

Hier stellen wir euch jeden Monat eine Forderung aus dem Linksjugend-Wahlprogramm vor.

Die Forderung:

Für eine Trennung von Kirche und Staat in Finanzen und für Mitbestimmung!

Die Begründung:

In Deutschland gilt Religionsfreiheit, aber trotzdem sind die Religionen nicht gleichberechtigt. In vielen Bereichen werden christliche Institutionen bevorzugt. Wir wollen einen Staat frei von Religionen – Glaubensgemeinschaften sollen sich selbst organisieren und finanzieren. Außerdem soll die Kirche als normaler Arbeitgeber behandelt werden und sich nicht mehr in die Bildung einmischen. Statt des Religionsunterrichts soll es ein Ethik-Fach mit Religionskunde für alle Schüler_innen geben.

Viele Feiertage sind christlich. Das finden wir ungerecht, da nicht alle Menschen Christ_innen sind. Wir wollen deshalb Tanzverbote und religiöse Feiertage abschaffen. Stattdessen wollen wir die Einführung säkularer gesetzlicher Feiertage für alle.

Termine

12. Juni, 12 Uhr: BR-Sitzung in Meiberg

16. Juni: Leben schützen – Abtreibungen legalisieren! Demo in Annaberg-Buchholz

23. Juni, 10 bis 20 Uhr: 1. Programmkonvent zum Landesjugendwahlprogramm im INTERIM in Leipzig

Bulgarien auf einer Reise ins Ungewisse



EUROPEAN UNITED LEFT/
NORDIC GREEN LEFT
EUROPEAN PARLIAMENTARY
GROUP

Dr. Cornelia Ernst hat selten so viel Fatalismus erlebt wie in Sofia

Bulgarien kannte ich bisher nur aus gemühtlichen Vor-Wende-Urlauben. Wie im RGW liegt es auch in der EU an der Peripherie. Heute spielt das Land weniger als damals eine relevante Rolle, auch wenn es zurzeit die EU-Ratspräsidentschaft innehat. Für uns war dies ein Anlass, sich vor Ort ein Bild von der Lage zu machen. Leider ist es kein gutes. Ich musste feststellen: Bulgarien befindet sich in einem alarmierenden Zustand.

Als wir am Freitag mit dem Fraktionsvorstand in Sofia tagten, direkt nach einer anstrengenden Plenarwoche, war ich noch müde. Die Lufthansa hatte wieder mal einen Flug ausfallen lassen. Erst weit nach Mitternacht waren wir im Sofioter Hotel angekommen. Doch schon die erste Referentin riss mich aus der Müdigkeit. Ich war hellwach.

Die Wende hat nicht – nach einer Durststrecke – zu einem Aufschwung geführt. Von dem Totalzusammenbruch der Wirtschaft hat sich Bulgarien bis heute nicht erholt. Damals wurde, angefeuert von antikommunistischen Heilsbringern aller Parteischatierungen, alles privatisiert, was ging, alles an staatlichem Eigentum verkauft, was zu Geld gemacht werden konnte. Die Sozialversicherung wurde aufgelöst, kostenlose Gesundheitsleistungen abgeschafft. Auch das Bildungssystem ist für die Bürger*innen nicht mehr kostenlos.

In den 2000er Jahren gab es eine tiefe Depression. Eine Massenauswanderung, die bis heute anhält, war die Folge. Nachdem die Sozialist*innen zum Teil schlimmer als die Konservativen geherrscht hatten, sind die Reste der kommunistischen Partei im politischen Nirwana verschwunden. Heute gibt es acht kommunistische Parteien, die sich aufs Ärgste bekämpfen.

Der Glaube, dass mit dem EU-Beitritt das innenpolitische Desaster enden würde, erwies sich als Trugbild. Es scheint heute vielen egal zu sein, welche politische Kraft das Land weiter ruiniert. Derzeit regieren Rechtskonservative gemeinsam mit Faschist*innen. Es gibt keine politische Alternative, für die sich politische Kräfte in größerer Zahl engagieren und Widerstand gegen die Entwicklung organisieren. Zivilgesellschaftliche Kräfte sind kein politischer Faktor. Vor 1989 gab es sie faktisch nicht, nach 1989 fehlten die Ressourcen, dass diese sich finden und entwickeln konnten. Und so treiben Oligarchen und andere „Raubtiere“ das Land von einem Fiasko ins nächste. Die Resultate kann man nicht anders bewerten. Die Armut ist viermal größer als in Dänemark. Die Armutsgrenze liegt in Bulgarien bei 158 Euro. Davon kann man allerdings nicht leben. Betrachtet

man den Einkommensdurchschnitt der EU, dann liegt Bulgarien mit 46 Prozent an letzter Stelle. Während auf der einen Seite 40 Prozent aller Bulgar*innen in bitterer Armut leben, gibt es auf der anderen Seite 15 Milliardäre. Seit Jahren sinkt die Steuerquote für Reiche, doch die Mehrwertsteuer liegt bei 21 Prozent. Bulgarien ist das Land mit der höchsten Korruptionsrate in der EU. Das Gesundheitswesen ist vollständig marktorientiert und profitdominiert. Auf dem Lande müssen werdende Mütter ihre Kinder zuhause zur Welt bringen – ohne jede medizinische Unterstützung. 40 Prozent von ihnen haben gar keinen Arzt. Und so ist es nicht verwunderlich, dass Bulgarien nach dem Kosovo europaweit die höchste Kindersterblichkeit aufweist. Auf 1.000 Geburten kommen fast 17 Totgeburten. Die Gehälter der Ärzt*innen sind so gering, dass sie Zweitjobs zum Überleben brauchen. So verlassen sie in Scharen das Land.

Doch am schlimmsten sind Minderheiten von der Armut betroffen. Dies gilt insbesondere für Roma und Türk*innen. 70 Prozent aller Roma-Kinder haben noch keine Schule von innen gesehen. Während Roma vor 1989 Arbeit hatten und halbwegs normal, wenn auch ausgegrenzt, leben konnten, sind sie heute zu fast 100 Prozent arbeitslos. Der ungezügelt, wilde Hass, der vielen Roma entgegenschlägt, hat sie die Städte verlassen lassen. Ihre Dörfer sind von jeder staatlichen Hilfe und Unterstützung abgeschnitten. Sie scheinen für die Regierung nicht zu existieren. Sie vegetieren irgendwo dahin. Ihre Anzahl wird nicht erfasst, ist unbekannt. Auch die Rechtsstaatlichkeit ist in einem jämmerlichen Zustand. Obwohl Recht gesprochen wird, wird dies nicht immer umgesetzt. In Folge der Banken-

krise wurden viele Kleinsparer*innen enteignet. Die Steuerzahler*innen mussten für die Verluste der Reichen aufkommen. Kreditbetrüger*innen konnten vor der Krise viel Geld machen und haben, wie es eine Referentin sagte, „die Menschen sozial umgebracht“. Obwohl es ein Gerichtsurteil gibt, dass die Betroffenen Schadensersatz bekommen sollen, tut sich seit Jahren nichts. Nun liegt dazu eine Petition auf dem Tisch des Europaparlamentes.

Journalist*innen, die sich nicht dem Mainstream beugen, werden unter Druck gesetzt. Zwei von drei gaben in einer Umfrage an, dass auf ihre Berichterstattung Druck ausgeübt wird. 92 Prozent sprachen sogar von einer offenen ausgeübten Zensurpolitik. Fast alle Medien gehören Oligarchen, die damit machen, was sie wollen. Die Medien berichten zumeist provokant und zugespitzt. Hassreden sind zumeist die Voraussetzung dafür, in den Medien unterzukommen, sie gehören zum alltäglichen Standard, sind offizieller Politikersprech.

Besonders perfide war der mediale Umgang mit der Istanbul-Konvention, die auch von Bulgarien unterzeichnet wurde. Die orthodoxe Kirche hat eine regelrechte Hexenjagd veranstaltet, sie hatte behauptet, die Werte Bulgariens und der Christenheit seien in Gefahr. Dadurch wurde eine entsprechende Gesetzgebung zum Schutz von Frauen vor Gewalt u. ä. verhindert. Letztendlich führte diese Debatte dazu, dass Homosexuelle als die einzig wirkliche Gefahr für die Familie ausgemacht wurden. Eine übelste, von den Medien forcierte Hetze gegen LGBTTIQ vergiftete die ohnehin schon arg von Vorurteilen belastete Atmosphäre in der Gesellschaft weiter. Die Kirche spielt in Bulgarien ei-

ne verhängnisvolle Rolle. Sie agiert gegen Erneuerungen und Veränderungen und zerstört alternative Denksätze in der ohnehin konservativen Landschaft.

Misstrauen und Hass sind die Folge einer im Ganzen erfolglosen Entwicklung seit der Wende. Bei der Suche nach Schuldigen richtet man den Blick auf die üblichen Sündenböcke: Nicht-Bulgar*innen, Homosexuelle, die EU. Bulgarien ist heute keine offene Gesellschaft, es sind nur wenige, kleine Schritte der Öffnung zu erkennen. Leider haben auch Linke dazu in Bulgarien bislang keinen großen Beitrag geleistet. Angesichts ihres derzeitigen Zustands sind sie auch keine Hoffnungsträger*innen. Viele Bürger*innen wissen nicht, wen sie wählen sollen. Kaum eine der Parteien thematisiert ausreichend soziale Fragen. Die einzig stabile Wählerschaft haben die Rechtskonservativen und Faschist*innen.

Bulgarien gehört zweifellos zu den großen europäischen Verlierern der Wende. Weder Freiheit noch Wohlstand hatten im Zuge des Raubtierkapitalismus, der dem Land über Nacht übergestülpt wurde, eine Chance. Ich habe selten so viel Fatalismus erlebt wie in Sofia.

Wohin die Entwicklung gehen wird, ist ein Rätsel. Dieses Land braucht einen Neuanfang. Der kann nicht von außen kommen. Die Bulgarinnen und Bulgaren müssen ihn für sich selbst entdecken. Wir als Linke in Europa können da gute Partner*innen sein, unterstützen, ermutigen, die europäische Bühne nutzen, mit der Zivilgesellschaft zusammenarbeiten. Aber die Tische, an denen ein neues Bulgarien ausgehandelt werden kann, müssen in Sofia und all anderen Orten dieses Landes stehen.



Gefährliche Planlosigkeit



Mehr Geld für Rüstung, weniger Geld für Diplomatie: Der Haushaltsentwurf zeigt klar die Prioritäten der dritten Großen Koalition, kritisiert *Michael Leutert*

„Die Welt scheint aus den Fugen geraten.“ An diesen Satz des ehemaligen Außenministers Frank-Walter Steinmeier musste ich in letzter Zeit oft denken. Heute, mehr als drei Jahre nachdem Steinmeier diese Worte sprach, ist die Welt noch irrationaler und unsicherer. Und die Bundesregierung stellt einen Haushaltsentwurf für 2018 und eine Finanzplanung bis 2022 vor, bei denen es mir die Sprache verschlägt.

Insgesamt sollen der zivilen Außenpolitik nach dem Willen des Finanzministers Olaf Scholz weniger Mittel zur Verfügung stehen. Zwar soll das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) bis 2021 2,5 Milliarden Euro mehr zur Verfügung haben. Aber im gleichen Zeitraum schmelzen die Ressourcen des Auswärtigen Amtes (AA) um 3,8 Milliarden Euro ab – ein reelles Minus von 1,3 Milliarden Euro!

Das muss man sich einmal vergegenwärtigen: Der SPD-Finanzminister rasiert den Etat des SPD-Außenministers, von dessen Vor-Vorgänger die einleitenden Worte stammen. Das Außenministerium ist übrigens das einzige Ministerium, dass in der mittelfristigen Finanzplanung Einschnitte verbuchen muss – angesichts der unzähligen Konfliktherde auf der Welt und der mehr als nervösen internationalen Beziehungen dieser Tage eine absurde und verantwortungslose Fehlplanung.

Stattdessen wird auch unter der dritten Großen Koalition eine seit 2005 bestehende Kontinuität fortgesetzt: der Verteidigungsetat wächst. Lag er 2005 noch bei 24 Milliarden Euro, soll er 2018 38,5 Milliarden Euro betragen. Betrachten wir die mittelfristige Finanzplanung bis 2022, so stellen wir fest: Es werden weitere 22,5 Milliarden Euro hinzukommen. Der Bundeswehr mangelt es bestimmt nicht an Geld, vielmehr fehlt es der Außen- und Verteidigungspolitik an einer kohärenten Idee! Einerseits spricht man

von den internationalen Bündnisverpflichtungen und andererseits werden die stetig steigenden Mehrausgaben mit der Landesverteidigung begründet. Was soll es denn nun sein, welche Aufgaben hat die Bundeswehr?

Dieses Missverhältnis lässt sich an jedem beliebigen Großprojekt durchdeklinieren, nehmen wir als Beispiel die Drohnenfrage. Ob „bewaffnet“ oder „bewaffnungsfähig“ ist eine Scheindebatte, solange nicht geklärt ist, wozu die Bundeswehr überhaupt Drohnen

braucht? Wie und vor allem wo sollen sie eingesetzt werden? Diese Fragen sind allesamt offen und dennoch sollen sie angeschafft werden. Der Verteidigungsetat gleicht hier einem Fass ohne Boden, in das blindlings immer mehr Geld gesteckt werden soll.

Zurück zu den 22,5 Milliarden Euro, die bis 2022 zusätzlich in besagtes Fass fließen sollen. Diese Summe entspricht ziemlich genau den 20 Milliarden Euro, die das BMZ bräuchte, um die sogenannte ODA-Quote von 0,7 Prozent zu erreichen. ODA steht für Official Development Assistance, also Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit. Bereits 1970 versprachen die Industrienationen der Welt vor der UN-Vollversammlung, jeweils und jährlich 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für die weltweite Entwicklungszusammenarbeit aufzuwenden. Noch heute sind wir in Deutschland, trotz wiederholter Beteuerungen und Ankündigungen, weit davon entfernt.

Abschließend bleibt mir nur zu sagen, dass dieser Haushaltsentwurf nicht dazu beiträgt, die Welt sicherer und gerechter zu machen. Der Verteidigungsetat entzieht dem Haushalt genau das Geld, das wir für eine zivile Außen- und Entwicklungspolitik brauchen. Der Regierung fehlt es offenkundig an einer Vorstellung über ihre internationale Verantwortung. Wir LINKEN werden sie bei jeder Gelegenheit daran erinnern!



Foto: Tobias Nordhausen / flickr.com / CC BY 2.0

Überschattet von Euthanasiegedanken

Der „Hetzer mit der Nazikeule“ alias *Sören Pellmann* über einen Plenartag, der in schlechter Erinnerung bleibt

Es gibt Tage, da verlassen wir Abgeordneten den Plenarraum und können über die dort erlebten Dinge nur den Kopf schütteln. Der 26. April 2018 war solch ein Tag, der einen wütend zurücklässt und gleichsam aufzeigt, weswegen eine LINKE Opposition im Bundestag heute so wichtig ist wie noch nie.

Was war passiert? Die FDP-Fraktion beantragte im Bundestag die Umbenennung des Schwerbehinderten-Ausweises in „Schwer-In-Ordnung“-Ausweis und wollte damit die bereits existierende Teilhabe von Menschen mit Behinderung verdeutlichen. Dass dies aber eher eine Symbolpolitik ist, wurde bereits mit der Ansetzung der Debatte an einem Donnerstag um 12:30 Uhr klar. Die betroffenen Menschen, welche auf eine barrierefreie Übertragung im Internet – beispiels-

weise in simultaner Gebärdensübersetzung – angewiesen sind, waren von der Debatte ausgeschlossen. Inklusion und Teilhabe ist im höchsten parlamentarischen Gremium nämlich nur bis 12 Uhr geplant, danach findet keine Übersetzung der Debatten mehr statt. Eine nachträgliche, auf Druck der Verbände und unserer Fraktion gewünschte Übersetzung ist nur ein kleiner Trost und zeigt, dass Teilhabe nicht über eine Namensänderung erreicht wird. Es bedarf vielmehr einer ernsthaften Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention und einer vollständigen Teilhabe von Menschen mit Behinderung.

Dass der Gedanke von Inklusion leider noch nicht in allen Köpfen angekommen ist, zeigen in guter Regelmäßigkeit die blau-braunen Sumpfblassen aus dem „gärigen Haufen“ im Bun-

destag. Im April sorgte die bisher am übelsten riechende dieser Blasen für einen medialen Aufschrei, der auch die Debatte über den Schwerbehindertenausweis inhaltlich bestimmen sollte.

Im Rahmen einer Kleinen Anfrage ließ die AfD-Fraktion ihre Maske für einen kurzen Moment fallen. Sie verknüpfte in ihr Menschen mit Behinderungen, Flüchtlinge und Inzest in wenigen Zeilen und versuchte mit vermeintlich wissenschaftlichen Belegen für ihre Gedanken zu werben. Diese menschenunwürdige, verletzende Intention der Anfrage erweckt sofort Gedanken an die dunkelsten Momente der Weltgeschichte. Im Rahmen der Aktion T4 wurden über 70.000 Menschen mit Behinderung durch das NS-Regime ermordet. Menschen mit Behinderung erneut als vermeidbares

Übel darzustellen, verletzt nicht nur deren Würde, sondern verhöhnt in unerhörter Weise auch die Opfer des Nationalsozialismus.

Die klare Benennung dieser Zusammenhänge rief die bekannten Beißreflexe der AfD-Fraktion hervor. Gleich den sprichwörtlich getroffenen Hunden verunglimpfte die Fraktionsvorsitzende Alice Weidel diese Klarstellung als „Hetze“ und der Fraktionsvorsitzende Alexander Gauland kündigt sarkastisch die Nutzung der „Nazikeule“ an. Diese Reaktionen zeigen, wer Vater der Gedanken der AfD-Fraktion ist und weshalb ein starkes antifaschistisches Engagement der LINKEN auf allen Ebenen nötig ist. Umso mehr sollte es ein Ansporn für alle sein, dass nicht Debatten wie diese, sondern eine echte Teilhabe der Menschen mit Behinderung Alltag werden!



Nitratbelastung

Bundesumweltamt stellt deutschlandweit Nitratbelastung des Grundwassers fest

Seite 3

Ressource Boden

Die Kommunen haben eine Reihe von Möglichkeiten und Werkzeugen, um den Flächenverbrauch zu reduzieren

Seite 3

Glasfaserausbau

Glasfaser in die Fläche bringen anstatt Doppelausbau fördern – Verbände wollen Überarbeitung des DigiNetz-Gesetzes

Seite 4

Neuer Vorschlag für EU-Wasserrichtlinie

Am 1. Februar 2018 hat die EU-Kommission den Entwurf für eine neue Trinkwasserrichtlinie vorgelegt. Sie trägt den Titel „Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Qualität von Wasser für den menschlichen Gebrauch (Neufassung)“ COM(2017) 753 und soll die vor über 20 Jahren in Kraft getretene EU-Richtlinie 98/83/EG ersetzen.

Wie es in der Begründung zum neuen Richtlinienentwurf heißt, hatte die bisherige Richtlinie 98/83/EG bereits zum Ziel, „die menschliche Gesundheit vor den nachteiligen Einflüssen zu schützen, die sich aus dem Konsum von verunreinigtem Wasser ergeben, indem dessen Genussauglichkeit und Reinheit gewährleistet werden.“ Generell sei diese Richtlinie auch von den Mitgliedstaaten ordnungsgemäß umgesetzt worden, aber „das Konzept der Qualitätsüberwachung an dem Punkt, an dem das Wasser zum Gebrauch bereitgestellt wird, orientiert sich jedoch an Parametern, die vor über 20 Jahren festgelegt wurden. Deshalb muss geprüft werden, ob die Richtlinie vorhandenen und künftigen Belastungen gerecht wird und garantiert, dass die Bewohner und Besucher von EU-Ländern auch in kommenden Jahrzehnten qualitativ hochwertiges Trinkwasser genießen können“, so in der Begründung des neuen Richtlinienentwurfs.

Allgemeine Ziele

Der neue Richtlinienentwurf COM (2017) 753 sieht sich als eine „unmittelbare Folgemaßnahme zur Europäischen Bürgerinitiative ‚Right2Water‘“ und macht sich die Zielstellung zueigen, dass die EU-Institutionen und die Mitgliedstaaten die Aufgabe haben, dafür zu sorgen, dass *alle Bürger und Bürgerinnen das Recht auf Wasser und*

sanitäre Grundversorgung haben. Damit stehe dieses Ziel voll und ganz im Einklang mit der Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen vom 25. September 2015-„Transformation unserer Welt: die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“ und insbesondere mit Ziel 6 für nachhaltige Entwicklung sowie dem damit zusammenhängenden Einzelziel, „allgemeinen und gerechten Zugang zu einwandfreiem und bezahlbarem Trinkwasser für alle zu erreichen“.

Der neue Richtlinienentwurf soll darauf abzielen, „Trinkwasser auf ressourceneffiziente und nachhaltige Weise zu bewirtschaften, und dazu beizutragen, den Energieverbrauch sowie unnötigen Wasserverlust zu reduzieren. Er wird auch dazu beitragen, die Verwendung von *Plastikflaschen zu verringern*, indem das Vertrauen der Verbraucher in Leitungswasser gestärkt wird.“ Deshalb enthält der Vorschlag auch Vorschriften „zur Förderung der nachhaltigen Bewirtschaftung von Trinkwasser in ressourceneffizienter Weise und wird dazu beitragen, den Verbrauch an Flaschenwasser zu reduzieren. Dies entspricht auch dem Bestreben der EU, Treibhausgasemissionen und die Vermüllung der Meere zu minimieren und steht mit der europäischen Strategie für Kunststoffe im Einklang.“

Als „*Wasser für den menschlichen Gebrauch*“ gilt im Sinne der Richtlinie „alles Wasser, sei es im ursprünglichen Zustand oder nach Aufbereitung, das sowohl in öffentlichen als auch in privaten Räumlichkeiten zum Trinken, zum Kochen, zur Zubereitung oder Herstellung von Speisen oder zu anderen häuslichen Zwecken bestimmt ist, und zwar ungeachtet seiner Herkunft und ungeachtet dessen, ob es aus einem Verteilungsnetz, in Tankfahrzeugen

oder, bei Quellwasser, in Flaschen oder anderen Behältern bereitgestellt wird.“

Maßnahmen und Kosten

„Das Ziel der Richtlinie... soll erreicht werden durch Mindestqualitätsnormen auf EU-Ebene und Mindestkriterien für die Überwachung, die Berichterstattung, den Zugang zu Wasser, die Transparenz und Abhilfemaßnahmen für Fälle, in denen diese Normen nicht erfüllt werden.“

Die europaweit einheitliche Versorgung mit qualitativ hochwertigem Trinkwasser soll insbesondere durch folgende Maßnahmen erreicht werden:

- Die Wasserqualität soll anhand von 18 neuen Kriterien in einem Prüfkatalog für unbedenkliches Wasser - darunter die Prüfung auf mögliche Schadstoffe, Bakterien oder Viren - verbessert werden. Zur Reinhaltung des Versorgungsnetzes werden nach Vorstellung der EU-Kommission neue mikrobiologische Parameter eingeführt.
- Durch ein Risikomanagement entlang der gesamten Versorgungskette soll die Trinkwasserqualität gewährleistet werden.
- Zusätzliche Transparenz- und Informationspflichten für Wasserversorger sollen zu mehr Ressourceneffizienz und Sicherheit führen.
- Den Zugang zu Trinkwasser sollen EU-Mitgliedsstaaten, beispielsweise durch Trinkwasserbrunnen und Informationskampagnen verbessern sowie die Ausgabe kostenlosen Leitungswassers in öffentlichen Gebäuden, Restaurants, Kantinen und Cateringdiensten unterstützen.

Im Begründungstext zum Richtlinienentwurf wird eingeschätzt, dass im Ergebnis einer Effizienz-Analyse die Gesamtkosten der Trinkwasserversorgung in der EU im Jahr 2014 auf rund 46,5 Mrd. EUR geschätzt wurden, wo-

von 8,3 Mrd. EUR auf die Umsetzung der Richtlinie 98/83/EG entfielen. Bei der Umsetzung der neuen Richtlinie werden die entstehenden Mehrkosten auf 5,9 bis 7,3 Mrd. EUR geschätzt „und würden im Wesentlichen von den Versorgungsunternehmen getragen werden. Verbraucher müssten mit einer sehr geringfügigen Zunahme ihrer Haushaltskosten rechnen. Es besteht jedoch keinerlei Risiko, dass Trinkwasser unbezahlbar wird, und die geringfügigen Mehrkosten für die Privathaushalte ließen sich durch das Trinken von Leitungswasser anstelle von Flaschenwasser ausgleichen“ - so im Begründungstext.

Risikobasierter Ansatz

Neu im Richtlinienentwurf gegenüber der bisherigen Richtlinie ist der in Artikel 7 formulierte „Risikobasierte Ansatz für Sicherheit in der Wasserversorgung“. Danach tragen die Mitgliedstaaten bei der Versorgung, Aufbereitung und Verteilung von Wasser für den menschlichen Gebrauch dafür Sorge, dass folgende Maßnahmen zu treffen sind:

- (a) eine Gefahrenbewertung der Wasserkörper, die für die Entnahme von Wasser für den menschlichen Gebrauch genutzt werden (Artikel 8);
- (b) eine Risikoanalyse der Wasserversorgung durch die Versorgungsunternehmen zur Überwachung der Qualität des von ihnen bereitgestellten Wassers (Artikel 9 und Anhang II Teil C);
- (c) eine Risikobewertung von Hausinstallationen (Artikel 10).

Die *Gefahrenbewertungen* sind bis drei Jahre nach dem äußersten Termin für die Umsetzung dieser Richtlinie durchzuführen, werden alle drei Jahre

Fortsetzung auf folgender Seite

überprüft und bei Bedarf aktualisiert.

Die Risikobewertungen der Wasserversorgung sind von *sehr großen und großen Versorgungsunternehmen* bis drei Jahre nach dem äußersten Termin für die Umsetzung dieser Richtlinie und von *kleinen Versorgungsunternehmen* bis sechs Jahre nach dem äußersten Termin für die Umsetzung dieser Richtlinie durchzuführen. Alle werden regelmäßig in Abständen von höchstens sechs Jahren überprüft und bei Bedarf aktualisiert.

Die Risikobewertungen von *Hausinstallationen* sind bis drei Jahre nach dem äußersten Termin für die Umsetzung dieser Richtlinie durchzuführen, werden alle drei Jahre überprüft und bei Bedarf aktualisiert.

Ausnahmeregelungen

Wie bisher können im neuen Richtlinienentwurf die Mitgliedstaaten der EU auch Ausnahmen von den Bestimmungen der Richtlinie zulassen:

a) bei Wasser, das ausschließlich für Zwecke bestimmt ist, wo die „zuständigen Behörden überzeugt sind, dass die Wasserqualität keinerlei direkten oder indirekten Einfluss auf die Gesundheit der betreffenden Verbraucher hat“;

b) bei Wasser für den menschlichen Gebrauch, „das aus einer individuellen Versorgungsanlage stammt, aus der im Durchschnitt weniger als 10 m³ pro Tag entnommen oder mit der weniger als 50 Personen versorgt werden, sofern die Wasserbereitstellung nicht im Rahmen einer gewerblichen oder einer öffentlichen Tätigkeit erfolgt.“

Werden die unter b) vorgesehenen Ausnahmen in Anspruch genommen, ist die betroffene Bevölkerung darüber und über alle Maßnahmen zu unterrichten, „die zum Schutz der menschlichen Gesundheit vor nachteiligen Einflüssen, die sich aus einer Verunreinigung von für den menschlichen Gebrauch bestimmtem Wasser ergeben, ergriffen werden können.“ Außerdem sind der betroffenen Bevölkerung umgehend geeignete Ratschläge zu erteilen, „wenn eine potenzielle Gefährdung der menschlichen Gesundheit, die durch die Qualität dieses Wassers bedingt ist, erkennbar ist.“

Stellungnahmen von Verbänden

Nach dem Verfahren der EU-Kommission zur Entscheidung über die Wasserrichtlinie können Organisationen und Verbände zum Richtlinienentwurf Stellung beziehen. In Deutschland haben hierzu insbesondere die Allianz der öffentlichen Wasserwirtschaft e.V. (AöW) und der Verband der kommunalen Unternehmen e.V. (VKU) gemeinsam mit dem Deutschen Städte- und Gemeindebund (DStGB) und dem Deutschen Städtetag (DST) eine Stellungnahme abgegeben.

Der VKU, der DStGB und der DST begrüßen die Initiative der EU-Kommission, die Trinkwasserrichtlinie von 1998 an die aktuellen Gegebenheiten und Verunreinigungsquellen anzupassen und sie befürworten, dass die EU-Kommission der frühzeitigen Erkennung von Verunreinigungsquellen mehr Aufmerksamkeit zukommen lassen will. Eine konsequente Umsetzung des Vorsorge- und des Verursacherprinzips sei für einen wirksamen Gewässerschutz nach wie vor das Wichtigste.

Ebenso begrüßt die AöW die vorgesehene Regelung über die Verbesserung der Zugangsmöglichkeiten zu Wasser im Rahmen des Ermessensspielraums der Mitgliedstaaten und sieht das als wichtigen Schritt, die Mitgliedsstaaten auf ihre Pflicht zur Schaffung und Sicherung des Zugangs zu sauberem Trinkwasser für alle EU-Bürgerinnen und -Bürger hinzuweisen.

Allerdings wird in beiden Stellungnahmen noch Änderungsbedarf in wesentlichen Punkten angemeldet.

□ In der **VKU/DStGB/DST-Stellungnahme**¹ wird als Grundvoraussetzung für die Effektivität des vorgeschlagenen „risikobasierten Ansatzes“ gesehen, „dass identifizierte *Verunreinigungsquellen systematisch angegangen* und einseitige End-of-Pipe-Lösungen² bei der Trinkwasserversorgung vermieden werden. Nur wenn Maßnahmen beim Verursacher der Verunreinigung und



den jeweiligen Stoffen ansetzen und auf deren Auswirkungen auf die Gewässer basieren, kann ein risikobasierter Ansatz gelingen und zum Erfolg führen... Der risikobasierte Ansatz in der von der EU-Kommission vorgeschlagenen Ausgestaltung würde aus unserer Sicht absehbar einen einseitigen Mehraufwand für die Wasserversorger und deren Kunden bedeuten, ohne Verunreinigungsquellen nachhaltig zu bekämpfen. Wir plädieren vielmehr dafür, die Entscheidung über Anwendung und Ausgestaltung des risikobasierten Ansatzes alleine den Mitgliedstaaten zu überlassen, um im Sinne des Subsidiaritätsprinzips nationale Gegebenheiten zu respektieren.“

Die Anpassung von *Parametern und Grenzwerten* auf Basis des Vorsorgeprinzips sollte den Empfehlungen der Weltgesundheitsorganisation entsprechen. Zudem sei das bewährte System von Indikatorparametern beizubehalten, da hier auch wichtige, für den Verbraucher selbst zu überprüfende Parameter gegeben sind. Der *erweiterte Überwachungsumfang* für alle in Artikel 5 festgelegten Parameter durch Wasserversorger wird als unverhältnismäßig in Bezug auf Aufwand und Nutzen gesehen und daher abgelehnt. Die Probennahmehäufigkeit sollte wieder an das System der Trinkwasserrichtlinie von 1998 angenähert werden.

Hinsichtlich der vorgeschlagenen *Informationspflichten* sei das Subsidiari-

täts- und Verhältnismäßigkeitsprinzip zu wahren. Die von den Wasserversorgern den Verbrauchern schon heute zeitnah und verständlich aufbereiteten Informationen zur Qualität der Trinkwasserversorgung und zur Versorgungssicherheit sollten auch den jetzt vorgesehenen Informationspflichten genügen. Eine Erweiterung der Informationspflichten in der Trinkwasserrichtlinie z.B. auf Kosten- und Entgeltstrukturen werde abgelehnt. Es zeichne sich zudem ab, dass mit den neuen Pflichten insgesamt ein unverhältnismäßig hoher Aufwand für Wasserversorger wie auch Behörden verbunden sein würde.

□ In der **Stellungnahme der AöW**³ wird kritisch angemerkt, dass die EU-Kommission mit einigen vorgeschlagenen Regelungen in der Neufassung sowohl über den Regelungsinhalt der Richtlinie selbst als auch gerade

Versorgung mit Trinkwasser und die Bewirtschaftung der Wasserressourcen nicht den Binnenmarktregeln unterliegen und die Wasserwirtschaft von der Liberalisierungsagenda und von Freihandelsabkommen ausgeschlossen ist.

Mit Erstaunen werde vermerkt, „dass die erwarteten *Mehrkosten* durch die neu gefasste Richtlinie in Höhe von geschätzten 5,9 bis 7,3 Milliarden Euro damit abgetan werden, dass diese überwiegend von den Wasserversorgern zu tragen sind, damit aber keine Mehrkosten für die Verbraucher entstehen würden. Es ist nicht hinzunehmen, dass die EU-Kommission mit neuen Regelungen den Kommunen und örtlichen Versorgern immense Kosten aufbürdet.“

Die AöW lehnt die Vorschläge über *Informationspflichten* ab, soweit sie über die bestehenden Informationsfreiheitsgesetze hinausgehen. Die Informationspflichten über die Kosten der Abwassersammlung und -behandlung hätten in der EU-Trinkwasserrichtlinie nichts zu suchen. Ein Mehrwert zur Erreichung der Ziele der Trinkwasserrichtlinie - Sicherung der Trinkwasserqualität - werde damit nicht erreicht.

Nicht zu akzeptieren sei, dass die *Versorgungsunternehmen* unabhängig von ihrer rechtlichen Struktur, Eigentümerschaft und Verantwortung als reine Wirtschaftsunternehmen betrachtet werden. Zudem werden kleine Versorgungsunternehmen unverhältnismäßig stark belastet. Gewachsene Strukturen und lokale Gegebenheiten in den Mitgliedstaaten würden nicht angemessen berücksichtigt.

AG

¹ Die vollständige Stellungnahme von VKU/DStGB/DST kann heruntergeladen werden unter: www.vku.de/.../180329_VKU_Stellungnahme_Trinkwasserrichtlinie.pdf

² Von einer „End-of-Pipe-Lösung“ ist allgemein die Rede, wenn eine Maßnahme am Ende einer Prozesskette steht, wenn z.B. am Ende der Aufbereitung des Trinkwassers die Schadstoffe mit entsprechendem Aufwand abgesondert werden müssen. Im Gegensatz dazu stehen vorsorgende Lösungen, bei denen vor der Aufbereitung vorgebeugt wird, dass die Schadstoffe (z.B. im Grundwasser) erst gar nicht anfallen.

³ Der vollständige Text der Stellungnahme der AöW ist zu finden unter: <http://aowew.de/media/Publikationen/Positionspapiere/>

Impressum

Kommunalpolitisches Forum Sachsen e.V.
Großenhainer Straße 99
01127 Dresden
Tel.: 0351-4827944 oder 4827945
Fax: 0351-7952453
info@kommunalforum-sachsen.de
www.kommunalforum-sachsen.de
Red., Satz und Layout: A. Grunke
V.i.S.d.P.: P. Pritscha



Nitratbelastung des Grundwassers

Wie das Bundesumweltamt kürzlich mitteilte, ist dort, wo Landwirtschaft betrieben wird, deutschlandweit das Grundwasser mit zu viel Nitrat belastet. Als Ursache dafür wird die stickstoffhaltige Düngung in der Landwirtschaft ausgemacht: Neben dem Mineraldünger wird Gülle aus Mastställen oder Biogasanlagen auf den Feldern ausgebracht.

Der Anteil, den die Pflanzen nicht verbrauchen und der im Boden nicht abgebaut wird, gelangt dann als Nitrat ins Grundwasser. Deshalb kann bei 18 Prozent des Grundwassers in Deutschland der geltende Grenzwert von 50 Milligramm Nitrat je Liter nicht eingehalten werden.

Dennoch stellen die Wasserversorger sicher, „dass das Trinkwasser in Deutschland fast allerorten unbelastet ist. In (nahezu) allen Proben der amtlichen Trinkwasserüberwachung wird der Grenzwert von 50 Milligramm Nitrat pro Liter nicht überschritten. Um diesen Grenzwert einzuhalten, mischen die Wasserversorger häufiger unbelastetes mit belastetem Rohwasser, vertiefen oder verlagern Brunnen und schützen so das Trinkwasser und unsere Gesundheit“, teilt das Bundesum-



weltamt in einer Presseerklärung vom 11. Mai 2018 mit.

Sollten aber die Nitrat-Einträge weiter zunehmen und die bisherigen Maßnahmen der Sicherung der Wasserqualität nicht mehr ausreichen, dann müssten die Wasserversorger das Nitrat technisch aus dem Grundwasser mit zusätzlichem Aufwand entfernen, was immense Kosten nach sich ziehen und zur Steigerung der Wasserpreise führen würde.

Ein im Auftrag des Umweltbundesamtes im April 2017 erstelltes Gutachten „Quantifizierung der landwirtschaftlich verursachten Kosten zur Sicherung der Trinkwasserbereitstellung“ lässt erkennen, dass die Beseitigung der erhöhten Nitrat-Einträge teurer käme als vorbeugende Maßnahmen. Deshalb sei es wichtig, Nitrat-Einträge in das Grundwasser zu vermeiden und die Stickstoffüberschüsse deutlich zu reduzieren. Etwa durch sparsamere und standortgerechte Düngung.

Das Gutachten „Quantifizierung der landwirtschaftlich verursachten Kosten zur Sicherung der Trinkwasserbereitstellung“ sowie das Informationsheft „Stickstoff - zu viel des Guten“ können unter www.umweltbundesamt.de/publikationen heruntergeladen werden.

Boden - eine einzigartige Ressource

Pro Tag werden in Deutschland 66 Hektar Grundfläche für Siedlung, Gewerbe und Verkehr in Anspruch genommen. Bodenschutz ist das Gebot der Stunde. Die Kommunen haben eine Reihe von Möglichkeiten und Werkzeugen, um den Flächenverbrauch zu reduzieren. Dazu zählt die Förderung der Innenentwicklung.

Boden wird meist als ein Medium angesehen, das nahezu unbesorgt als landwirtschaftlicher Produktionsstandort sowie als Wohn-, Freizeit-, Gewerbe-, Verkehrs- und Industriestandort genutzt, versiegelt und bebaut werden kann. Er dient als Entsorgungsort für alle Arten von Müll und muss häufig mehrere Nutzungen gleichzeitig ertragen.

Dabei ist der Boden viel mehr. Er ist Lebensgrundlage und Lebensraum für Pflanzen, Tiere und auch für uns Menschen. Er benötigte Jahrtausende, um sich aus dem Gestein durch physikalische, chemische und biologische Verwitterungs- und Umwandlungsprozesse unter dem Einfluss von Klima und Vegetation zu bilden. Durch unangepasste Nutzung, Versiegelung oder Übernutzung wird der Boden geschädigt oder unwiederbringlich zerstört und dadurch die Lebensqualität – nicht nur des Menschen – vermindert.

Boden stellt als zentrales Umweltmedium eine essenzielle Lebensgrundlage für Menschen, Tiere, Pflanzen und ihre Ökosysteme dar. Ohne Bodenschutz leiden zum Beispiel der Grund- und Trinkwasserschutz, der Hochwasser- und Klimaschutz sowie der Schutz von Lebensräumen für Pflanzen und Tiere und die Erzeugung gesunder Lebensmittel.

Bodenversiegelung infolge von Flächeninanspruchnahmen für Wohnen,

Gewerbe und Verkehr bedeutet:

- Überbauung mit baulichen Anlagen und Abdecken mit luft- und wasserundurchlässigem Material (z.B. Beton, Pflaster, Asphalt),
- Unterbauung (z.B. Tiefgaragen, Tunnel, Kanäle, Schächte) sowie
- starkes Verdichten (z.B. durch Befahren mit sehr schweren Maschinen, Lagerung schweren Materials).

Abhängig vom Grad der Bodenversiegelung kommt es zu Einschränkungen bis hin zum vollständigen Verlust der von intakten Böden wahrgenommenen Funktionen. Täglich werden in Deutschland rund 66 Hektar für Siedlung, Gewerbe und Verkehr in Anspruch genommen. Das Nachhaltigkeitsziel der Bundesregierung, diesen „Flächenverbrauch“ bis zum Jahr 2020 auf 30 ha pro Tag deutlich zu senken, ist in weiter Ferne.

Kommunen können durch die Erfüllung ihrer vielfältigen Aufgaben im Bereich Stadtentwicklung, Flächennutzungs- und Bebauungsplanung einen wichtigen Beitrag zur langfristigen Erhaltung und zum Schutz unserer Böden leisten. Die Hauptaufgabe stellt der quantitative Bodenschutz dar. Damit ist die Reduzierung der Flächeninanspruchnahme und der Bodenversiegelung gemeint. Im Baugesetzbuch (§ 1a BauGB) ist dies als sparsamer Umgang mit Grund und Boden und der Begrenzung der Bodenversiegelungen auf das notwendige Maß formuliert. Zur Verringerung der zusätzlichen Inanspruchnahme von Flächen im Außenbereich bevorzugt das BauGB die Ergreifung von Maßnahmen zur Innenentwicklung.

Zusätzlich zum Flächenschutz ist es Aufgabe des qualitativen Bodenschutzes, wertvolle Böden mit einem hohen

Erfüllungsgrad ihrer Bodenfunktionen zu erhalten. Das kann zum Beispiel durch die Lenkung von Flächenverbrauch und Bodennutzung auf andere, weniger schützenswerte Flächen geschehen. Hierzu dienen Karten und Daten zur Bewertung der Bodenfunktionen, die bereits in einigen Bundesländern in einem für die Bauleitplanung geeigneten Maßstab (1: 5.000, 1: 10.000) zur Verfügung gestellt werden. Diese Bodenfunktionsbewertungen bilden in der Umweltprüfung zudem die Grundlage für die Ermittlung des Kompensationsbedarfs für das Schutzgut Boden.

Bodenschonendes Bauen sowohl im öffentlichen als auch im privaten Bereich zu etablieren, sind ebenso Handlungsfelder des kommunalen Bodenschutzes. Hier verhilft die bodenkundliche Baubegleitung zu mehr Bodenschutz und weniger Problemen und Kosten nach Abschluss der Baumaßnahmen.

Flächen auf der grünen Wiese schützen

Für die Aufgabenbereiche des quantitativen und qualitativen Bodenschutzes ist es notwendig, die beteiligten Ämter und Personen stärker für das Schutzgut Boden zu sensibilisieren und somit den Bodenschutz wirksamer in der kommunalen Planung zu verankern. Dies kann etwa durch die Aufstellung eines kommunalen Bodenschutzkonzepts, die Erarbeitung eines Leitbilds zum Schutzgut Boden sowie die Aufstellung entsprechender bodenbezogener Ziele und Maßnahmen innerhalb der Kommune sowie bei der Zusammenarbeit zwischen kommunalen Ämtern (z.B. Planungsamt, Hochbau-/Tiefbauamt, Bauordnungsamt, Umwelt-/Grün-

flächenamt) erreicht werden.

Die erste Maßnahme zur Reduzierung des Flächenverbrauchs ist die Vermeidung der Flächeninanspruchnahme auf bislang unbeeinträchtigten Böden im Außenbereich. Eine konsequente Umsetzung des Grundsatzes „Innenentwicklung vor Außenentwicklung“ schützt bislang intakte Flächen auf der grünen Wiese.

Eine gezielte Innenentwicklung vermeidet die Versiegelung bislang intakter Böden im Außenbereich, indem geeignete Baulücken, Brachflächen, Leerstände und Nachverdichtungsareale systematisch erfasst, klassifiziert und bei Bedarf für eine Bebauung reaktiviert werden. Mit in vielen Städten und Gemeinden erfolgreich eingesetzten Werkzeugen wie einer Flächenmanagementdatenbank oder Baulückenkatastern können auch kleine Kommunen ihre Innenentwicklungspotenziale ohne großen Aufwand erfassen und den Bedarfszahlen gegenüberstellen.

Die Erfassung von Entsiegelungspotenzialen in entsprechenden Katastern und eine Festlegung von Entsiegelungsmaßnahmen zur Kompensation von Eingriffen in das Schutzgut Boden tragen ebenso zur Reduzierung des Flächenverbrauchs bei. Ein weiteres Instrument ist eine von der Kommune selbst festzulegende Flächenkontingen-

Fortsetzung auf folgender Seite



Glasfaserausbau in der Fläche

Glasfaser in die Fläche bringen anstatt Doppelausbau fördern – Verbände wollen Überarbeitung des DigiNetz-Gesetzes.

Anspruch auf Mitverlegung torpediert in der Praxis vielfach den Glasfaserausbau in der Fläche – DigiNetz-Gesetz darf keine Fehlanreize für Doppelausbau bieten.

BREKO, BUGLAS, der Deutsche Landkreistag und der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) setzen sich für eine schnellstmögliche Überarbeitung des Ende 2016 in Kraft getretenen DigiNetz-Gesetzes (Digi-NetzG) ein. Denn in seiner aktuellen Fassung behindert das Gesetz, das den Glasfaserausbau in Deutschland eigentlich beschleunigen soll, diesen vielfach – und verhindert in diversen Fällen geplante Glasfaserausbau-Projekte.

Die ursprüngliche Idee des Gesetzes: Wenn Straßen überhaupt geöffnet werden – etwa im Zuge von Sanierungsarbeiten, im Falle von Neubauten oder bei Verlegung anderer Infrastrukturen wie Strom-, Wasser- oder Gasleitungen –, sollen Synergien genutzt und Glasfaserleitungen kostengünstig mitverlegt werden können.

Das Problem in der Praxis: Das Gesetz wird in seiner aktuellen Form vielfach dazu missbraucht, Glasfaserleitungen kostengünstig mitzuverlegen und damit einen so genannten Überbau oder Doppelausbau zu erzeugen, wenn Gebiete erstmals mit Glasfaser erschlossen (und aus diesem Grund die Straße geöffnet wird) und hierfür öffentliche Mittel genutzt werden. Durch die Inanspruchnahme des im DigiNetzG vorgesehenen rechtlichen Anspruchs auf Mitverlegung wird in diesen Fällen das Geschäftsmodell des ausbauenden Glasfaser-Netzbetreibers unterwandert und vielfach sogar unmöglich gemacht.

Aktuelles Beispiel hierfür ist eine Entscheidung der Bundesnetzagentur (BNetzA) vom 20. April 2018 (BK11-17-020), die der Deutschen Telekom einen weitreichenden Mitverlegungsanspruch im Rahmen der Erschließung eines Neubaugebiets in Wiesbaden gewährt. Durch die sehr weite Auslegung des Begriffs der „öffentlichen Mittel“ durch die BNetzA werden Unternehmen mit einer direkten oder auch nur indirekten kommunalen Beteiligung, die bislang wesentliche Träger des Glasfaserausbaus in Deutschland sind, erheblich verunsichert. Wenn das Kri-

terium des Baus aus öffentlichen Mitteln derart weit ausgelegt wird, müssen kommunale Unternehmen damit rechnen, dass künftig jede ihrer Investitionen in Glasfaserprojekte durch Mitverlegung von einem oder mehreren Wettbewerbern belastet wird und ihre Geschäftspläne damit unrentabel werden.

BREKO, BUGLAS, Deutscher Landkreistag und VKU sind sich daher einig: „Das DigiNetz-Gesetz muss dringend dahingehend weiterentwickelt werden, dass es keine Fehlanreize mehr für Überbau setzt.“ Das novellierte DigiNetz-Gesetz muss daher einen Parallelausbau durch Mitverlegung verhindern, wenn ein Gebiet erstmals mit reinen Glasfaserleitungen erschlossen wird.

Daneben muss der Begriff „öffentliche Mittel“ im DigiNetz-Gesetz eindeutig definiert werden: Ein Mitverlegungsanspruch sollte grundsätzlich nur dann bestehen, wenn die eigentlichen Bauarbeiten, im Rahmen derer eine Mitverlegung erfolgen soll, unmittelbar aus öffentlichen Haushaltsmitteln finanziert werden.

Die Verbände legen in diesem Zusammenhang Wert auf die Feststellung, dass eine solche Anpassung des Gesetzes Dritte nicht ausschließen und auch Dienstwettbewerb generell nicht verhindern soll. Vielmehr geht es darum, Glasfaser – wie auch von der neuen Bundesregierung im Koalitionsvertrag angestrebt – in die Fläche zu bringen, anstelle einen Flickenteppich mit punktuell mehrfach vorhandenen Glasfaser-Infrastrukturen zu erzeugen. „Das Risiko ‚Wer gräbt, verliert‘ darf nicht länger über engagierten Kommunen und Netzbetreibern schweben, die den Glasfaserausbau in Deutschland engagiert voranbringen wollen“, unterstreichen die Verbände.

Anstelle des Anspruchs auf Mitverlegung setzen sich BREKO, BUGLAS, Deutscher Landkreistag und VKU in der beschriebenen Konstellation für einen Zugangsanspruch zur neu errichteten Glasfaser-Infrastruktur ein. Hier gilt klar: Open Access zu fairen Konditionen. Auf diese Weise wird die neu errichtete Infrastruktur besser ausgelastet und es wird ein Anreiz zum Glasfaserausbau in weiteren, bislang noch nicht erschlossenen Regionen geschaffen.

(Bonn/Berlin, 01.06.2018; www.vku.de/presse/pressemitteilungen)

für die Böden sowie Wasser- und Naturhaushalt profitieren Kommunen durch eine effizientere Nutzung der Infrastruktur (Wasser- und Energieversorgung, Abwasserentsorgung, Verkehrswegenetz, ÖPNV) sowie durch die Inwertsetzung zuvor mindergenutzter Flächen. Durch eine Aktivierung vorhandener Flächenpotenziale im Innenbereich sowie eine vertragliche Nachverdichtung werden nicht nur die Flächen im Außenbereich geschont, sondern auch lebendige Ortskerne gefördert und eine Zersiedelung an den Ortsrändern vermieden.

(aus: www.treffpunkt-kommune.de, 22.03.2018)

Fortsetzung von Seite 3

Boden...

tierung für die Inanspruchnahme von Flächen im Außenbereich.

Eine möglichst genaue Abschätzung des Bedarfs ist die Grundvoraussetzung für die Planung von Siedlungs-, Gewerbe- und Infrastrukturvorhaben. Durch eine Intensivierung der Bemühungen bei den Bedarfsermittlungen können unnötige Flächeninanspruchnahmen von vornherein vermieden werden.

Neben den offensichtlichen Vorteilen von Innenentwicklungsmaßnahmen

Vorschau auf Seminare

INTENSIVSEMINAR

Personalführung – Kommunen gestalten, entwickeln und führen

22. Juni 2018, 18:00 - 24. Juni 2018, 13:30

Landhotel Frankenberg, Dammplatz 3

09669 Frankenberg

Personalführung beinhaltet ganz eigene Aufgaben jenseits der politischen Themen: Angestellte müssen informiert, motiviert, angeleitet, kontrolliert und mitunter sogar gerügt werden. Vielen, die plötzlich in einer solchen Position sind, ist nicht klar, was das alles beinhaltet. Wie delegiere ich Aufgaben? Soll ich kleinschrittig oder grob vorgehen? Wie viel Eigenständigkeit darf ich erwarten? Darf ich etwas verlangen, was ich selbst nicht beherrsche?

Aber auch jenseits hierarchischer Gegebenheiten müssen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker mit anderen zusammenarbeiten. Wie können nun in Teams die unterschiedlichen Aufgaben aufgeteilt werden? Wer kann für welche Bereiche den Hut aufhaben, ohne dass Befindlichkeiten anschwellen, die die Zusammenarbeit behindern würden?

Referent: **Dr. Christian Wirrwitz (Dozent, Trainer, Coach)**

INTENSIVSEMINAR Bürgerbeteiligung in der Kommune

31. August 2018 - 01. September 2018

Alte Schule e.V., Schulweg 10

01920 Schönteichen, OT Cunnersdorf

Immer wieder gibt es die Forderung nach mehr Bürgerbeteiligung in der Politik. Dieses Seminar soll kommunale Mandatsträgerinnen und Mandatsträger ermutigen, die Menschen ihrer Gemeinde mehr in die Prozesse der politischen Entscheidungsfindung einzubinden. Hierzu werden die Vorteile von Beteiligungsprozessen kurz dargelegt, sowie in einer schrittweisen Anleitung die wichtigsten Etappen zum Start und zur Durchführung erläutert. Anhand von Fallbeispielen wird zudem ein analytischer Einblick in aktuelle Beispiele von Beteiligungspraxis in deutschen Kommunen gewährt.

Referent: **Frank Kutzner (Dipl.-Wirtsch.-Ing., Planer, Moderator, parlamentarisch-wissenschaftlicher Berater)**

INTENSIVSEMINAR

Kommunikation in der Kommunalpolitik I. Konstruktive Kommunikation

21. September 2018, 18:00 - 23. September 2018, 13:30

Landhotel Frankenberg, Dammplatz 3

09669 Frankenberg

In diesem Seminar lernen wir, angespannte Situationen zu entschärfen, schwierige Gespräche zu führen und auch mit politischen »Gegnern« offen und konstruktiv umzugehen. Inhaltlich beschäftigen wir uns damit, was Kommunikation grundlegend ausmacht und welche Ebenen und Ziele sie hat. So entstehen doch die meisten problematischen Situationen daraus, dass die Hörenden etwas anderes verstehen als die Sagenden meinen – und umgekehrt! Nicht zuletzt wenden wir uns der Frage zu, wie ich sachlich bleiben und die eigenen Emotionen im Zaum halten kann, auch wenn mein Gegenüber aggressiv und verletzend ist.

INTENSIVSEMINAR:

Kommunikation in der Kommunalpolitik II Argumente in Texten und Reden

26. Oktober 2018, 18:00 - 28. Oktober 2018, 13:30

Landhotel Frankenberg, Dammplatz 3

09669 Frankenberg

Im Mittelpunkt des Workshops stehen Argumentationen, die wir als roten Faden für Texte oder Reden verwenden können. Hierfür wollen wir miteinander erarbeiten, was überhaupt gute Argumente ausmacht und in welcher Form und Abfolge ich sie bestmöglich anbringen kann. Wir betrachten Argumentationsschemata und auch die Frage, ob denn ein Argument immer so verstanden wird, wie es eigentlich gemeint ist. Weiterhin werfen wir einen Blick auf die sogenannte »schwarze« Rhetorik, woran manipulative Argumentation zu erkennen ist und wie man sich vor ihr schützen kann.

INTENSIVSEMINAR:

Kommunikation in der Kommunalpolitik III Freies Reden und sicheres Auftreten

23. November 2018, 18:00 - 25. November 2018, 13:30

Landhotel Frankenberg, Dammplatz 3

09669 Frankenberg

Wir wollen üben, aus dem Stegreif kleine Reden zu halten. Dabei liegen die Übungsschwerpunkte auf Unbefangenheit, Spontaneität und spielerischem Umgang mit ernsthaften Themen. Hierzu schauen wir auf die Bedeutung von Anlass und Aufbau einer Rede und wie man den roten Faden nicht verliert. Wir wollen aber auch gemeinsam üben, wie eine Rede gut rübergebracht werden kann. Hierbei legen wir das Augenmerk auf den angemessenen Ton und Ausdruck, stimmige Bilder, Analogien und Metaphern sowie authentische Stimme und Körpersprache. Zusammen entsteht so überzeugendes, freies Reden.

Referent*innen:

- **Dr. Christian Wirrwitz (Dozent, Trainer, Coach)**
- **Dr. Romy Jaster (wiss. Mitarbeiterin an der Humboldt-Universität)**

PARLAMENTARSREPORT



Liebe Leserinnen und Leser,

wer kennt das nicht? Kinder, Eltern, Großeltern oder auch die Partnerin oder der Partner werfen einem mal wieder vor, keine Zeit für sie zu haben. Nun können wir Abgeordneten uns das Jahr relativ flexibel einteilen, aber die meisten können das nicht. Unsere hektischen Zeiten machen viele zu wandelnden Terminkalendern, vor allem berufstätige Eltern und Alleinerziehende.

Das kann man nicht im Parlament wegbeschießen, aber ein wenig Linderung wäre möglich. Zum Kindertag haben wir per Gesetzentwurf vorgeschlagen, einen Familienfeiertag einzuführen. Der erste Freitag im Juni soll künftig ein gesetzlicher Feiertag sein. Das wäre eine symbolische Unterstützung. Wir wissen aus Umfragen, dass die Mehrheit der Bevölkerung mehr Zeit mit ihrer Familie haben möchte.

Nun hat etwa Ministerpräsident Kretschmer behauptet, ein weiterer Feiertag schade der Wirtschaft. Das stimmt nach unserer Einschätzung nicht. Es sind doch vor allem die wirtschaftlich starken Länder Bayern und Baden-Württemberg, die über die meisten Feiertage verfügen. In Sachsen gibt es aktuell elf davon. Damit liegen wir im Mittelfeld.

Bei meiner Einbringungsrede im Landtag gab es bei der CDU schon Tumulte. Denn ich habe gesagt: Mit dem Familienfeiertag würden wir mit der bisherigen Logik der Herbeileitung gesetzlicher Feiertage brechen. Denn angesichts der Tatsache, dass in Sachsen drei Viertel der Bevölkerung keiner Konfession angehören, sollten auch humanistische Werte und soziale Verantwortung einen Feiertag begründen können. Familie ist sicherlich ein Wert, der Gläubige und Nichtgläubige einen sollte. Ich bin gespannt auf die weitere Debatte.

Rico Gebhardt

Rico Gebhardt
Fraktionsvorsitzender

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag

Meinst du, die Russen wollen Krieg?

Vor 73 Jahren endete in Europa der opferreichste Kampf der Alliierten. Er endete mit besonders großen Opfern in der Sowjetarmee gegen Hitlerdeutschland, gegen millionenfaches Morden, gegen millionenfaches Morden an den europäischen Juden, gegen Folter und Zwangsarbeit, gegen Versklavung und Unterdrückung. „Auch 73 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges in Europa müssen wir das Erbe – nie wieder Krieg – aktiv pflegen“, meint **Rico Gebhardt, der Vorsitzende der Linksfraktion.** Während wieder NATO-Militärtransporte über sächsische Autobahnen zum Manöver nach Osteuropa rollten, US-Kampfhubschrauber auf dem Flughafen Dresden und US-Soldaten in der Kaserne in Frankenberg Station machten, setzte die LINKE das Thema Frieden auf die Tagesordnung des Landes und fragte: Meinst du, die Russen wollen Krieg? Die Botschaft: Sachsen braucht eine Normalisierung der Beziehungen zu Russland.

„Wir nehmen mit großer Besorgnis zur Kenntnis, dass die Politik gerade in Westeuropa, aber auch in Teilen von Osteuropa, immer mehr von den anti-russischen Vorurteilen in der Außen- und Wirtschaftspolitik, vor allem aber auch in vielen Massenmedien beherrscht beziehungsweise geschürt wird. Wir teilen deshalb die Einschätzung der Leipziger Bürgerinitiative ‚Gute Nachbarschaft mit Russland‘, die im Konfrontationskurs des Westens die Gefahr eines neuen Krieges sieht“, sagte Gebhardt. Besagte Bürgerinitiative wird maßgeblich von Professor Cornelius Weiss unterstützt, der früher die SPD-Fraktion im Landtag führte.

Die Militärkonvois belasten nicht nur die Wohnbevölkerung, sondern vor allen Dingen den Frieden. Ein Sprecher der Bundeswehr meinte, die Hoheitszeichen an den Fahrzeugen der US-Streitkräfte seien in Ostdeutschland noch gewöhnungsbedürftig. Gebhardt antwortete vom Landtagspult: „Wir wollen uns daran gar nicht erst gewöhnen! Denn es sind nicht vor Jahrzehnten die Streitkräfte einer Weltmacht abgezogen, damit nun die Streitkräfte einer anderen Weltmacht ein Aufmarschgebiet Richtung Osten haben.“

Europa brauche keine Truppenverlegungen, sondern eine neue Entspannungspolitik. „Es würde Sachsen gut zu Gesicht stehen, wenn die Staatsregierung klar Farbe bekennen würde.“ Das gelte nicht nur in Bezug auf die Wirtschaftssanktionen gegen Russland, die auch der sächsischen Wirtschaft schaden. Die Landesregierung solle dem brandenburgischen Vorbild folgen und klar zum Ausdruck bringen, was sie von den Truppentransporten hält: nichts.

Die Politik von Präsident Putin nimmt die Linksfraktion indes keineswegs kritiklos hin. Allerdings, darauf wies **Europapolitiker Enrico Stange** als weiterer Redner hin: „Wer Wandel durch Annäherung will, darf nicht zuerst den Wandel fordern, bevor man sich annähern kann. Wandel durch Annäherung ist das richtige Konzept. Es hat damals zum Erfolg geführt; denn auch die Sowjetunion war für den Westen Europas mit Sicherheit nicht der Hort der Freiheit, der Menschenrechte und einer vertrauensvollen Außenpolitik. Dennoch war dieses Konzept richtig, und es ist auch

heute richtig, bei allem, was man an den inneren Zuständen in Russland zu kritisieren hat.“ Russland sei das größte Land der Welt, es berge enorme Naturressourcen, und es sei nach wie vor eine gigantische Militärmacht und keine Regionalmacht. „Das Angebot von Wladimir Putin 2001 im Deutschen Bundestag, eine Sicherheitsarchitektur unter Einbindung Russlands in Europa auf Augenhöhe und einen humanitären und wirtschaftlichen Raum von Lissabon bis Wladiwostok zu schaffen, ist leider nicht angenommen, sondern mit Konfrontation beantwortet worden: mit militärischem Säbelrasseln und mit einem Raketenabwehrschirm.“

Es gehe nun in erster Linie darum, Stabilität zu erreichen, die Kriegsgefahr zu minimieren und ihr zumindest nicht weiter entgegenszulaufen. „Vor allem müssen wir uns – das ist die Aufforderung an die Sächsische Staatsregierung – auf allen Ebenen dafür einbringen, dass eine solche Politik sowohl in Berlin über den Bundesrat als auch in Brüssel über alle Kanäle in der Europäischen Union verständlich gemacht wird.“ Und der kulturelle Austausch mit dem russischen Volk müsse gefördert werden, etwa durch Visaerleichterungen für Studierende oder durch mehr Schüleraustausche. Und auch die wirtschaftliche Zusammenarbeit müsse stärker belebt werden. Ein besseres gegenseitiges Verständnis könne helfen. „Durch die politischen Eliten allein wird das nicht gelingen“, so Stange. Nie wieder Krieg – das bleibt das wichtigste politische Ziel. Denn Willy Brandt hatte recht: „Der Frieden ist nicht alles, aber alles ist nichts ohne Frieden.“



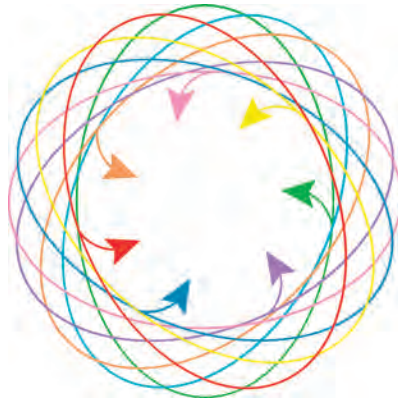
Integration meint mehr als Geflüchtete

Vier Prozent der Menschen, die in Sachsen leben, haben keinen deutschen Pass. In absoluten Zahlen sind das 195.227. 6,5 Prozent der Bevölkerung haben eine Migrationsgeschichte. Obwohl das weniger sind als im Bundesdurchschnitt, muss am Zusammenhalt ständig gearbeitet werden.

Integrationsministerin Petra Köpping hat im Landtag das neue „Zuwanderungs- und Integrationskonzept“ (ZIK II) vorgestellt. Auf 120 Seiten legt es dar, wie das SPD-geführte Teilministerium das Zusammenwachsen organisieren will – bei Bildung, Ausbildung, Wohnen, Gesundheit, Gleichstellung, Kultur, Demokratie. **Juliane Nagel, Sprecherin der Linksfraktion für Flüchtlings- und Migrationspolitik**, lobt: „Das ZIK II verdient, anders als sein Vorgänger, den Namen Konzept.“

Nagel verwies darauf, dass mehr als die Hälfte der seit 2013 nach Sachsen zugewiesenen Asylsuchenden nach der Anerkennung weggezogen ist. Das liege nicht nur daran, dass viele Geflüchtete anderswo soziale Anknüpfungspunkte und bessere Lebensperspektiven hätten, sondern auch daran, dass ihnen in Sachsen noch immer oft Rassismus und Diskriminierung begegneten. Die Ursachen seien historisch: „Die Politik der CDU-geführten Landesregierungen nährte die feindliche Stimmung.

Migrantinnen und Migranten wurden unsichtbar gemacht, Rassismus totgeschwiegen, Geflüchtete in Sammellagerkassen kaserniert und nicht als Teil der Gesellschaft betrachtet. Das Feld der Integrationspolitik lag weitestgehend brach. Diesen Geist atmete auch das erste Zuwanderungs- und Integrationskonzept von 2012.“



Seit 2014 gebe es ein kleines Integrationsministerium, das zum Vollministerium aufgewertet gehöre. Anstelle eines unverbindlichen Konzepts, das abrechenbare Ziele vermissen lässt und zudem unter Haushaltsvorbehalt steht, müsse ein verbindliches Integrationsgesetz her. „Genauso anarchisch wie Migrationsbewegungen sind und immer sein werden, so dynamisch müssen Integrationsprozesse verstanden

werden. Menschen bleiben Menschen, mit Erfahrungen, Sozialisation, Vorlieben, Lebenspraktiken, Problemlösungsstrategien. Unser Ziel muss sein, dass alle Menschen unabhängig von Herkunft, sozialer Lage, Religionszugehörigkeit, Alter, Geschlecht, Aufenthaltsstatus und -dauer gleichberechtigt an allen gesellschaftlichen Teilbereichen teilhaben können. Wir werden dafür weiter streiten, nicht nur im Hinblick auf Migrantinnen und Migranten, auf Geflüchtete, sondern auch im Hinblick auf arme Menschen, auf Menschen mit niedrigen Löhnen, Alleinerziehende, auf Seniorinnen und Senioren, auf Frauen, auf LGBTTIQ*.“ Integration müsse über die Zielgruppe der Migrantinnen und Migranten hinausgehen. Und sie sei ein Prozess, der beiden Seiten Entgegenkommen abverlange.

Beim ZIK II gebe es Luft nach oben. Die Schulpflicht müsse auch in der Erstaufnahme umgesetzt werden, und volljährige Geflüchtete sollten die Berufsschule besuchen dürfen. Große Würfe fehlten auch beim Thema Gesundheit – so solle es keine Gesundheitskarte für Geflüchtete geben. Auch dürfe politische Partizipation keine Frage der Staatsangehörigkeit bleiben.

„Ein Integrationsgesetz schafft die Basis, die das ZIK braucht“, so Nagel. Die Linksfraktion wird bald einen Entwurf vorlegen.

Jugendclubs für alle!

Viele von uns wissen aus Erfahrung, dass Jugendclubs eine gute Sache sind. Ein Teil der Arbeit, die unter „Kinder- und Jugendhilfe“ gefasst wird, findet dort statt. In Sachsen arbeiteten 2014 – jüngere Daten liegen nicht vor – reichlich 10.500 Menschen in der Kinder- und Jugendhilfe, etwa als Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter. Das waren zwar hunderte mehr als zwölf Jahre zuvor, aber sie durften nur 85,7 Prozent des Arbeitszeitvolumens des Jahres 2002 leisten. Wegen Geldmangels bei den Trägern, die sich von einer Projektfinanzierung zur nächsten hangeln, werden Vollzeitbeschäftigungsverhältnisse rar. Mehr Personal gibt es zwar in Kitas, in der Schulsozialarbeit, der Drogen- und Suchtberatung, im Pflegewesen. Verlierer sind aber jene, die vorbeugende Arbeit leisten, sowie Jugendgruppen, Jugendverbände und Jugendringe.

Per Großer Anfrage wollte die Linksfraktion das beleuchten. Doch die Landesregierung weiß wenig über die Kinder- und Jugendhilfe. Sie hat kaum Daten zu den Einkommen der Beschäftigten, über befristete Beschäftigung, die Tarifbindung oder den Krankenstand. So gibt es auch kein Konzept für Personalentwicklung, Ausbildung und Qualifikation. Kein Wunder, dass auch in diesem Bereich Fachkräfte fehlen. Deshalb fordert die LINKE (Landtags-Drucksache 6/13579), Wissenslücken durch Studien zu schließen und ein Personalentwicklungskonzept zu erstellen. Die Fort- und Weiterbildungsangebote des Landesjugendamtes sollten erweitert werden. Die Landesregierung soll außerdem darauf achten, dass andere Bereiche der Kinder- und Jugendhilfe, insbesondere die vorbeugende Jugendarbeit, im Zuge des Ausbaus von Kitas und Kindertagespflege nicht vernachlässigt werden.

Janina Pfau, Sprecherin der Linksfraktion für Kinder- und Jugendpolitik, verwies auf Personalabbau und Angebotsverlust vor allem abseits der Großstädte. „Mir wird immer wieder berichtet, dass kleine Träger Weiterbildungsangebote nicht annehmen können, weil sie den Ausfall einer Person nicht ausgleichen können. Das heißt dann, dass der Jugendclub verkürzt öffnen oder sogar geschlossen bleiben muss, wenn eine Sozialarbeiterin gerade zur Weiterbildung ist.“ Dem müsse abgeholfen werden. Denn, so Pfau, „durch die offene und mobile Jugendarbeit bekommen die jungen Menschen Freiräume und Probierfelder, durch welche die eigene Persönlichkeit entfaltet werden kann“. Das ist wichtig – nicht nur für die jungen Menschen.

Für mehr Hilfe im Familienalltag

5 Uhr. Bei Familie Z. klingelt der Wecker. Die Mutter huscht ins Bad, macht Frühstück. Viertel sechs muss Max aufstehen. Ab zum Bus, um 7 Uhr startet die Schule. 14 Uhr klingelt es zum Schulschluss, Max hat Hunger und ist 15 Uhr schon zu Hause. Dann Musikschule, Fußball, Hausaufgaben, Arbeit im Haushalt, bis die Mutter heimkehrt. Für gemeinsame Aktivität bleibt keine Zeit.

Das ist Alltag, gerade in Familien mit nur einem Elternteil. „Ein Hamsterrad sieht von innen aus wie eine Karriereleiter“, so **Kerstin Lauterbach, Familienpolitikerin der Linksfraktion**. „Aber wenn keiner unterstützt, bleibt es ein Hamsterrad.“ Und oft leidet das Familienleben unter dem Stress. Bei Problemen gibt es Beratungsmöglichkeiten. Familienbildung will laut Landesregierung „Wissen und Fähigkeiten vermitteln, wie Beziehung und Erziehung gelingen kann.“ Doch wenn Familien in Sachsen Hilfe suchen, finden sie oft nichts. Denn die Angebote sind gerade abseits der Großstädte rar und kaum bekannt, vor allem den unterrepräsentierten Zielgruppen. Das sind Alleinerziehende, arme Familien und solche mit pflegebedürftigen Mitgliedern.

Der Linksfraktion liegt an flächendeckender und breiter Familienbildung (Drucksache 6/11486). Die Landesregierung hatte schon 2015 eine Datenbank angekündigt, in der sich Angebote leicht finden lassen. Die gibt es aber immer noch nicht, das CDU-geführte

Sozialministerium kommt nicht voran. „Wir erwarten, dass Sie das endlich umsetzen“, forderte Lauterbach. Die Angebote müssten ausgebaut werden. „Familienbildung richtet sich heute überwiegend an Eltern mit Kindern, die nicht schulpflichtig sind. Angebote an armutsgefährdete, nicht erwerbstätige, bildungsferne Familien sind selten.“ Getragen werden die Angebote von vier Familienverbänden – dem SHIA e. V., dem Deutschen Familienverband, Landesverband Sachsen e. V., der Evangelischen Aktionsgemeinschaft für Familienfragen und dem Katholischen Familienverband. Auch sie hängen von Fördermitteln ab, die aber nicht regelmäßig fließen. Lauterbach: „Am 6. April

dieses Jahres erhielten die Familienverbände eine Mail, dass in der nächsten Woche doch schon der Bewilligungsbescheid für 2018 kommen sollte. Mitte April gab es dann Geld. Die ersten Löhne waren aber schon im Januar fällig.“ Die Linksfraktion wolle eine verlässliche Förderung in dreijährigen Förderperioden.

Die Regierungskoalition lehnte all das ab. So wird es auch Max' Mutter weiter zugemutet, neben dem Alltagsstress nach Angeboten zu forschen, wenn sie Hilfe braucht. Und wahrscheinlich bleibt sie erfolglos. Sachsen braucht eine Regierung, der die Familien wirklich am Herzen liegen!



Wird die SachsenLB-Pleite übertroffen?

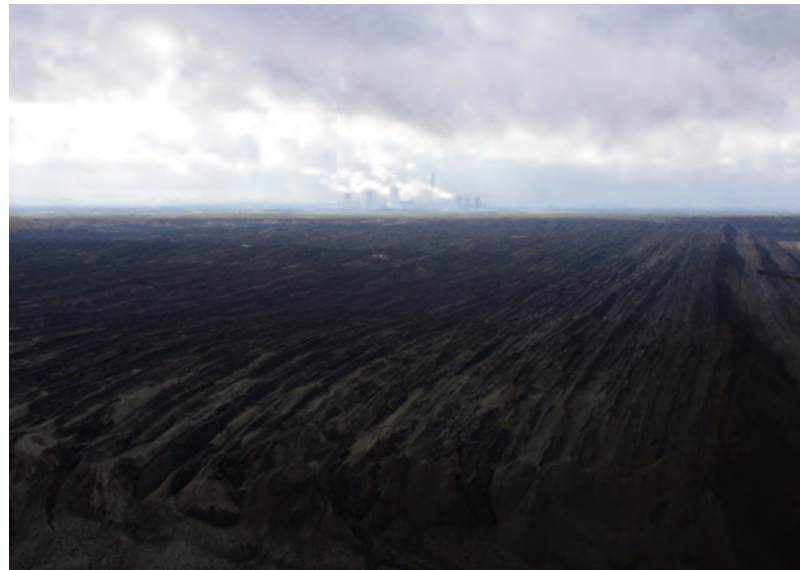
Das Braunkohlezeitalter endet – vielleicht schneller als gedacht, wenn sich die LEAG oder die MIBRAG vorzeitig zurückziehen oder pleitegehen sollten. Das ist nicht das einzige, aber ein mögliches Szenario. Angesichts der Milliardenkosten, die nötig sein werden, um die Folgeschäden des Kohleabbaus zu beheben, wäre Sachsen gut beraten, es einzukalkulieren. Je früher der Übergang ins neue Energiezeitalter vorbereitet wird, desto mehr Spielraum bleibt. Eine solche Vorbereitung hat die Linksfraktion erneut im Landtag gefordert (Drucksache 6/13055). „Braunkohleverstromung ist nicht böse und muss nicht auf Teufel komm raus schnellstmöglich beendet werden“, bekannte **Dr. Jana Pinka, Sprecherin für Umweltpolitik und Ressourcenwirtschaft**. „Aber sicher ist auch: Es müssen Überkapazitäten abgebaut werden.“ Fünf bis sieben Megawatt an Kraftwerksleistung könnten sofort abgeschaltet werden, zumal Sachsen in aller Regel Strom exportiert. Neue Tagebaue seien auch unnötig. „Es muss ein verlässlicher Plan her, auf dem alle Energieversorger ihre Planung aufbauen können“, forderte Pinka.

Die Bundesregierung hat eine Kommission eingesetzt, um den Kohleausstieg zu organisieren. Sachsens Regierung solle darauf hinwirken, dass es dort um die gesamte Energieversorgung geht, auch um Verkehr und Landwirtschaft. Und sie solle darauf bestehen, dass Entscheidungen nicht mit Mehrheit, sondern wie bei der Umweltministerkonferenz im Konsens getroffen werden. Nur so könnten alle Seiten Gehör finden. „Das meine ich in beide Richtungen: die Ängste um das Geschäft oder den Arbeitsplatz und die Ängste um ganze Landstriche und Generationen, die von Umwelt- und Naturkatastrophen heimgesucht werden.“ Nach wie vor drohe zudem die Gefahr, dass die Steuerzahlerinnen und Steuerzah-

ler auf den Kosten der Wiedernutzbarmachung sitzen bleiben, wenn die Kohleunternehmen das Letzte aus der Kohle herausgepresst haben werden. Die Landesregierung und das Oberbergamt dürften sich nicht mit vagen Ankündigungen zufriedengeben oder sich gar erpressen lassen, so Pinka. Der Freistaat müsse Druck machen, damit LEAG und MIBRAG zügig Mittel beim Freistaat hinterlegen. Derzeit ist angedacht, ab 2021 ein Zweckvermögen anzusparen, ähnlich einem Bauparvertrag. Die jährlichen Zuführungen in Millionenhöhe müssen aber mit dem laufenden Geschäft und zusätzlichen Finanzmarktgeschäften erwirtschaftet werden. „Es ist sehr unsicher, ob das Geld durch die Finanzspekulationen zusammenkommt und ob es reichen wird“, so Pinka. Derzeit gehe die LEAG noch davon aus, dass die Energiewende ausfällt und die Lagerstätten ausgekohlt werden können. Nur dann sei die Finanzierung der Braunkohlewiedernutzbarmachung gesichert. Früher oder später würden diese Annahmen aber von der Wirklichkeit eingeholt. „Wenn LEAG oder

MIBRAG vor 2021 abspringen, stehen wir ohne Geld da. Die Kosten belaufen sich allein für den Tagebau Nochten auf mindestens 800 Millionen Euro, die überwiegend auf einen Schlag anfallen, wenn der Betrieb eingestellt wird. Ich erinnere aber daran, dass wir drei Tagebaue in Sachsen haben: Nochten, Reichwalde und Vereinigtes Schleenhain. Die LEAG/MIBRAG-Restvermögen müssten dann auf sechs Tagebaue, einschließlich derer in Brandenburg und Sachsen-Anhalt, aufgeteilt werden.“ Also bleibe schon heute im Grunde kein Platz für Gewinnabführungen.

Die Linksfraktion fordert, dass der Staatshaushalt der Regierung wichtiger ist als die Gewinne der Kohleunternehmen. Es könne, so Pinka, durchaus passieren, dass dereinst ein Untersuchungsausschuss den Wirtschaftsminister befragen muss: Hat die Staatsregierung alles in ihrer Macht Stehende getan, um Schaden vom Staatshaushalt abzuwenden? Ein solcher Tag könnte schon recht bald kommen.



© Julian Nitschke / Wikimedia Commons / CC-BY-SA 3.0

Menschenrechte gelten für alle oder gar nicht

Jahre nach dem Koalitionsvertrag gibt es nun den „Landesaktionsplan zur Akzeptanz der Vielfalt von Lebensentwürfen“. Damit will die Regierung dagegen vorgehen, dass Menschen wegen ihrer sexuellen Orientierung benachteiligt werden. Aber es gibt dafür keine Datengrundlage. Die Linksfraktion will deshalb (Drucksache 6/8236), dass untersucht wird, wie lesbische, schwule, bisexuelle, transgender, transsexuelle, intergeschlechtliche und queere Menschen in Sachsen leben: Welche soziodemografischen Merkmale haben sie? Wie werden ihre Lebensweisen akzeptiert? Wie ist ihre Lage bei Bildung, Ausbildung, Arbeit? Welche Erfahrungen machen sie mit Behörden? Welches Ausmaß hat vorurteilsmotivierte Gewalt?

Sarah Buddeberg, Sprecherin für Gleichstellungs- und Queerpolitik, führte verschiedene Fallbeispiele ins Feld. Zum Beispiel Rebecca, die

transsexuell ist und ihren Personenstand ändern will. Dabei wird sie mit teuren und aufwändigen Begutachtungsverfahren zermürbt. Oder Jens, der schwul ist und fast 20 Jahre lang als Jugendwart in einer evangelischen Gemeinde arbeitete, bis er mit Predigtverbot belegt wurde und kündigte. Oder Claudia, die mit ihrer Frau glücklich ist und das zweite Kind familienversichern lassen will, was die Krankenkasse zunächst ablehnt. Solche Fälle kommen selten ans Licht, aber es gibt sie. Und die Betroffenen haben das Recht, dass sich die Landespolitik auch ihrer annimmt. Buddeberg: „Es geht hier um die Verletzung von Menschenrechten, und Menschenrechte sind nicht teilbar.“

Die CDU-Fraktion hat daran nicht das geringste Interesse. Sie beschränkt sich auf die Frage, wie viele Menschen dieses Thema betrifft. Abgesehen davon, dass wir das nicht wissen,

auch wegen der Untätigkeit der CDU-geführten Regierung: Es ist die Pflicht der Regierung, Missstände abzustellen, auch wenn sie nicht die Mehrheit betreffen. Sarah Buddeberg fragte: „Sind Sie ernsthaft der Meinung, dass Sie sich diesem Problem erst zuwenden müssen, wenn eine gewisse Prozentzahl erreicht wird?“ Daniela Kuge, CDU, rief: „Ja!“ Darauf Buddeberg: „Wie viel Prozent müssen es denn sein? Vier Prozent? Ich gehe mal davon aus. Vier Prozent sind nicht viel, aber vier Prozent der sächsischen Bevölkerung sind katholisch, und trotzdem eröffnet der Ministerpräsident den Deutschen Katholikentag in Leipzig. Ich warte auf den Tag, an dem der Ministerpräsident den CSD in Dresden eröffnet.“ Doch solange die CDU regiert, wird das wohl nicht mehr passieren.

Europaweiten Studien zufolge sind schätzungsweise zehn Prozent der Bevölkerung betroffen.

Bevölkerung abrüsten statt Polizei aufrüsten

Die Jagd nach dem mutmaßlichen Mörder Robert K. in der Königsbrücker Heide endete im Mai mit Feuergefechten und dem mutmaßlichen Selbstmord des Gesuchten. Der Fall sorgte für Wirbel – und für eine Debatte über Befugnisse und Ausrüstung der Polizei.

Eine andere Facette ist aber auch wichtig: die legalen Waffen in der Gesellschaft. Robert K. hatte den Revolver, mit dem er auf Polizisten geschossen hat, aus seinem Schützenverein in Klotzsche gestohlen – seine sieben privaten Waffen waren am Männertag konfisziert worden, weil er betrunken in seiner Wohnung randalierte. Als Vereinsmitglied hatte er eine Waffenbesitzkarte und durfte legal Schusswaffen in seiner Wohnung aufbewahren.

Es gibt keine Grundlage für einen Generalverdacht gegen Sportschützen oder Jäger. Aber die Zahlen, die der LINKE Innenpolitiker Enrico Stange bei der Staatsregierung in Erfahrung brachte, zeigen: Die Landespolitik sollte näher hinsehen. Laut dem Innenministerium sind in Sachsen zurzeit 160.611 Schusswaffen legal im Umlauf. Das sind 25 Prozent mehr als vor zehn Jahren, obwohl seitdem weniger Menschen in Sachsen leben. 29.016 von ihnen besitzen legal Schusswaffen. Für die Überprüfung dieser Masse Waffen gibt es landesweit ganze 34 Vollzeitstellen bei Behörden.

„Das kann nicht gutgehen“, meint Stange – und dringt darauf, dass der ordnungsgemäße Umgang mit den Waffen, sei es in Vereinen oder Privathaushalten, öfter und flächendeckend kontrolliert wird. Auch sollten wir darüber nachdenken, ob es erlaubt bleiben sollte, Sportwaffen zuhause aufzubewahren. Wenn man sie schon als „Sportgeräte“ betrachten will, dann können sie problemlos und mit größerer Sicherheit auch an den entsprechenden Sportstätten aufbewahrt werden. Denn in der eigenen Wohnung oder im eigenen Haus lassen sie sich ohnehin nicht einsetzen.

Die CDU wird sich dafür nicht engagieren. Sie geht ja nicht einmal entschieden dagegen vor, dass gefährliche Leute wie „Reichsbürger“ auch noch einen Waffenschein haben. CDU-Chefschütze Frank Kupfer, der die Landtagsfraktion und den Sächsischen Schützenbund führt, streitet lieber für ein „Waffenrecht im Sinne der Schützen“.

Es ist nicht von der Hand zu weisen: Auch vom legalen Waffenbesitz geht ein erhebliches Risiko für die öffentliche Sicherheit in Sachsen aus.



Plenarspiegel Mai 2018

Die 72. und die 73. Sitzung des 6. Sächsischen Landtages fanden am 30. und 31. Mai 2018 statt. Die Fraktion DIE LINKE war mit folgenden parlamentarischen Initiativen vertreten:

Aktuelle Debatte

„Meinst du, die Russen wollen Krieg?“ – 73 Jahre nach dem Ende des 2. Weltkrieges in Europa – Sachsen braucht eine Normalisierung der Beziehungen zu Russland“

Gesetzentwürfe

„Gesetz zur Stärkung der Windenergienutzung im Freistaat Sachsen“ (Drs 6/9197)

„Gesetz zur Einführung eines Kinder- und Familienfreitags als gesetzlicher Feiertag“ (Drs 6/13238)

Große Anfrage

„Situation der Beschäftigten in der Kinder- und Jugendhilfe im Freistaat Sachsen“ (Drs 6/9211)

Anträge

Prioritätenantrag: „Kohleausstiegskommission aktiv mitgestalten – Braunkohlefolgen finanziell absichern“ (Drs 6/13055)

„Lebenslagen von lesbischen, schwulen, bisexuellen, transgender, transsexuellen, intergeschlechtlichen und queeren Menschen (LSBTIQ*) untersuchen!“ (Drs 6/8236)

„Familien unterstützen – Sofortiger Ausbau der Angebote zur Familienbildung, tatsächliche Bedarfe decken“ (Drs 6/11486)

Sammeldrucksache 6/13502, u.a. mit dem Antrag der Fraktion DIE LINKE

„Ursachen des Insektensterbens in Sachsen untersuchen und Gegenmaßnahmen in die Wege leiten“ (Drs 6/11500)

Alle Drucksachen unter www.edas.landtag.sachsen.de

Der Wind gehört allen!

Die jüngste Hochwasserkatastrophe im Vogtland zeigt erneut: Das Klima verändert sich. Die Begrenzung der Erderhitzung ist eine Kernaufgabe unserer wie der nachfolgenden Generationen. Das klappt nur, wenn die fossilen Energieträger letztlich durch regenerative Energieträger ersetzt werden. Windenergie spielt dabei eine Schlüsselrolle, wie der **LINKE Klimapolitiker Marco Böhme** argumentiert. Denn sie ist „der günstigste Energieträger und zudem derjenige mit dem größten Entwicklungs- und Ertragspotential“.

In Sachsen allerdings passiere seit 2012 auf diesem Gebiet nichts mehr. „Viele tausend Windenergieanlagen sind in den letzten Jahren in Deutschland entstanden, doch der Ausbau in Sachsen ist völlig zum Stillstand gekommen.“ Neue Anlagen könnten schon deshalb nicht entstehen, weil de facto keine Flächen dafür ausgewiesen werden. Nur 0,1 Prozent der Landesfläche stehen momentan real für Windenergie zur Verfügung – millionenschwere Investitionen sind schon unterblieben. Hinzu kommt: Kaum ein Anwohner begrüßt es, wenn an den Ortsrand ein Windrad gebaut wird, selbst wenn er die Energiewende unterstützt. Denn er hat nichts davon. Entsprechend gering ist die Akzeptanz der Windenergieanlagen, zumal die Bevölkerung nicht ordentlich am Anlagenbau beteiligt wird.

Dort will die Linksfraktion ansetzen und hat ihren Entwurf für ein „Gesetz zur Stärkung der Windenergienutzung“ (Landtags-Drucksachen 6/9197 und 6/13578) ins Landtagsplenum



gebracht. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz erlaubt es den Ländern, „Regelungen zur Bürgerbeteiligung und zur Steigerung der Akzeptanz für den Bau von neuen Anlagen [zu] erlassen“. Also schlagen wir, basierend auf guten Erfahrungen in Mecklenburg-Vorpommern oder Dänemark, zweierlei vor.

Erstens sollen sowohl anliegende Kommunen als auch Anwohnerinnen und Anwohner im Umkreis von zwei Kilometern um eine neue Anlage Miteigentümer werden dürfen. „Der Wind gehört allen und die Energiewende auch in Bürgerhand“, so Böhme. Soll eine neue Anlage errichtet werden, soll der Bevölkerung und den Gemeinden das Recht zustehen, sich jeweils mit mindestens zehn Prozent am Investitionsvolumen einzukaufen. Dann kämen

sie in den Genuss einer Gewinnbeteiligung. Schon heute gibt es solche Beteiligung – aber nur freiwillig, wenn Investoren das wollen. Davon profitieren auch oft nur finanzstarke Bürgerinnen und Bürger. Damit die Wertschöpfung aus Windenergieanlagen vielen zugutekommt, sollen Beteiligungsmodelle zwingend vorgeschrieben und die Hürden für eine Beteiligung verringert werden. Die zum Kauf angebotenen Anteile sollen so gestückelt werden, dass der Kaufpreis pro Anteil den Betrag von 500 Euro nicht überschreitet. Entscheiden sich Kommunen gegen eine Beteiligung, sollen sie trotzdem einen finanziellen Ausgleich bekommen – ein Prozent der jeweils erzielten Erlöse der Windenergieanlage. Dieses Geld soll für Klimaschutz- und -anpassungszwecke verwendet werden.

Zweitens sind Regelungen vorgesehen, die Bürgerinnen und Bürger sowie Kommunen besser an der Planung neuer Anlagen beteiligen. So ist etwa ein/e Bürgerbeauftragte/r vorgesehen, die oder der als Ansprechperson fungiert, bevor ein Planungsentwurf erstellt wird. Außerdem sollen zwei Prozent der Landesfläche als Vorranggebiete zur Nutzung der Windenergie ausgewiesen werden.

Die Bedenkenräger von der Koalition begründeten ihre Ablehnung auch damit, ein solches Gesetz sei investorenfeindlich. Doch schon heute werden heute keine neuen Anlagen gebaut. Diese Blockade wollen wir lösen und dafür sorgen, dass mit der Bevölkerung sowie mit den Kommunen geplant und

Termine

Christopher Street Day 2018

Samstag, 14. Juli, 18 bis 20 Uhr
All In - Inklusiv ausgerichtetes Bürgerhaus, Rosenhof 14, 09111 Chemnitz

und

Mittwoch, 18. Juli 2018, 18 bis 20 Uhr

RosaLinde Leipzig e.V., Lange Straße 11, 04103 Leipzig

Dritte Option reicht nicht!

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur dritten Geschlechtsoption ist ein großer Schritt nach vorn. Trotzdem ist für Intergeschlechtliche noch lange nicht alles erreicht und es gibt jede Menge offener Fragen: Was bedeutet Intergeschlechtlichkeit im Alltag? Welche Wünsche und Forderungen resultieren daraus? Welche Rolle spielt dabei die vom Bundesverfassungsgericht geforderte Änderung des Personenstandsgesetzes?

Zusammen mit Vertreter*innen von Inter*-Organisationen und Vertreter*innen lokaler LSBTTIQ*-Initiativen diskutiert Sarah Buddeberg, Sprecherin für Gleichstellungs- und Queerpolitik der LINKEN im Sächsischen Landtag, diese Fragen und will mit Interessierten, Inter*-Personen, Initiativen und Medien ins Gespräch kommen. Eintritt frei!

Zur Veranstaltung in Leipzig wird neben Sarah Buddeberg auch Manuela Tillmanns (Projektkoordination Qu(e)er durch Sachsen beim RosaLinde Leipzig e.V.) anwesend sein.

Samstag, 21. Juli: CSD-Demo in Leipzig

Infos folgen unter www.linksfraktionsachsen.de/politik/aktuell/

Impressum

Fraktion DIE LINKE
im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden

Telefon: 0351/493-5800
Telefax: 0351/493-5460

E-Mail: linksfraktion@slt.sachsen.de
www.linksfraktion-sachsen.de

Vi.S.d.P.: Marcel Braumann
Redaktion: Kevin Reißig

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag

